

BRD und DDR (1945 - 1990)

- Die frühe Nachkriegszeit
 - Entnazifizierung
 - Kapitulation und Befreiung
 - Besatzung und Politik
- Berliner Blockade
- Prozess der Teilung Deutschlands
 - Die Währungsreform 1948
 - Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland
- Soziale Marktwirtschaft und Planwirtschaft
- Ära Adenauer
 - Moskaureise 1955
- Wirtschaftswunder
- Ära Ulbricht
- Aufstand des 17. Juni
- Bau der Berliner Mauer
- Jugendkultur
 - 1968er Generation
 - 1950er Jahre
- Ära Brandt
- Ära Schmidt

- Ära Honecker
- Ära Kohl
- Fall der Berliner Mauer
- Persönlichkeiten
- Sonstige Ereignisse
 - Umwelt
- Kultur und Gesellschaft der DDR
 - Frauenbild und Frauen in der DDR
 - Zensur und Verfolgung

Die frühe Nachkriegszeit

Die frühe Nachkriegszeit

Entnazifizierung

Die frühe Nachkriegszeit

Kapitulation und Befreiung

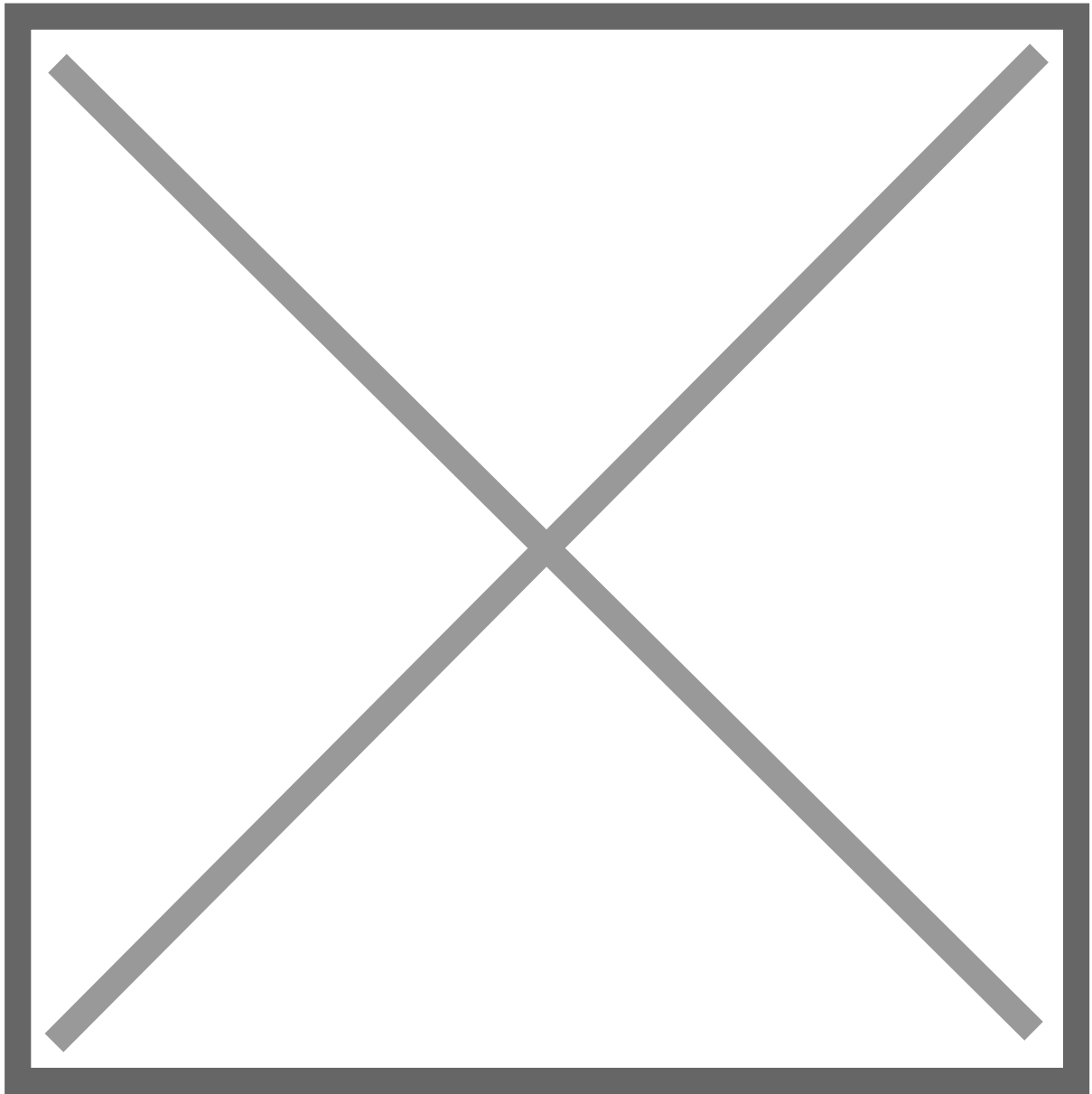
Besatzung und Politik

Inhaltsverzeichnis

1. Potsdamer Konferenz. Die Stunde der Sieger.

1. Potsdamer Konferenz. Die Stunde der Sieger.

Mitte Juli 1945 kommen Vertreter der drei großen Siegermächte in Potsdam zusammen, um über die Nachkriegsordnung in Deutschland und Europa zu beraten. Einer der heikelsten Punkte: das Schicksal der Menschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten



An diesem warmen Sommernachmittag wird der Ton auf einmal rau zwischen den Herren. Als sei nun klar, dass die Zeit der Nettigkeiten und wechselseitigen Komplimente endgültig vorbei ist. Oder aber, als stünde allen jäh und unmissverständlich vor Augen, wofür sie hier zusammengekommen sind: nicht weniger, als den Neubeginn in Deutschland und Europa zu organisieren. Sie, das sind die Großen Drei, die Sieger in dem fürchterlichen Krieg, in den die Deutschen die Welt sechs Jahre zuvor gezerrt hatten.

Winston Churchill, der zigarrenrauchende Premierminister Großbritanniens, der gern schwadroniert und doch genau weiß, wie viel auf dem Spiel steht. Er will das geschwächte British Empire erhalten, koste es, was es wolle – und verhindern, dass sich die beiden anderen über seinen Kopf hinweg verständigen.

Josef Stalin, der unumschränkte Herrscher der Sowjetunion, der selbst ernannte Generalissimus, dessen Rote Armee sich unter unsäglichen Opfern von Moskau bis nach Berlin gekämpft hat. Er verzieht kaum eine Miene. Ein unergründlicher Mensch, der seine Ziele mit stählerner Härte verfolgt. Die Länder, die seine Soldaten erobert haben, will er nicht mehr hergeben.

Schließlich Harry S. Truman, der Neuling in der Dreierunde, ein jovialer Mann aus Amerikas Mittlerem Westen, dem die Floskeln der Diplomaten eher fremd sind. Erst ein Vierteljahr zuvor ist er nach dem plötzlichen Tod Franklin D. Roosevelts als Präsident der Vereinigten Staaten nachgerückt. Doch der passionierte Pokerspieler Truman hat innerhalb dieser kurzen Zeit bereits gelernt, welche guten Karten er in diesem geostrategischen Machtspiel hält: Die USA gehen stark aus dem Krieg hervor.

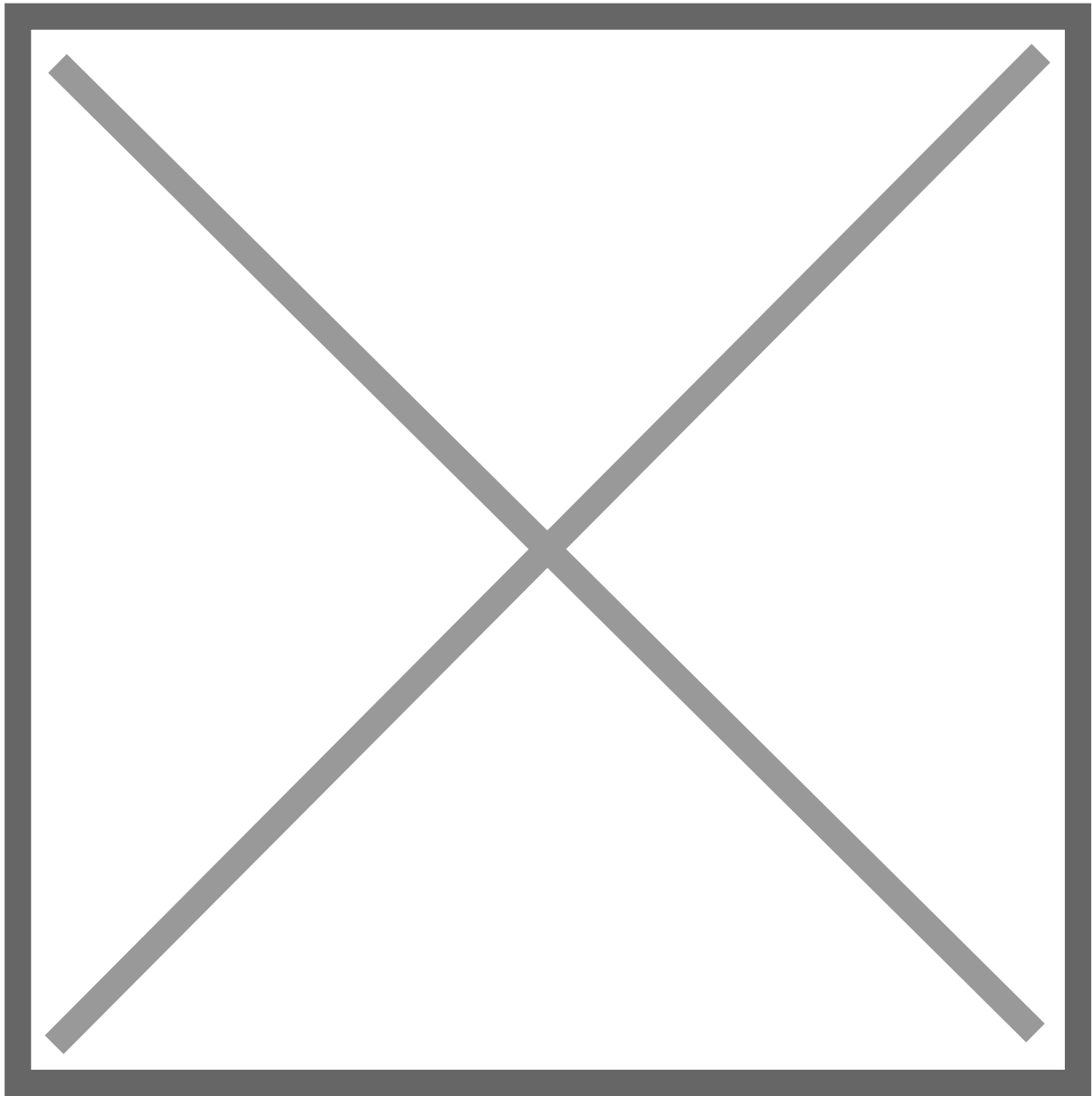
“ In Potsdam wird auch über POLEN verhandelt

Nur zwei Monate nach dem Ende des nationalsozialistischen Reichs im Mai 1945 sind diese drei nun in dessen völlig zerbombtes und zerschossenes Zentrum gereist. Stalin mit der Eisenbahn aus Moskau, in einem Zug mit mehreren einstigen Salonwagen des Zaren, die Strecke bewacht von mehr als 19 000 Soldaten. Truman über den Atlantik mit dem schweren Kreuzer „Augusta“ und das letzte Stück mit dem Flugzeug von Brüssel nach Berlin. Churchill von Bordeaux aus, wo er an den nahen Sandstränden der französischen Küste Kraft sammeln wollte, ebenfalls mit dem Flieger.

Doch zwischen den Schuttbergen der deutschen Hauptstadt fand sich nicht ein Gebäude, das noch geeignet gewesen wäre, ein solches Gipfeltreffen zu beherbergen. Und so sind sie nach Potsdam gezogen, jenseits der Stadtgrenzen. In das unversehrt gebliebene Schloss Cecilienhof, die letzte Residenz, die sich die Hohenzollern erbaut hatten: fünf Innenhöfe, 176 Räume – mehr als genug Platz für eine Konferenz und ihre Delegierten.

Der Cecilienhof liegt in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands; die Sowjets sind damit Gastgeber. Und sie lassen es ihre britischen und amerikanischen Kampfgefährten wissen: Im Hof prangt der fünfzackige Stern der Kommunisten, geformt aus Tausenden frisch gepflanzter, rot glühender Geranien, und in der mit dunklem Holz getäfelten einstigen Empfangshalle des Schlosses haben Stalins Emissäre den mächtigen runden Verhandlungstisch für die Großen Drei mit feinem Tuch bespannen lassen – in einem roten Farbton natürlich.

„Erlauben Sie mir bitte eine Feststellung“, beginnt Harry S. Truman spitz an diesem fünften Tag des Potsdamer Siegetreffens. Es ist der 21. Juli 1945. Und Amerikas Präsident wirkt selbstbewusster denn je. Tatsächlich hat er nur Stunden zuvor einen ausführlichen Bericht über den ersten erfolgreichen Test einer Atombombe in der Wüste von New Mexico erhalten. Die USA besitzen nun die schrecklichste Waffe der Welt. Sie sind so mächtig wie nie zuvor.



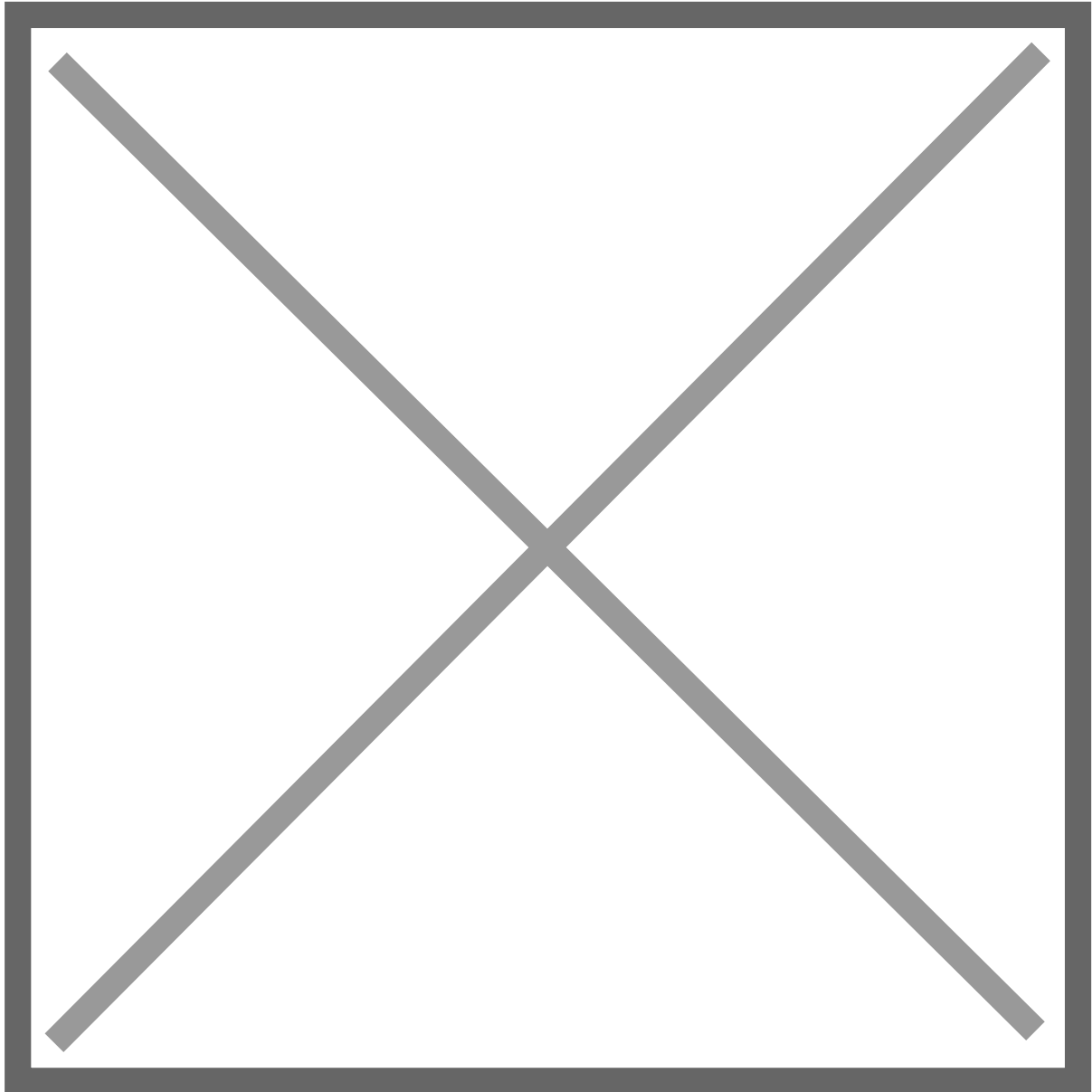
DIE KONFERENZTEILNEHMER tagen am runden Tisch im Foyer von Schloss Cecilienhof. Die Gespräche verlaufen zäh. Denn jede der drei Parteien ist vor allem auf ihren eigenen Vorteil bedacht

Er habe, fährt Truman am Konferenztisch fort, „eine Feststellung betreffs der Westgrenze Polens“ zu machen. Damit spricht Truman eines der heikelsten Themen des Potsdamer Treffens an. Denn auf dem Gebiet des Deutschen Reichs haben die Siegermächte vier Besatzungszonen errichtet (neben der UdSSR, den USA und Großbritannien hat auch Frankreich einen Teil Deutschlands okkupiert: im Südwesten). Doch in den bisherigen Ostgebieten Deutschlands, in Schlesien, in Teilen Ostpreußens und in Pommern, die ebenfalls von der Roten Armee besetzt wurden, hat die Sowjetunion inzwischen eine polnische Verwaltung einziehen lassen.

Es ist Teil eines großen mit ihren Verbündeten vereinbarten Landtausches: Im Januar 1945, bei einem früheren Treffen der Großen Drei in Jalta, haben die Westalliierten einer Forderung Stalins nachgegeben und dem Diktator erlaubt, große Gebiete im Osten Polens dem sowjetischen Staatsgebiet zuzuschlagen. Zum Ausgleich sollte Warschau deutsche Territorien im Westen erhalten. Die Details dieser „Westverschiebung Polens“ legten die Verbündeten in Jalta allerdings

noch nicht fest.

Doch Stalin schuf bereits im Frühjahr 1945 Fakten: Er gestattete Vertretern der neuen, sowjetfreundlichen Warschauer Regierung, den Großteil der deutschen Ostgebiete praktisch dem polnischen Staat einzugliedern. Gegen dieses eigenmächtige Handeln Stalins, durch das weite Territorien dem Zugriff der Westalliierten ohne völkerrechtliche Basis entzogen werden, wendet sich nun Truman in Potsdam.



MIT HAKENKREUZEN auf Stirn und Kleidung warten diese Sudetendeutschen in Prag auf ihre Deportation. Die Tschechoslowakei beginnt bereits im Mai 1945 damit, sie auszuweisen

Empört führt der US-Präsident aus, dass all dies geschehen sei, „ohne dass man uns in dieser Angelegenheit konsultiert hätte“. Besonders heikel erscheint Truman Stalins Vorgehen, weil deswegen schon jetzt oder sehr bald Millionen Menschen ihre angestammten Gebiete verlassen

müssen. Nicht zuletzt um Platz für polnische Bürger aus den nun sowjetischen Gebieten im Osten zu schaffen, sollen die Deutschen aus ihrer bisherigen Heimat vertrieben werden. Ihnen bleibt nur der Weg Richtung Westen, also in die Besatzungsgebiete der Alliierten. Ein schwer zu bewältigender Flüchtlingsstrom, der auch die amerikanische Zone träfe. Deswegen konfrontiert Truman nun Stalin mit dieser Frage.

Doch der Generalissimus gibt sich ungerührt. „Auf dem Papier sind es noch immer deutsche Gebiete“, gibt er zurück, „de facto sind sie polnisch.“ Stalin spricht wie oft in einfach strukturierten Sätzen, die keinen Raum für Zweifel lassen sollen. Die Deutschen seien längst geflohen, stellt er fest, suggeriert vollendete Tatsachen. Der große Führer der Sowjetunion lügt, ohne die Miene zu verziehen. Denn die Menschen sind längst noch nicht alle fort, sie werden vertrieben, sogar jetzt, in diesen Tagen der Konferenz, die über ihr Schicksal entscheiden soll. Und die anderen beiden Männer, Truman und Churchill, wissen, dass Stalin die Unwahrheit sagt.

So offenbaren der Vorstoß des US-Präsidenten und die Reaktion des Kremlherrn darauf am fünften Tag des Potsdamer Treffens mit einem Schlag, wie groß mittlerweile die Kluft und das Misstrauen zwischen den drei Mächten sind. Gemeinsam hatten sie gekämpft bis zum Sieg. Gemeinsam wollten sie dessen Früchte ernten. Soll das gelingen, müssen sie in Potsdam gemeinsam die großen Fragen der Zukunft angehen: Wie soll es weitergehen mit den Deutschen, die zweimal in weniger als einem halben Jahrhundert Krieg und Tod über den Kontinent gebracht haben? In welchen Grenzen sollen sie existieren? Und sollen auch außerhalb dieser Grenzen weiterhin Deutsche siedeln können?

Zu klären ist ebenfalls, wie die Deutschen für die Kriegsschäden aufkommen sollen und wie die Sieger mit den einstigen Bundesgenossen der Besiegten umgehen, mit Ungarn, Rumänen und Italienern. Mit einem Wort: Die Großen Drei verhandeln in Potsdam die Nachkriegsordnung Deutschlands und des europäischen Kontinents. Eine Ordnung, die – so zeigen die Auseinandersetzungen wie jene über die polnische Westgrenze und die Vertreibung der Deutschen immer deutlicher – eine Zweiteilung der Welt mit sich zu bringen scheint.

Das Siegestreffen in Potsdam ist bereits die dritte Konferenz der Großen Drei. Als der Krieg längst noch nicht gewonnen war, die Wehrmacht tief in Russland stand und die Landung in der Normandie in weiter Zukunft lag, hatten sich Churchill, Roosevelt und Stalin bereits das erste Mal verabredet, um über eine Zeit nach der absehbaren deutschen Niederlage zu beraten. Ende November, Anfang Dezember 1943 war das, in Teheran.

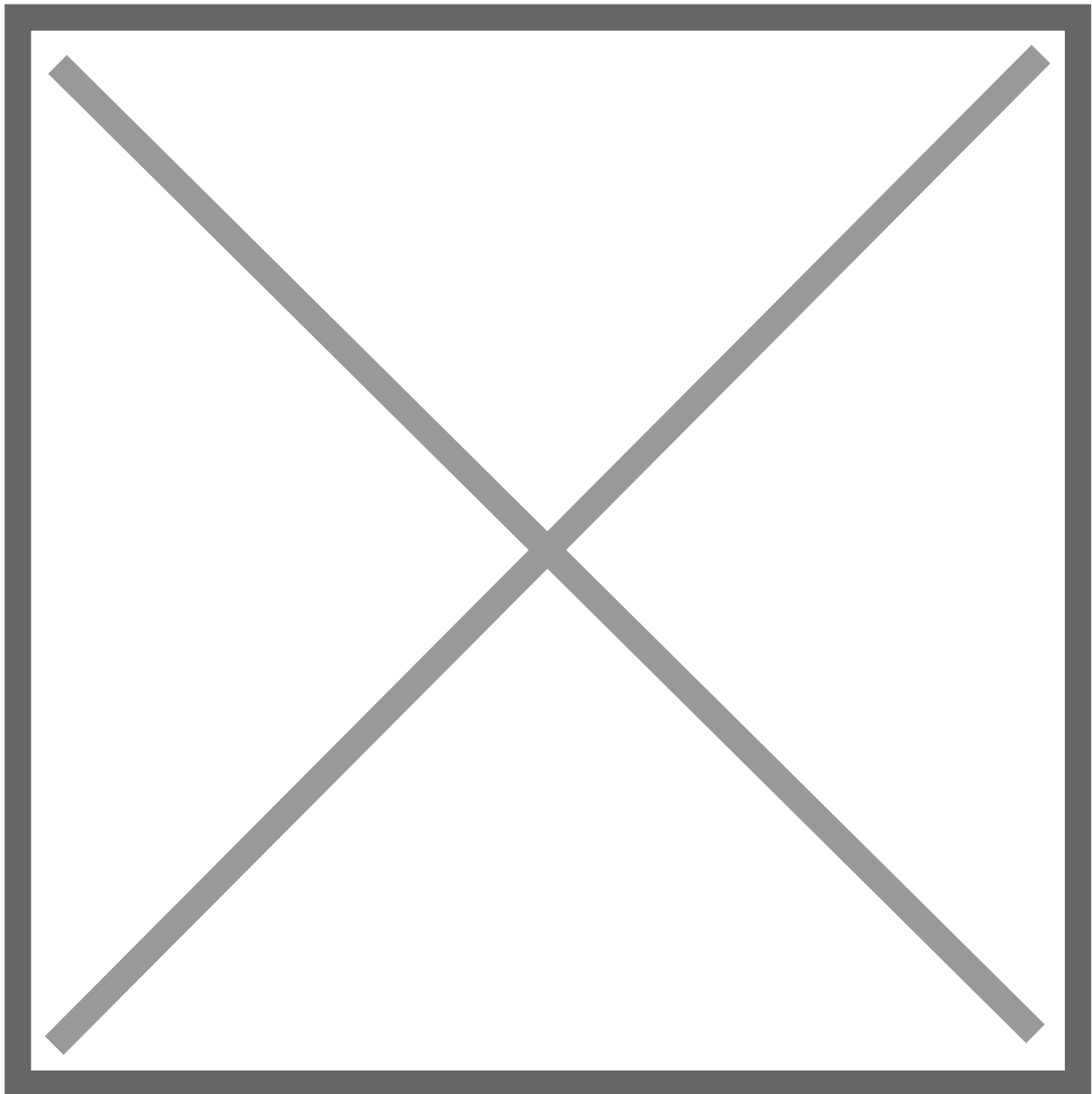
Bei dieser Zusammenkunft legte Churchill drei Streichhölzer nebeneinander, je eines für Deutschland, Polen und die UdSSR. Dann rückte er das polnische und das sowjetische Hölzchen in Richtung des deutschen. Damit billigte er – und stillschweigend taten das auch die Amerikaner – im Prinzip eine zentrale Forderung Stalins: Polen sollte im Osten Land an die Sowjetunion abtreten, im Westen dafür mit deutschen Gebieten entschädigt werden. So einfach schien das zu sein. Auch bei ihrer nächsten Konferenz in Jalta im Februar 1945 bestätigten die drei das Vorhaben.

Damit verbunden war das Ziel, ethnisch homogene Staaten anzustreben, um künftig Konflikte in Europa zu vermeiden. Die Konsequenzen solcher Überlegungen lagen auf der Hand: Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen Menschen müssten ihre Heimat verlassen – vor allem

die Angehörigen jener Nationalität, die diesen gewaltigen Konflikt angezettelt hatte: die Deutschen. Das britische Kabinett stimmte bereits 1942 dem „allgemeinen Prinzip der Umsiedlung von deutschen Minderheiten“ zu. US-Präsident Roosevelt billigte 1943 Vorschläge, die Deutschen aus Ostpreußen auszusiedeln.

Doch wie die gewaltigen Umsiedlungen tatsächlich ins Werk gesetzt werden sollen, das wollten die beiden westlichen Alliierten erst später verhandeln. Polen und die Tschechoslowakei, wo ebenfalls große deutsche Minderheiten leben, haben indes bei Kriegsende nicht vor, diese Gespräche abzuwarten. Die gerade befreiten Staaten, die als Erste zu Opfern der Aggression des NS-Regimes geworden waren und unsäglich unter der deutschen Okkupation gelitten haben, schaffen Fakten.

In der Tschechoslowakei kommen Deutsche schon in den ersten Tagen nach der offiziellen Kapitulation am 8. Mai 1945 in Haft und in Internierungslager. Milizionäre beschlagnahmen Wohnungen, mitsamt der Einrichtung. Männer müssen Zwangsarbeit verrichten, als Vergeltung für die Jahre unter dem nationalsozialistischen Joch. Bald beginnen gezielte Vertreibungen.



NUR 30 KILOGRAMM Gepäck sind Angehörigen der deutschen Minderheit manchmal erlaubt. Immer wieder wählen Männer und Frauen eher den Tod, als sich vertreiben zu lassen

In Langenbruck etwa, einem Dorf im zur Tschechoslowakei gehörenden Sudetenland, werden am 17. Juni 1945, einen Monat vor Beginn der Potsdamer Konferenz, um zwei Uhr nachts alle deutschen Bewohner aus dem Schlaf gerissen. 30 Kilogramm Gepäck darf jeder mitnehmen, mehr nicht, und weder Geld noch Schmuck. Eine verstörte alte Frau schneidet sich die Pulsadern auf, ein Familienvater bringt seine beiden Kinder und seine Frau um, ehe er sich selbst das Leben nimmt. Die übrigen werden in offenen Kohlewaggons über die Grenze nach Norden gebracht – ins polnisch verwaltete Schlesien.

Die neuen polnischen Behörden verfahren nach dem gleichen Muster. In Sorau, einem Städtchen in der Niederlausitz östlich von Cottbus, müssen wenige Tage später, am 23. Juni 1945, frühmorgens alle deutschen Bewohner ihre Häuser und Wohnungen räumen. Erst tags zuvor sind Milizionäre der von Stalin gestützten polnischen Regierung eingerückt.

Zehn Minuten lassen sie den verhassten Deutschen, das Notdürftigste zusammenzusammeln. Jahrelang hatten Angehörige des angeblichen „Herrenvolks“ die Polen tyrannisiert. Nun haben sich die Machtverhältnisse umgekehrt. Die Deutschen müssen fort – 29 000 Menschen allein aus dem Städtchen Sorau, ein Elendszug von Schubkarren, Kinderwagen und kleinen Holzfuhrwerken. Nur zwei Tage später verkündet die Regierung der Republik Polen per Erlass die „jetzt beginnende“ Aussiedlung der Deutschen. Auf Flugblättern und Wandanschlägen ist die Rede von „wiedergewonnenen Gebieten“, Polens katholische Kirche gibt der Vertreibung der Deutschen ihren Segen.

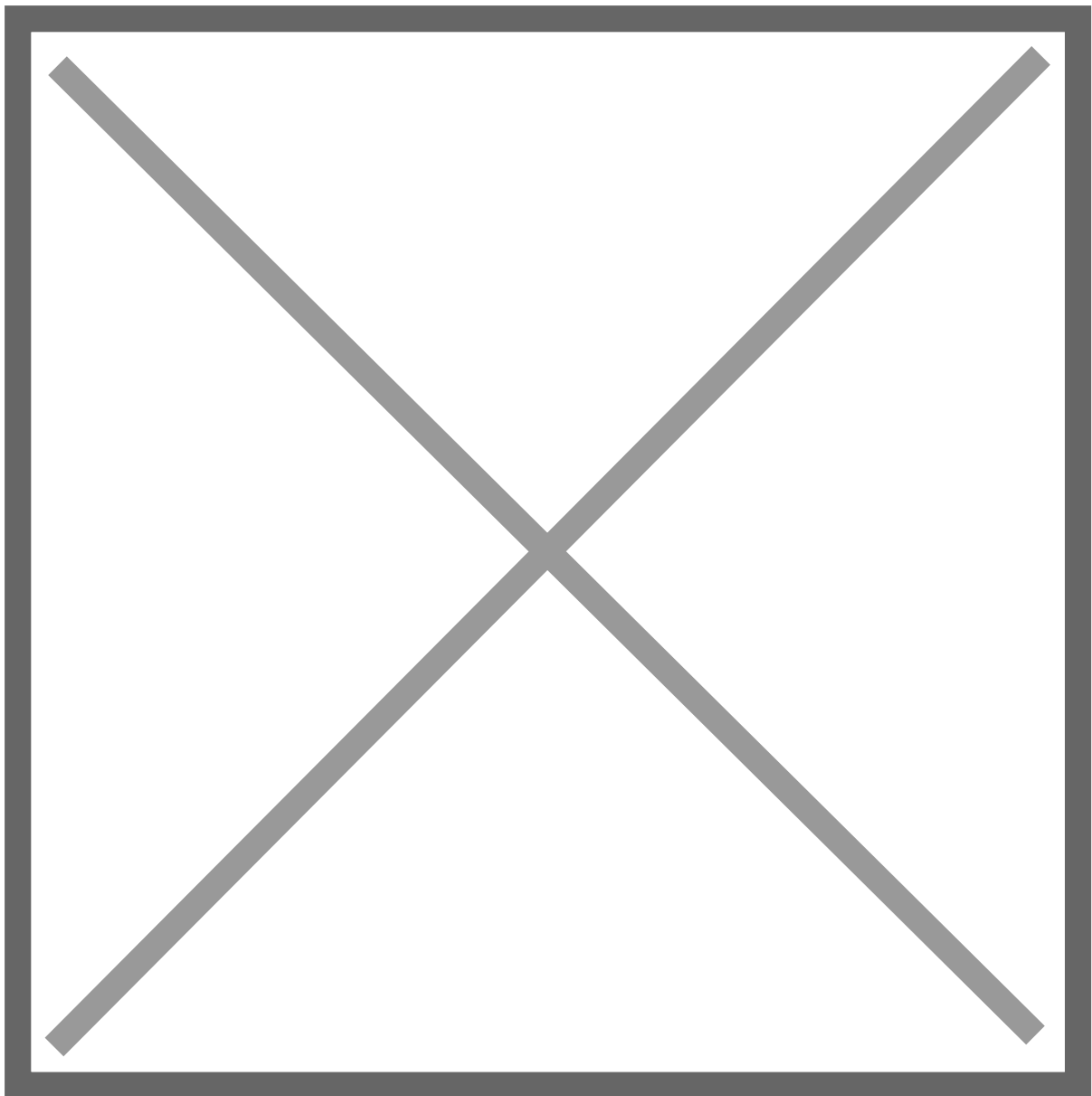
Auch in der Tschechoslowakei wird am 19. Juni 1945 die Enteignung „staatlich unzuverlässiger“ Bürger verfügt. Damit sind Deutschstämmige gemeint. Sie müssen weiße Armbinden oder ein aufgenähtes N für *Němec* (Deutscher) tragen. Zwei Wochen später kommt eine Regierungsdelegation aus Moskau zurück mit der Kunde, dass Stalin, dessen Rote Armee ja ganz Osteuropa besetzt hält, die Abschiebung der Deutschen „erlaubt“ habe.

Umfassende Zwangsaussiedlungen sind die Folge. Zu Hunderttausenden werden Deutsche in Güterwaggons und Viehwagen über die Grenze transportiert oder müssen in Trecks zu Fuß aufbrechen. Überall kommt es zu Gewaltexzessen. Die später „wilde Vertreibungen“ genannten Aktionen bleiben nicht unbemerkt von den westlichen Alliierten. Und diese fürchten den Elendszug aus dem Osten, weil sie die Menschen werden versorgen müssen. Zumal mehr oder minder staatlich organisiert Deutsche auch aus Ungarn, Rumänien und Jugoslawien vertrieben werden.

Aber das ist nur eines von vielen Problemen der Alliierten, eine von zahllosen Schwierigkeiten in diesen chaotischen Wochen nach dem Krieg. Wie können sie die Versorgung der Not leidenden Bevölkerung in den zerbombten deutschen Städten sichern? Was soll mit den Millionen sogenannten *Displaced Persons* geschehen, die von den Deutschen verschleppt worden waren? Wie ist mit NS-Verbrechern zu verfahren? Wie kann eine neue deutsche Verwaltung aufgebaut werden? All das muss besprochen werden. In Potsdam.

Am 17. Juli treffen die Großen Drei zum ersten Mal am runden Konferenztisch im Saal von Schloss Cecilienhof aufeinander. Die Holzessel der Chefs haben Armlehnen und sind leicht erhöht. An ihrer Seite sitzen die Dolmetscher, die Außenminister und Topberater, nicht ganz so bequem. Jede Nation hat fünf Sitze direkt am runden Tisch. Alle anderen Berater, Beamten und Experten müssen weiter hinten Platz nehmen. Wie bei jeder Diplomaten-Konferenz aber werden sie die Hauptarbeit erledigen – in langen, zähen Verhandlungen.

Untergebracht sind die Sitzungsteilnehmer in den unzerstört gebliebenen Villen der Umgebung, von denen viele einst den Größen des deutschen Films gehört haben (die Ufa-Studios von Babelsberg liegen in unmittelbarer Nähe). In weitem Umkreis sind für die Konferenz Gebäude geräumt worden, die deutschen Bewohner mussten ihre Unterkünfte verlassen. Ein eigens errichteter Holzzaun trennt das Gebiet vom Rest Potsdams.



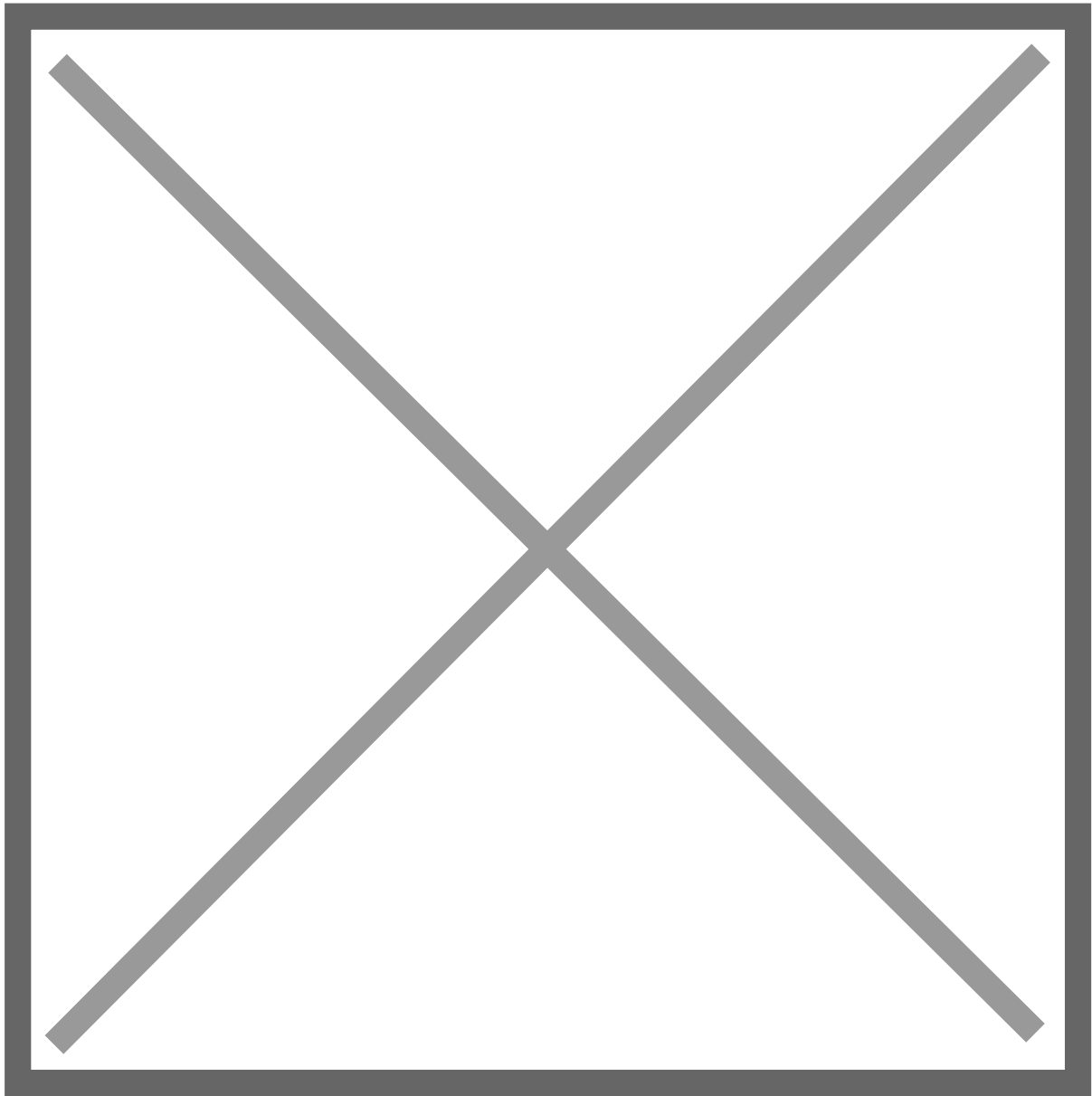
DEUTSCHE AUS DEM östlichen Europa entsteigen in Friedland bei Göttingen einem Eisenbahnzug. Der Strom der Vertriebenen ist auch eine Folge der »Westverschiebung Polens«, die Stalin erwirkt hat

Die drei Verhandlungsführer werden sich nun fast täglich treffen, meist am späten Nachmittag, abends bleibt Zeit für Büfets, Banketts und Entspannung. In den Räumen der Sowjetabgesandten servieren Soldatinnen Champagner, Kaviar und frisches Obst aus Georgien, im Hintergrund spielen Pianisten und Violinvirtuosinnen.

Truman bietet deutschen Rheinwein und Vanilleeis mit Schokoladensoße auf, die er extra von der in Antwerpen am Kai liegenden „Augusta“ einfliegen lässt, dem Kriegsschiff, mit dem er den Atlantik überquert hat. Churchill wiederum beordert sogar die Band der Royal Air Force in voller Mannstärke aus London zur abendlichen Unterhaltung nach Potsdam.

Als Gastgeber eröffnet Stalin am 17. Juli spätnachmittags die Konferenz; nicht ohne Hintersinn übergibt er die Konferenzleitung aber sogleich dem US-Präsidenten. Harry S. Truman, der Neuling in der Runde, nimmt geschmeichelt an. Fortan steht die Konferenz unter der Führung des Amerikaners. Truman ist damit in die Rolle des Vermittlers zwischen Briten und Russen gedrängt – und Stalin kann *njet* sagen, wenn ihm etwas nicht passt.

Doch zunächst geht alles einigermaßen glatt. Schon am folgenden Tag einigen sich die drei Siegermächte darauf, wie sie künftig die Besatzungsherrschaft in Deutschland organisieren wollen. Bereits in Jalta hatten sie den grundsätzlichen Zuschnitt der Besatzungszonen verabredet. Die Briten verwalten den Nordwesten, die Franzosen den Südwesten. Die Amerikaner übernehmen Hessen, die Pfalz und Bayern, die Sowjets die Mitte Deutschlands von der Ostseeküste bis zum Erzgebirge. Die Hauptstadt Berlin hatten sie entsprechend in vier Sektoren geteilt.



AUF ENGSTEM RAUM haben sich diese Ungarn-Deutschen in einem Auffanglager in Ulm eingerichtet. Die Westalliierten in Potsdam fürchten den Elendszug aus dem Osten, nehmen ihn aber in Kauf

Für die konkrete Verwaltung des besetzten Landes treffen die Großen Drei mehrere Verabredungen: Deutschland soll weiterhin, trotz unterschiedlicher Besatzungszonen, als politische – und wirtschaftliche – Einheit behandelt werden. Dafür wird der Alliierte Kontrollrat in Berlin eingerichtet mit den Oberkommandierenden der vier Besatzungstruppen an der Spitze. Der Kontrollrat ist mit „allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten“ befasst. (Und tatsächlich werden sich die Oberbefehlshaber in den kommenden gut zweieinhalb Jahren dreimal pro Monat in Berlin treffen, ehe die Sowjetunion im März 1948 aus dem Kontrollrat auszieht.)

Zugleich aber erhält jede Macht die Befugnis, in ihrer Zone zu verfahren, wie sie will. Zwar billigen die Alliierten gemeinsame Grundsätze, wie die Besatzer künftig mit dem besiegten Land verfahren wollen: Die nationalsozialistischen Kriegsverbrecher sollen vor Gericht gestellt, alle vor Kriegsende politisch aktiven NSDAP-Mitglieder aus dem öffentlichen Leben entfernt werden; die Deutschen müssen ihre Verantwortung für die Untaten der NS-Zeit eingestehen; sie sollen zudem an

demokratische Spielregeln herangeführt und auf eine zukünftige friedliche Rolle in der Völkergemeinschaft vorbereitet werden.

Die Reste des alten Militärapparats wollen die Alliierten genauso zerschlagen wie die Großunternehmen, auf deren Unterstützung das NS-Regime bauen konnte. Mit welcher Konsequenz diese Grundsätze indes verfolgt werden, bleibt jeder Besatzungsmacht selbst überlassen. Vereinbart wird an diesem 18. Juli 1945 zudem, dass die Außenminister der vier Siegermächte fortan regelmäßig zusammenkommen, um eine endgültige Friedenskonferenz vorzubereiten.

Trotz dieser Einigkeit geraten die Großen Drei schon bald in einen Grundsatzstreit: Was eigentlich ist unter Deutschland künftig zu verstehen, welche Dimensionen soll es genau haben? Diese Fragen sind nämlich weitgehend ungeklärt. Überhaupt wird die Stimmung gereizter zwischen den drei Männern. Vor allem Churchill stichelt gegen Stalin. Auch der Generalissimus teilt aus. Es ist der Nachmittag des 19. Juli 1945, erst der dritte Verhandlungstag. Er höre lauter „Anklagen“ des Briten, gibt der Sowjetführer zu Protokoll, während der Premier kontert, er trage lediglich „Beschwerden“ vor.

Truman, der Mann, der noch vor Jahresfrist ein einfacher Senator aus Amerikas Mittlerem Westen war, hat rasch genug von derlei Spitzfindigkeiten: „Ich bin hierhergekommen, um mit den Regierungen der Sowjetunion und Großbritanniens über Weltpolitik zu reden.“ Er sitze hier nicht als Schiedsrichter zwischen den beiden. Die Sitzung an diesem Tag ist bald beendet. Und immer wieder geraten die drei nun aneinander.

Am Nachmittag des 21. Juli, am fünften Verhandlungstag, ist es Truman, der sich mit dem unnachgiebigen Sowjetführer anlegt. Mit Nachdruck spricht er die Frage der polnischen Westgrenze und den Status der deutschen Ostgebiete an. Denn noch ist völkerrechtlich ungeklärt, welchen Verlauf diese Grenze nehmen soll – und was genau jenseits dieser Grenze geschehen soll.

Genauso wenig entschieden ist über das Problem der Umsiedlung von Millionen Deutschen. Außer der früheren Zusage, dass sie im Grundsatz zustimmen, haben Briten und Amerikaner ja noch nicht mit der UdSSR vereinbart, wie diese Massenvertreibung organisiert werden soll. Als Stalin behauptet, dass keine Deutschen mehr im Osten leben würden, flüstert Trumans oberster Militärberater Admiral William Leahy dem Präsidenten – wohl scherzhaft – ins Ohr: „Natürlich nicht, die Bolschies haben sie alle umgebracht.“ Wenig später wird die neue polnische Regierung aus Warschau nach Potsdam eingeladen, auch deshalb, um zu ergründen, wie viele Deutsche noch in den östlichen Gebieten jenseits von Oder und Neiße leben. Sie spricht immerhin von anderthalb Millionen, fügt allerdings hinzu, dass auch diese Massen noch „ziehen werden, sobald die Ernte vorbei ist“.

Bei keinem der Beteiligten steht das Schicksal der Menschen im Vordergrund. Auch Truman (und mit ihm Churchill) bewegt die Grenzfrage vor allem aus zwei anderen Gründen. Zum einen hegt er die Befürchtung, dass noch viel mehr als die anderthalb Millionen, von denen Warschau redet, aus Polen, aus der Tschechoslowakei und vom Balkan, nach Westen vertrieben werden – Menschen, von denen ja am Ende Briten und Amerikaner viele in ihren Zonen aufnehmen und ernähren müssen (so wie es tatsächlich bald auch kommen wird). Zum anderen aber wollen Churchill und

Truman eine Gegenleistung für ihre Zustimmung zu den neuen Grenzen Polens und zur massenhaften Umsiedlung der Deutschen. Stalin soll ihnen in einer nicht unbedeutenden Frage entgegenkommen.



KINDER stehen vor einer sogenannten Nissenhütte aus Wellblech um Essen an. Flüchtlinge und Vertriebene werden in Deutschland noch Jahrzehnte als Fremde gelten, manche ihr Leben lang



»SIE VERLASSEN DEN amerikanischen Sektor«, warnt dieses Schild in Berlin. Die auf der Potsdamer Konferenz vereinbarte Einrichtung weitgehend souveräner Besatzungszonen nimmt die Teilung Deutschlands vorweg

Denn der Sowjetführer will Reparationen von den Deutschen. Er verlangt eine fixe Summe von zehn Milliarden US-Dollar, so war es in Jalta besprochen. Diese Regelung empfinden die Amerikaner nun allerdings als zu starr. Sie bevorzugen eine flexiblere Lösung: Jede Besatzungsmacht soll in ihrer Zone künftig selbst bestimmen, wie sie ihre Ansprüche befriedigt, etwa durch Demontagen von Fabriken und Eisenbahnen oder Lieferungen aus der deutschen Industrieproduktion.

Eines ist den Amerikanern dabei besonders wichtig. Die Last der Reparationen darf nicht so drückend ausfallen, dass die Deutschen auf Dauer ohne Hilfe von außen nicht existieren könnten. Denn die Hauptlast dieser Unterstützung müsste unweigerlich das reichste, vom Krieg am wenigsten gebeutelte Land unter den Siegern tragen: die USA.

Tagelang ringen nun beide Seiten. Bereits morgens um acht Uhr treten die ersten Expertenkomitees zusammen, die Außenminister verhandeln meist später am Vormittag miteinander. Doch insbesondere der sowjetische Chefdiplomat Wjatscheslaw Molotow ist bei seinen amerikanischen Verhandlungspartnern bald wegen seiner Unbeweglichkeit verschrien. „Steinarsch“ nennen sie ihn hinter vorgehaltener Hand.

Auch die Grenzfrage entzweit die drei Siegermächte weiterhin. Churchill fasst am 25. Juli die allgemeine Stimmung zusammen: „Wir müssen konstatieren, dass wir bis jetzt in diesem Punkt keinerlei Fortschritte gemacht haben.“ Es ist der neunte Verhandlungstag. Der Tiefpunkt der Konferenz.

Selbst ein persönliches Gespräch zwischen Truman und Außenminister Molotow etwas später bringt keine Einigung. Die Verhandlungen im Kreis der Großen Drei werden erst einmal ausgesetzt, weil Stalin sich erkältet hat. Doch in zähen Verhandlungen kommen die Außenminister sich näher.

Zwei Tage später ist Stalin wieder fit – und nun geht alles sehr schnell. Ein Kompromiss nimmt Form an: Briten und Amerikaner geben in der Grenzfrage nach, die Sowjets bei den Reparationen. So klärt sich die letzte große Streitfrage. Noch einmal werden die Diplomaten angewiesen, Details zu besprechen und schließlich alle Entscheidungen und neuen Bestimmungen zusammenzuführen: in einem großen Abschlussprotokoll.

Am 1. August 1945, um 22.40 Uhr, 15 Tage nach Beginn der Verhandlungen, treffen sich die Großen Drei ein letztes Mal im großen Saal von Cecilienhof: Stalin, Truman und der neue britische Premier Clement Attlee, der nach seinem Wahlsieg mitten in der Konferenz Winston Churchill abgelöst hat.

Rasch soll jetzt alles vorüber sein. Denn Truman will nur noch eines: nach Hause. Die „Augusta“ hat er bereits von Antwerpen nach Plymouth geschickt; das spart einige Stunden auf hoher See. Das Flugzeug, das ihn nach England bringen soll, steht bereit.

Noch einmal werden die Punkte der Abschlusserklärung abgehakt. Deutschland bleibt auf dem Papier (und weiterhin auf den Karten vieler Atlanten) in seinen Grenzen von 1937 bestehen. Völkerrechtlich verbindlich geregelt werden soll die Grenzfrage erst bei einer Friedenskonferenz, so wie es der US-Präsident gefordert hat. Tatsächlich aber übernehmen die Polen mit Billigung der westlichen Alliierten die Gebiete östlich von Oder und Neiße.

Ausdrücklich ist in der Erklärung die Rede von „ordnungsgemäßer und humaner Überführung“ der Deutschen „aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn“. Politisch ist damit die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der vier Besatzungszonen abgesegnet.

Wie weit der formulierte Anspruch, dass dies in „humaner“ Form zu geschehen habe, und die Wirklichkeit gut zwei Monate nach Kriegsende auseinanderklaffen, zeigt sich unmittelbar: Fast zeitgleich zum Abschlusstreffen in Potsdam kommt es nicht einmal 300 Kilometer davon entfernt, in Ústí nad Labem, dem sudetendeutschen Aussig, zu Ausschreitungen.

Tschechische Milizionäre jagen dort Deutsche durch die Straßen. Menschen werden erschlagen, erschossen, in der Elbe ertränkt. Wie viele ihr Leben verlieren, wird nie zweifelsfrei geklärt, einigen Schätzungen zufolge gibt es mehr als 100 Tote. Insgesamt, so vermuten Historiker später, werden Hunderttausende Deutsche die Vertreibungen nicht überleben.

In Potsdam dagegen ist die „Überführung“ der Deutschen aus den Ostgebieten nach Westen nur ein Punkt unter vielen. Alles auf dieser Konferenz ist mit allem verbunden. Stalin etwa verzichtet – als Gegenleistung für die faktische Anerkennung der neuen polnischen Westgrenze – auf seine Forderung, dass die Sieger eine fixe Reparationssumme erhalten sollen. Er stimmt stattdessen dem Vorschlag der Amerikaner zu, dass jede Siegermacht die Reparation weitestgehend aus ihrer jeweils eigenen Besatzungszone bekommt und so deren Höhe selbst festsetzen kann. Eine Regelung mit weitreichenden Folgen.

Denn bei allen Bekenntnissen zur Einheit des besetzten Landes – in Potsdam legen die Großen Drei damit fest, dass sie künftig in ihren Zonen weitgehend frei entscheiden können, ohne Rücksicht auf die anderen Besatzungsmächte: wirtschaftlich, weil sie selbst das Tempo von Demontagen und Reparationsleistungen bestimmen dürfen; politisch, weil sie unter anderem die vereinbarte

Demokratisierung eigenmächtig regeln können.

Und da Briten und Franzosen wiederum zusehends von der wirtschaftlichen Unterstützung ihres wohlhabenden amerikanischen Verbündeten abhängig sind und dessen politischen Vorstellungen folgen, begünstigt diese Regelung faktisch noch etwas anderes: die Teilung Deutschlands in zwei Interessensphären, in eine West- und eine Osthälfte.

Es ist kurz nach Mitternacht, am frühen 2. August 1945, als Stalin am runden Eichentisch in Cecilienhof nach seinem Federhalter greift. In der Mitte stehen die drei Fähnchen der Sieger: das Sternenbanner, der Union Jack und die rote Fahne mit Hammer und Sichel. Der Sowjetführer unterzeichnet als Erster die ausgehandelte Deklaration, gefolgt von Truman und Attlee. Dann sagt der US-Präsident feierlich: „Hiermit vertage ich die Konferenz – bis zu unserem nächsten Treffen, das, wie ich hoffe, in Washington stattfinden wird.“ Es ist ausgerechnet der Atheist Stalin, der hinzufügt: „So Gott will.“

Doch die Großen Drei werden sich nie wiedersehen. Die Zeit ihrer Zusammenarbeit ist beendet. Bald schon wird eine neue Konfrontation beginnen, eine Auseinandersetzung, die auch die zukünftige Geschichte Deutschlands prägen wird: der Kalte Krieg zwischen Ost und West.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

->

->

->

Sekundärliteratur

->

->

Berliner Blockade

Prozess der Teilung Deutschlands

Die Währungsreform 1948

Inhaltsverzeichnis

1. Kleine Ereignisgeschichte der Währungsreform 1948

1. Kleine Ereignisgeschichte der Währungsreform 1948

Die westdeutsche Währungsreform 1948 nahm auf wirtschaftlichem Gebiet die politische Teilung vorweg und schuf zwei Währungszonen in Deutschland. Damit trug sie wesentlich zur Eskalation des Kalten Krieges bei und mündete in die Teilung Deutschlands.

Ab dem 20. Juni 1948 wurde in einem Teil Deutschlands die alte Reichsmark (RM) als Währung abgeschafft und die Deutsche Mark (DM) eingeführt. Dies geschah in den drei westlichen Besatzungszonen – der US-amerikanischen, der britischen und der französischen Zone –, nicht jedoch in Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). In der Geschichte der Bundesrepublik gilt diese Währungsreform als der Zeitpunkt, mit dem in Westdeutschland die Marktwirtschaft (wieder)eingeführt wurde und das sogenannte Wirtschaftswunder begann. Gleichzeitig verschärften sich anlässlich dieses Ereignisses jedoch die Auseinandersetzungen zwischen den vier Siegermächten um die politische Zukunft Deutschlands. Sie leistete einen wesentlichen Beitrag zum Beginn des Kalten Krieges und mündete letztlich in die Teilung Deutschlands.

Wirtschaftliche Ausgangslage

Der Nationalsozialismus und sein "Drittes Reich" hatten außer einem weithin zerstörten Land große Mengen Geld und eine geringe Güterproduktion hinterlassen. Die Produktion und die Güterverteilung waren ab 1936 staatlich kontrolliert und die Preise auf relativ niedrigem Niveau festgeschrieben worden. Am Ende des Krieges war sehr viel mehr Geld im Umlauf, als gebraucht wurde, um bei herkömmlicher Umlaufgeschwindigkeit des Geldes die geringe Menge produzierter Güter zu den Festpreisen zu kaufen. Dieser enorme Geldüberhang als Ergebnis einer "gestauten Inflation" hing auch mit der Frage der Verschuldung des deutschen Staates zusammen. Die straffe Preiskontrolle und Rationierung der Konsumgüter während des Zweiten Weltkrieges sorgte dafür, dass die privaten Einkommen nicht konsumiert wurden, sondern auf Sparkonten gelangten, die das NS-Regime wiederum zur "geräuschlosen Kriegsfinanzierung" verwendete. Die Finanzierung des Krieges war zudem eng an das Wachstum der Geldmenge geknüpft: Waren 1939 noch knapp zwölf Milliarden RM als Banknoten im Umlauf, waren es 1945 56 Milliarden RM. Und die

Reichsverschuldung belief sich schon 1943/44 auf das Dreifache des im Deutschen Reich erwirtschafteten Sozialprodukts.[Zur Auflösung der Fußnote\[1\]](#)

Gleichzeitig erwiesen sich die Bewirtschaftungsmaßnahmen als Zwangskorsett für die Wirtschaft. Die alliierten Besatzungsbehörden übernahmen sowohl die Güterbewirtschaftung als auch die amtliche Preisbildung und die niedrigen Preise aus der NS-Zeit. Somit trat die amtliche Güterbewirtschaftung weiterhin an die Stelle des stillgelegten Preismechanismus auf freien Märkten. Eine Preisfreigabe kam für die Alliierten nicht infrage, da sonst die Preise enorm gestiegen wären. In der Folge entstanden schwarze Märkte mit horrenden Preisen für Konsumgüter,[Zur Auflösung der Fußnote\[2\]](#) der Naturaltausch entfaltete sich jenseits der staatlichen Pläne und Lenkungsmaßnahmen, Rohstoffe und Zwischenprodukte wurden von den Unternehmen gehortet, und die Produktion blieb wegen der knappen Ressourcen gehemmt.[Zur Auflösung der Fußnote\[3\]](#)

Angesichts dieser wirtschaftlichen Ausgangslage herrschte sowohl bei westdeutschen Ökonomen und Politikern wie bei den westlichen Besatzungsmächten weitgehende Einigkeit, dass eine Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Verfahren nötig sei und dass dies eine Beseitigung der Überliquidität voraussetze. Doch welche Maßnahmen hierzu ergriffen werden sollten, war umstritten. Wie zu zeigen sein wird, sollte die Währungsreform mit einer Wirtschaftsreform verbunden werden. Während erstere überwiegend von den alliierten Besatzungsmächten ins Werk gesetzt und organisiert wurde, war letztere auch auf deutsche Initiativen zurückzuführen.

Akteure und frühe Konzepte

Von deutscher Seite wurden teilweise schon im Verlauf des Krieges Pläne für eine als notwendig erachtete Währungsreform in der Nachkriegszeit entwickelt. Hier sind eine von Ludwig Erhard und Günter Keiser im Frühjahr 1944 vorgelegte Denkschrift und das "Detmolder Memorandum" von November 1945 zu nennen. Beide schlugen eine Stilllegung von Kaufkraft, einen Währungsschnitt mittels der Vernichtung oder Blockierung eines großen Teils der Geldmenge sowie eine Reduzierung der Reichsschuld vor.[Zur Auflösung der Fußnote\[4\]](#)

Die französische und die sowjetische Besatzungsmacht zeigten anfangs wenig Interesse an einer Währungsreform. Die Franzosen und Russen hatten einen hohen Geldbedarf für die Versorgung ihrer Truppen aus ihrer jeweiligen Zone. Daher wurde von ihnen in großem Umfang alliierte Militärmark, die der RM gesetzlich gleichgestellt war, in Umlauf gesetzt. Die Verknappung des Geldumlaufs lag nicht in ihrem Interesse.

Die US-Amerikaner lebten andererseits in viel geringerem Ausmaß von den Ressourcen ihres Besatzungsgebietes und waren seit 1947 an einer Stärkung der deutschen Wirtschaft und der Verbreitung des Konzepts der freien Marktwirtschaft interessiert. Sie entwickelten 1945 den ersten und 1946 den zweiten alliierten Plan für eine Währungsreform, die sie jeweils im Alliierten Kontrollrat vorlegten. Letzterer wurde als "Colm-Dodge-Goldsmith-Plan" maßgeblich für die weiteren gemeinsamen Planungen aller vier Besatzungsmächte. Dabei argumentierte der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, Lucius Clay, eine Reform sei nötig, um ein Klima zu schaffen, das der Demokratie und einem freien Unternehmertum förderlich sei. Die Briten

sahen ein Gleichgewicht der öffentlichen Haushalte aller Regionen als Vorbedingung einer Währungsreform. Ein solches war zu diesem Zeitpunkt längst nicht erreicht. Trotz der unterschiedlichen Auffassungen und Problemlagen in den Zonen kamen die Alliierten überein, dass durch die Währungsreform 70 Prozent des Geldumlaufs gestrichen, 20 Prozent blockiert – also erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung zu stehen habe – und zehn Prozent in neues Geld umgetauscht werden sollten.

Stein des Anstoßes wurde allerdings die Frage, wo die neuen Banknoten herzustellen waren. Die Sowjetunion plädierte für Leipzig als Druckort, während die Vereinigten Staaten Berlin präferierten, da diese Stadt als einzige unter der Kontrolle aller vier Besatzungsmächte stand. Nachdem diese Frage wegen zunehmender ideologischer Bedenken der USA gegenüber der Sowjetunion lange nicht gelöst werden konnte, entschieden sich die US-Behörden eigenmächtig und ohne Rücksprache mit den Briten oder der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), das Geld in den USA herstellen zu lassen. Dort wurden sie im Auftrag des US-Außenministeriums von der American Bank Note Company Ende 1947 bis März 1948 gedruckt. Deshalb sahen die ersten Banknoten der D-Mark Dollarscheine viel ähnlicher als den vorherigen Reichsmarkscheine – auch wenn sie blau und nicht grün gefärbt waren. Sie waren aus einfachem Papier, ohne Wasserzeichen. Als Motive dienten provisorisch Gravurplatten von Eisenbahn-Pfandbriefen und Ölquellen-Anteilen.

Im Frühjahr 1948 verschiffte die amerikanische Militärverwaltung die insgesamt 5,7 Milliarden DM in 23.000 nicht gekennzeichneten Stahlkisten nach Bremerhaven, von wo aus sie nach Frankfurt am Main in den Keller des alten Reichsbankgebäudes gebracht und dort für den "Tag X" verwahrt wurden.Zur Auflösung der Fußnote[5] Nachdem am 18. Juni 1948 der Beginn der Währungsreform auf den 20. Juni festgelegt und dieses Datum nach langer Geheimhaltung nun öffentlich verkündet worden war, begann die Verteilung des Geldes an die Landeszentralbanken und von dort an die Umtauschstellen. Als solche wurden die Kartenstellen der Ernährungsämter in den drei Westzonen benutzt, die zu Kontrollzwecken die Karten zur Lebensmittelrationierung aller Verbraucherinnen und Verbraucher heranzogen.Zur Auflösung der Fußnote[6]

Auch bei den übrigen Fragen erwiesen sich die amerikanischen Vorstellungen für eine Währungsreform als ausschlaggebend für die spätere Umsetzung. Als zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt, Ende April 1948, auch deutsche Sachverständige, unter ihnen Erhard, auf dem Konklave von Rothwesten bei Kassel in die konkrete Vorbereitung der Währungsreform miteinbezogen wurden, blieben die wichtigsten Punkte des Colm-Dodge-Goldsmith-Plan letztlich Kernbereiche, obwohl die Deutschen im sogenannten Homburger Plan von April 1948 zum Teil abweichende Ziele formuliert hatten. Ziel waren nun neben der bereits genannten Umwandlung der alten in die neue Währung im Verhältnis 10:1 vor allem die Annullierung der Reichsschuld, die Umstellung privater Schulden im Verhältnis 1:1 und die Übertragung der Zuständigkeit für Gesetze über den Lastenausgleich in deutsche Hände.Zur Auflösung der Fußnote[7] So lässt sich festhalten, dass deutsche Ökonomen und Politiker zwar Vorschläge zu einer Währungsreform gemacht hatten. Doch letztlich waren unter den Besatzungsmächten vor allem die US-Amerikaner die treibende Kraft dahinter und bestimmten den Zeitpunkt und die eigentlichen Kernmaßnahmen der Währungsreform.

Im westdeutschen Gründungsmythos hat Ludwig Erhard zwar die Rolle als "Vater des Wirtschaftswunders" eingenommen. Doch der Anteil des deutschen Politikers und Wirtschaftsexperten bei der Konzeption der Währungsreform war eher gering. Tatsächlich war der Sonderfinanzberater in Lucius Clays Wirtschaftsabteilung, Edward Tenenbaum, der Hauptverantwortliche für deren Gestaltung und Umsetzung in Westdeutschland.Zur Auflösung der Fußnote[8] Als solcher hat er in Deutschland allerdings nie offiziell eine Würdigung erfahren.

Im März 1948 war Erhard zum neuen Direktor der Verwaltung für Wirtschaft ernannt worden. Er plädierte für eine Freigabe der Preise zeitgleich mit der Währungsreform und vertrat damit die Position, dass mit ihr auch eine Wirtschaftsreform einhergehen müsse. Diese setzte er auch durch. Erhard war im Juni 1948 für die unmittelbare Abschaffung der Bewirtschaftungsmaßnahmen verantwortlich; und zwar durchaus gegen die Richtlinien der Amerikaner. Doch konnte er sich der Zustimmung von Militärgouverneur Clay sicher sein, die er im Nachhinein einholte.Zur Auflösung der Fußnote[9] Im sogenannten Leitsatzgesetz vom 18. Juni 1948, also unmittelbar vor der Währungsreform, wurde als Grundsatz der künftigen Wirtschaftspolitik in der Bizone – der zusammengelegten britischen und amerikanischen Besatzungszone – festgelegt, dass der Preisfreigabe vor der weiteren Preisbindung der Vorzug zu geben sei.Zur Auflösung der Fußnote [10] Gleichzeitig legte das Gesetz Bereiche fest, in denen die Preise "zum Schutz der wirtschaftlich Schwächeren" weiter gebunden sein sollten. Dies waren die Bereiche Ernährung, Rohstoffe, Mieten und Verkehr. Bereits am Tag der Währungsreform ließ Erhard im Rundfunk öffentlich die Freigabe eines Großteils der Preise verkünden. Danach galten Höchstpreise nur noch für einige Grundnahrungsmittel sowie für Kohle, Elektrizität, Gas und Wasser. Neben dem Verbraucherschutz zielten diese Maßnahmen auch darauf, die Löhne zu stabilisieren und die Produktion anzukurbeln.Zur Auflösung der Fußnote[11]

Maßnahmen der Währungsreform

Nachdem seit 1924 im Deutschen Reich die RM offizielles Zahlungsmittel gewesen war, wurde sie ab dem 21. Juni 1948 durch die D-Mark als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel der drei Westzonen abgelöst. Tags zuvor, am 20. Juni, erhielt jede Bewohnerin und jeder Bewohner der drei westlichen Besatzungszonen als sogenannte Kopfquote 40 DM im Umtausch gegen 40 RM. Neben den alten Reichsmarkscheinen wurden in dieser Höhe auch die älteren und alternativen Währungen (Rentenmark, Goldmark, alliierte Militärmark) im Verhältnis 1:1 in DM umgetauscht. Ein zweiter Teil der Kopfquote in Höhe von 20 DM für 20 RM war im September einlösbar. Alle Löhne und Gehälter wurden frühestens am nächsten Monatsanfang in DM ausbezahlt. Die Mieten waren im Verhältnis 1:1 umzustellen und der Mietpreisstopp von 1936 wurde verlängert. Die Preise für Verkehrsmittel ließ Erhard im Juli 1948 senken.

Zum 20. Juni fand zudem ein Währungsschnitt von Sparguthaben statt: Aus 10 RM, ob in Form von Bargeld, Sparguthaben oder Schulden, wurden 1 DM. Die auf ein Zehntel zusammengeschmolzenen DM-Guthaben waren zu einer Hälfte zum sofortigen Gebrauch freigegeben, die andere Hälfte wurde auf einem Festkonto eingefroren, von dem am 4. Oktober 1948 sieben Zehntel gestrichen, zwei Zehntel freigegeben sowie ein Zehntel zum Sparen oder zum Kauf von Wertpapieren festgelegt werden musste. Am Ende wurden also aus 1.000 RM 65 DM. Aber

die Bewirtschaftung für viele Güter war aufgehoben. Viele Hersteller und Händler verkauften nun ihre vorher gehorteten Waren. Dies führte am Tag nach dem Umtausch zu einer ungewohnten Warenvielfalt in Schaufenstern, die als prägende Erfahrung vieler Deutscher lange die Erinnerung an die Währungsreform dominierte.

Folgen der Währungsreform

Die Zeit von 1948 bis etwa 1952 galt als Bewährungsprobe der Marktwirtschaft in den Westsektoren, wo die Währungsreform umgesetzt worden war. Dabei war sie anfangs alles andere als sozial: Die Lebenshaltungskosten erhöhten sich im zweiten Halbjahr 1948 um 17 Prozent. Der Währungsschnitt fiel erheblich schärfer aus, als geplant war, und bedeutete eine große soziale Ungerechtigkeit, da er einseitig die Sparer traf und die Sachwertbesitzer schonte. Ein entsprechendes Lastenausgleichsgesetz kam erst 1952 zustande und zeigte die Schwierigkeit, hier eine angemessene Lösung zu finden.[Zur Auflösung der Fußnote\[12\]](#)

Die Preisentwicklung war in dieser Zeit von starken Schwankungen bestimmt: Ab Juni 1948 stiegen die Preise dramatisch, wobei die Preissteigerungen die ärmeren Teile der Bevölkerung besonders hart trafen. Teilweise konnten sie von ihrem Einkommen nicht einmal ihre gesamten Lebensmittelrationen erwerben. Die Zuteilungen von Fleisch, Fett und Brot stiegen in der zweiten Jahreshälfte 1948 zwar an, doch schien die "Rationierung durch den Preis" die Rationierung der Waren ersetzt zu haben.

Insgesamt wich die erste Begeisterung über die Warenfülle in den Schaufenstern der Enttäuschung über die nun hohen Preise. Die allgemeine Stimmungslage entwickelte sich daher nach der Währungsreform alles andere als optimistisch.[Zur Auflösung der Fußnote\[13\]](#) Zwar verschwanden bald die schwarzen Märkte. Doch die Löhne der Arbeitnehmer blieben bis November 1948 eingefroren, und gleichzeitig waren die Sparrücklagen der arbeitenden Bevölkerung auf ein Minimum geschrumpft. Zudem stieg die Arbeitslosigkeit: Bis Jahresende verdoppelte sie sich auf eine Million Erwerbstätige, im Herbst 1949 waren schließlich erstmals wieder über zehn Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung erwerbslos. Anfang 1950 waren dies über zwei Millionen Menschen.[Zur Auflösung der Fußnote\[14\]](#) Noch im April 1948 hatten bei Meinungsumfragen in der amerikanischen Zone 54 Prozent der Befragten angegeben, die Ernährung sei eine ihrer Hauptsorgen. 40 Prozent nannten Kleidung und Schuhe. Nur zwölf Prozent führten das Fehlen finanzieller Mittel, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, an. Im August 1948 waren es nur noch weniger als zehn Prozent der Befragten, die als Hauptsorge die Grundversorgung nannten. 59 Prozent dagegen plagten nun Geldsorgen.[Zur Auflösung der Fußnote\[15\]](#)

Angesichts der massiven Teuerungen hielten viele das Experiment mit der Marktwirtschaft für gescheitert. Sogar der bizonale Länderrat stellte am 18. November 1948 fest, dass eine Änderung der Preispolitik unbedingt nötig sei: "Der Versuch, eine funktionierende Marktwirtschaft bei kritischen Mangelwaren einzuführen, ist gescheitert", ließ er verlautbaren.[Zur Auflösung der Fußnote\[16\]](#) Erhard beteuerte zwar, dass die Preise bald eine normale, ausgeglichene Entwicklung nehmen würden, doch die Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen verschlechterten sich weiter. Die Gewerkschaften forderten eine Totalrevision von Erhards Wirtschaftspolitik und

kämpften außerdem darum, ihre wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen im Grundgesetz zu verankern, dessen Beratung in vollem Gange war. Sie riefen am 12. November 1948 zu einem auf 24 Stunden befristeten Generalstreik gegen die "Wirtschaftspolitik der Volksausbeutung" auf. Sie forderten unter anderem die Wiedereinführung von Preiskontrollen und eines Bewirtschaftungssystems im Nahrungsbereich sowie die Sozialisierung und Mitbestimmung in den Grundstoffindustrien.Zur Auflösung der Fußnote[17]Tatsächlich legten in der Bizone am festgesetzten Tag 9,25 Millionen Beschäftigte die Arbeit nieder. Man verlangte eine gerechtere Verteilung der Kriegsfolgelasten und einen gerechteren Anteil an den produzierten Gütern; sei es über niedrigere Preise oder höhere Löhne. Erhard und die Wirtschaftsverwaltung jedoch hielten weiter an ihrem Kurs fest, und auch im Parlamentarischen Rat wurden die gewerkschaftlichen Positionen allenfalls taktisch zeitweilig aufgegriffen. Der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes forderte jedoch von der Wirtschaftsverwaltung Maßnahmen gegen den weiteren Preisauftrieb.

Als Wirtschaftspolitiker, der seine Berufskarriere in den 1930er Jahren in der gerade entstehenden Konsumforschung begonnen hatte, war Erhard in Fragen des Zusammenhangs von Lebensstandard, Warenqualität und Konsumgüterversorgung für seine Zeit ungewöhnlich aufgeschlossen. Er griff zu einer spezifischen Maßnahme der Standardisierung von Konsumgütern, um die Versorgung zu verbessern und gleichzeitig auf marktwirtschaftlichem Wege die Preise zu senken: dem sogenannten Jedermann-Programm nach britischem Vorbild. Viele Unternehmer sahen aber selbst diese staatlichen Regulierungsmaßnahmen als Eingriff in ihre Entscheidungsautonomie. Der Staat sollte auf solche autoritären Methoden endgültig verzichten und die Eingriffe in die Wirtschaft möglichst begrenzen. Ab Anfang 1949 begann sich jedoch die wirtschaftliche Lage generell zu stabilisieren.

Blockade und Luftbrücke

Neben den unmittelbar wirtschaftlichen Auswirkungen hatte die Währungsreform jedoch auch weitreichende politische Folgen. Dies zeigte sich in der deutschen Hauptstadt Berlin, wo die Machtblöcke des beginnenden Kalten Krieges zu dieser Zeit so direkt aufeinandertrafen wie nirgends sonst. Die westlichen Besatzungsmächte und die Sowjetunion verfolgten mit der Politik in ihren jeweiligen Besatzungssektoren der Stadt strategische Ziele, die von ihrer Bedeutung her weit über die Stadt und über Deutschland hinausreichten. Auslöser der internationalen Spannungen, die als die erste Berlinkrise bezeichnet wird, war der Beschluss der Westalliierten, in ihren Besatzungszonen die Währungsreform allein und nicht gesamtdeutsch durchzusetzen, wie dies immer noch die SMAD anstrebte.

In den ersten Nachkriegsjahren hatte Berlin noch eine gemeinsame Stadtverwaltung – trotz Einteilung in vier Sektoren unter Kontrolle der vier Siegermächte. Groß-Berlin war eine offene Stadt, in der sich die Bewohner frei zwischen den Sektoren bewegen konnten. Dort galten die neuen Währungsvorschriften zunächst nicht. Das Stadtgebiet war unter Hinweis auf den Vier-Mächte-Status der Stadt von der Währungsumstellung ausgenommen. Am 18. Juni 1948 gaben die Westmächte die bevorstehende Währungsreform in ihren Besatzungszonen bekannt. Am folgenden Tag deklarierte die Sowjetische Militäradministration, das neue Geld sei in der SBZ und in Groß-Berlin nicht zugelassen. Diese Maßnahme wurde als notwendig angesehen, um die SBZ vor einer Flut entwerteten Geldes aus den Westzonen zu schützen.

Zur Auflösung der Fußnote[18] Es setzten scharfe Kontrollen ein. Am 22. Juni kündigte der Leiter der Sowjetischen Militäradministration, Wassilij Sokolowski, den Westmächten an, die Sowjetunion sei gezwungen, aufgrund der schwierigen Lage jetzt in ihrer Zone und in Groß-Berlin auch eine Währungsreform durchzuführen.Zur Auflösung der Fußnote[19] Am gleichen Tag erörterten Finanzexperten der vier Mächte die Auswirkungen getrennter Währungen auf Berlin. Mit dem sowjetischen Vorschlag, die Ost-Währung in ganz Berlin einzuführen, erklärte sich nur der französische Vertreter einverstanden, während er von den angelsächsischen Mächten abgelehnt wurde. Als es zu keiner Einigung kam, verfügten die Sowjets die Gültigkeit ihrer Währung auch in den Westsektoren.Zur Auflösung der Fußnote[20]

Am 24. Juni 1948 fand schließlich auch in der SBZ eine Währungsreform statt. Da der Befehl Sokolowskis sich nicht nur auf die SBZ erstreckte, sondern Berlin mit einschloss, und hier die Sowjetunion hoheitliche Rechte in einem Gebiet in Anspruch nahm, das der obersten Gewalt der vier Mächte gemeinsam unterstand, erklärten die Westmächte daraufhin den sowjetischen Währungsbefehl in ihrem Gebiet für aufgehoben und ordneten ihrerseits am 24. Juni 1948 für den nächsten Tag die Einführung der D-Mark in den Westsektoren der Stadt an. Diesen Schritt nahm wiederum die Sowjetunion zum Anlass, über die gelegentlichen Beschränkungen des Verkehrs von und nach Berlin hinauszugehen und die Westsektoren und ihre Bewohner mit einer ausgedehnten Blockade zu belegen.

Neben Sperrungen des Straßenverkehrs unterbrach die sowjetische Seite allmählich alle Land-, Schienen- und Wasserwege zwischen West-Berlin und den drei westlichen Zonen. Die Stromlieferungen nach West-Berlin wurden gestoppt. Lediglich die Luftkorridore, die 1945/46 im Air Agreement zum gemeinsamen Hoheitsgebiet erklärt worden waren, waren nicht betroffen. Deshalb starteten die drei Westmächte eine Luftbrücke nach Berlin. Diese sollte die Stadt und ihre rund zwei Millionen Bewohner aus der Luft versorgen. Ein ehrgeiziger Plan, der in dieser Größenordnung noch nie unternommen worden war und von dem unklar war, ob er überhaupt funktionieren würde.

Zur Auflösung der Fußnote[21]

Die Blockade bestand vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949. Mehr als zwei Millionen Menschen mussten in dieser Zeit mit Lebensmitteln und Energie, also Kohle, versorgt werden. Dies geschah in einer gemeinsamen, militärischen Aktion der amerikanischen und britischen Luftstreitkräfte wie auch privater Luftfrachtgesellschaften. Mit Großbritannien unternahm ein Land, das selbst bis 1954 noch seine Lebensmittel und andere Konsumgüter rationieren musste, größte Anstrengungen, um Berlin, die Hauptstadt des ehemaligen Kriegsgegners, zu versorgen. Die Luftbrücke umfasste schließlich insgesamt rund 213.000 Flüge und 175 Millionen zurückgelegte Flugkilometer. Die Maschinen transportierten insgesamt rund 1,7 Millionen Tonnen Material, darunter auch einige Maschinenteile für den Bau von Kraftwerken in West-Berlin. Diese sollten den Versorgungsengpass mit Elektrizität beseitigen, der seit Beginn der Blockade ebenfalls in den Westsektoren bestand.

Dabei wurden an manchen Tagen bis zu 40.000 Starts durchgeführt.Zur Auflösung der Fußnote[22] Um neben den bereits bestehenden Flughäfen Tempelhof und Gatow mehr Start- und Landekapazitäten zu schaffen, wurde im französischen Sektor ab Oktober 1948 der Flughafen Berlin-Tegel neu gebaut.

Die Blockade traf die einfachen Menschen in Berlin ganz existenziell: Lebensmittel sowie Heiz- und Kochenergie waren nur eingeschränkt erhältlich. Die Stromlieferung an Privathaushalte wurde rationiert und zeitlich begrenzt auf zwei Stunden am Tag und manchmal zwei in der Nacht. Am 5. Mai 1949 wurde schließlich von den Vereinten Nationen in New York von allen vier Besatzungsmächten ein Kommuniqué zur Aufhebung der Blockade verabschiedet. Sie endete am 12. Mai.

Spaltung besiegelt

Im Frühjahr 1949 einigten sich die drei Westmächte auch auf eine Bereinigung der überaus schwierigen Währungsverhältnisse. Am 20. März 1949 erklärten die drei Westmächte die D-Mark zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel der drei Berliner Westsektoren. Dieses Datum markierte einen Wendepunkt in der Berliner Nachkriegsgeschichte. Westsektoren und Westzonen waren fortan durch eine gemeinsame Währung fest miteinander verbunden. Somit wurde noch vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland mit der Verabschiedung des Grundgesetzes im Mai 1949 die Eingliederung der Berliner Westsektoren in das politische und wirtschaftliche System der späteren Bundesrepublik eingeleitet. Die Währungsreform in den drei Westsektoren Berlins vom 20. März 1949 muss somit auch als der Tag angesehen werden, an dem die Spaltung der Stadt besiegelt wurde.Zur Auflösung der Fußnote[23] Diese Teilung der ehemaligen Hauptstadt leitete die Teilung Deutschlands ein und mündete schließlich in die "doppelte Staatsgründung" der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Sudrow, Anne: Kleine Ereignisgeschichte der Währungsreform 1948, in: bpb.de, online verfügbar seit 29.06.2018 unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/271679/kleine-ereignisgeschichte-der-waehrungsreform-1948/>, zuletzt geprüft am 09.12.2025.

->

->

Sekundärliteratur

->

->

->

Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland

Inhaltsverzeichnis

1. Die Mütter des Grundgesetzes
2. Zwei Staatsgründungen auf deutschem Boden

1. Die Mütter des Grundgesetzes

Nur vier Frauen arbeiteten mit am Grundgesetz – für die Gleichberechtigung in Deutschland haben sie aber viel erreicht.

Bild

© Bestand Erna Wagner-Hehmke, Stiftung Haus der Geschichte

Nur vier Frauen gehörten zum Parlamentarischen Rat, der ab 1948 das deutsche Grundgesetz erarbeite. Doch dieser Anteil entsprach dem Zeitgeist. Zwar hatten sich die Frauen während des Zweiten Weltkriegs um die Familien gekümmert und als „Trümmerfrauen“ das Land wieder in Schwung gebracht. Die Rückkehr der Männer brachte die alte Rollenverteilung jedoch zurück. Die Frauen hatten sich wieder einzugliedern in eine patriarchalische Gesellschaft, in der sie weder ein Bankkonto eröffnen noch einen Arbeitsvertrag unterzeichnen durften und in der das letzte Wort in Familienangelegenheiten stets der Ehemann hatte.

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

Grundgesetz, Artikel 3, Absatz 2

Teilen

Umso wichtiger war das Engagement der Frauen, die einen historischen Satz in das am 23. Mai 1949 verkündete Grundgesetz brachten: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Ohne Dr.

Elisabeth Selbert (SPD), Friederike Nadig (SPD), Helene Weber (CDU) und Helene Wessel (Zentrumspartei) gäbe es diese entscheidende Passage nicht. Allerdings mussten sie für ihr Anliegen hart kämpfen. Die vier saßen nämlich zwischen 61 Männern, denen andere Themen relevanter erschienen. Auf sogenannte Frauenthemen reagierten sie dem Protokoll zufolge gern mit „Heiterkeit“.

Auch waren sich die vier Frauen anfänglich selbst nicht einig über den richtigen Kurs. Die Initiative ging von der Juristin Elisabeth Selbert aus. Zunächst überzeugte sie ihre Parteigenossin Friederike Nadig, später die beiden anderen Frauen, die es ursprünglich gerne bei einer Formulierung aus der Weimarer Verfassung belassen hätten: „Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“

Selberts Antrag wurde mehrfach abgelehnt. Daraufhin initiierte sie öffentlichen Protest, waschkörbeweise trudelte Post in Bonn ein, wo der Rat tagte. Dem konnten sich auch die Männer nicht entziehen – der Gleichheitsgrundsatz wurde schließlich einstimmig angenommen. Selbert sprach später von einer „Sternstunde“ ihres Lebens. Sie war zweifellos die kämpferischste unter den vier Frauen, die aus verschiedenen politischen Lagern kamen – am Ende aber einen gemeinsamen Nenner fanden.

Elisabeth Selbert (1896 bis 1986) - die Vorkämpferin

Geboren als Martha Elisabeth Rohde heiratete sie mit Anfang 20 den Sozialdemokraten und Buchdrucker Adam Selbert, der sie dazu ermunterte, das Abitur nachzuholen. Die Mutter von zwei Kindern absolvierte ein Jurastudium und promovierte mit einer Arbeit über die „Ehezerrüttung als Scheidungsgrund“. Anschließend eröffnete sie eine Anwaltskanzlei in Kassel, mit der sie die Familie durch die Zeit des Nationalsozialismus brachte. Später wurde sie für die SPD zunächst in die Verfassungsberatende Landesversammlung für Groß-Hessen, dann in den Parlamentarischen Rat gewählt. Nach der Arbeit dort strebte sie ein Bundestagsmandat an, jedoch ohne Erfolg. Stattdessen war sie bis 1958 Mitglied im Hessischen Landtag, zog sich danach aus der Politik zurück und arbeitete bis ins hohe Alter als Rechtsanwältin.

Friederike Nadig (1897 bis 1970) - die Umsetzerin

Auch „Frieda“ Nadig gehörte der SPD an. Sie trat der Partei bereits mit Anfang 20 bei. In Berlin besuchte sie die Soziale Frauenschule und absolvierte dort das Examen der Wohlfahrtspflegerin. In der Nazi-Zeit wurde sie mit einem Berufsverbot belegt. Nach dem Krieg arbeitete sie bei der Arbeiterwohlfahrt, zog 1947 in den nordrhein-westfälischen Landtag ein. Von dort wurde sie in den Parlamentarischen Rat gewählt. Nach anfänglicher Zurückhaltung kämpfte sie bald Seite an Seite mit Elisabeth Selbert für den Gleichheitsartikel. Nadig saß von 1949 bis 1961 im Bundestag. Dort machte sie sich für die weitere gesetzliche Ausgestaltung und Umsetzung von Artikel 3 des Grundgesetzes stark.

Helene Weber (1881 bis 1962) - die Katholikin

Sie wurde in eine politische Familie hineingeboren, die der Zentrumspartei anhing. Weber trat ihr bald bei. Sie studierte Romanistik und Volkswirtschaft und war zunächst als Oberlehrerin tätig. Die

engagierte Katholikin wurde unter den Nazis in den Ruhestand versetzt, arbeitete dann in der freien Wohlfahrtspflege. Nach dem Krieg gehörte sie bis 1962 für die CDU dem Bundestag an.

Helene Wessel (1889 bis 1969) - die Unbequeme

Helene Wessel trat früh der Zentrumsparlei bei und saß zwischen 1928 und 1933 im Preußischen Landtag. Zuvor hatte sie eine Ausbildung als Jugend- und Wirtschaftsfürsorgerin abgeschlossen. In der Nazi-Zeit arbeitete die überzeugte Katholikin in verschiedenen Positionen bei der Kirche. Nach dem Krieg knüpfte sie wieder an ihre politische Arbeit an und wurde 1946 stellvertretende Vorsitzende der Zentrumsparlei. Den Gleichheitsgrundsatz unterstützte sie nach anfänglichem Zögern, verweigerte dem neuen Grundgesetz aber am Ende als eine von zwölf Personen die Zustimmung. Ihrer Meinung nach fehlten Grundrechte, wie etwa Volksabstimmungen. Später saß Wessel im Bundestag erst für die Zentrumsparlei, ab 1957 für die SPD.

“ Der Staat fördert die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Grundgesetz Artikel 3, Absatz 2

Teilen

Grundlage für den Wandel

Diese vier Frauen haben nicht nur Geschichte geschrieben, sondern auch die Grundlage für weitere Reformen gelegt. Dazu gehören das Gleichberechtigungsgesetz (verabschiedet 1957), die Reform des Ehe- und Familienrechts (1976), das Gesetz über die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz (1980) und die Erweiterung von Artikel 3 im Grundgesetz. Dort heißt es seit 1994 ergänzend: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Die rechtliche Gleichstellung ist erreicht, an der Gleichberechtigung im Alltag wird noch gearbeitet – so ist der Anteil von Frauen in Führungspositionen von Politik und Wirtschaft noch nicht auf Augenhöhe mit dem der Männer. Auch im Bundestag sind derzeit nur 31 Prozent der Abgeordneten Frauen. Doch ohne die Verankerung des Gleichheitsanspruchs im Grundgesetz sähe die Lage womöglich ungünstiger aus. Der andauernde Wandel jedenfalls ist vier mutigen Vorkämpferinnen zu verdanken.

2. Zwei Staatsgründungen auf deutschem Boden

Einleitung

Im Dezember 1947, als die fünfte Außenministerkonferenz der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs abgebrochen wurde, war offenbar, dass die Großmächte sich über die deutsche Frage nicht einigen konnten. Als Ersatz für die große Lösung eines aus den vier Besatzungszonen bestehenden deutschen Nachkriegsstaats, wie er seit der Potsdamer Konferenz vom Sommer 1945 erstrebt und verheißen war, forcierten seit Frühjahr 1948 Amerikaner und Briten die Errichtung eines Staats auf dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen.

In langwierigen Verhandlungen der Londoner Sechsmächtekonferenz seit dem 23. Februar 1948 wurden die Franzosen und die drei westlichen Nachbarstaaten Belgien, Niederlande und Luxemburg vom anglo-amerikanischen Konzept überzeugt. Washington und London ging es darum, die drei Westzonen in ein europäisch- atlantisches Staatensystem einzubinden. In Paris bestanden dagegen aber erhebliche Bedenken. Um den französischen Sicherheitsinteressen zu genügen, mussten daher Zugeständnisse, etwa in der Frage der internationalen Kontrolle des Ruhrgebiets, gemacht werden. Dafür nahm Paris Abstriche an seinen extremen Föderalisierungskonzepten hin. Die Franzosen hätten einen möglichst lockeren Bund deutscher Kleinstaaten lieber gesehen als eine mit hinlänglicher Zentralgewalt ausgestattete Bundesrepublik. Das lag jedoch nicht im Interesse von London und Washington, die an der ökonomischen Leistungsfähigkeit des neuen Staats interessiert waren.

Weichenstellungen für den Weststaat

Am 7. Juni 1948, zwei Wochen vor der Währungsreform in den drei Westzonen, wurden die "Londoner Empfehlungen" als Kommuniqué der Konferenz veröffentlicht. Sie enthielten die Umriss des deutschen Weststaats, aber niemand war so recht zufrieden damit. Die Sozialdemokraten meinten, die Empfehlungen seien kaum geeignet, Deutschland bei der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung zu helfen. Noch unzufriedener war zunächst der erste Mann der CDU, Konrad Adenauer, der nicht nur befürchtete, durch die Ruhrkontrolle würden die Deutschen auf Dauer der Verfügung über ihre Wirtschaft und ihren Außenhandel beraubt. Adenauer hielt auch eine Verfassung, die von den alliierten Militärregierungen genehmigt werden müsse, für ein Übel, auf das man wohl mit Verweigerung reagieren müsse. Während der amerikanische und der britische Militärgouverneur auf die Zustimmung des französischen Parlaments zu den Londoner Empfehlungen warteten, versuchten sie, in ihren beiden Besatzungszonen auf die deutschen Politiker, die Ministerpräsidenten und Parteiführer, einzuwirken und die Stimmung für die beabsichtigte Staatsgründung zu verbessern. Wenn der volle Inhalt des Londoner Konzepts erst bekannt sei, würden sich viele Bedenken als gegenstandslos erweisen, hatte Ende Juni 1948 General Robertson, der britische Militärgouverneur, erklärt. Am 1. Juli erfuhren die deutschen Länderchefs im Einzelnen, was geplant war und was sie tun sollten.

Frankfurter Dokumente

Die damaligen obersten Repräsentanten der westdeutschen Politik, neun Ministerpräsidenten und die beiden Bürgermeister der Stadtstaaten Hamburg und Bremen, waren für den 1. Juli 1948 nach Frankfurt in das Hauptquartier der Amerikaner, das ehemalige Verwaltungsgebäude der I. G. Farben, bestellt worden. Die drei westlichen Militärgouverneure wollten den Chefs der Länder in den drei Westzonen dort offiziell mitteilen, was über die Gestalt künftiger deutscher Staatlichkeit beschlossen war. Von einer Konferenz zwischen alliierten und deutschen Vertretern kann man

eigentlich nicht sprechen, denn wesentliche Elemente einer Konferenz wie partnerschaftliche Diskussion, Austausch von Argumenten, Suche nach Kompromissen fehlten bei der Zusammenkunft. Es handelte sich um die Entgegennahme alliierter Vorstellungen, die den Charakter von Weisungen hatten, wenn man sich nicht einfach verweigern wollte.

Die deutschen Länderchefs waren, ohne Angabe des Raums und der Stunde einbestellt worden. Einzelheiten hatten sie erst nach dreitägigem Herumtelefonieren erfahren. Die Stimmung war, als man um 11.30 Uhr versammelt war, alles andere als euphorisch. Aber das Ereignis gehörte, wie man später erkannte, zu den entscheidenden Daten der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die Frankfurter Konferenz bildete den Wendepunkt vom alliierten Kriebsrecht, nach dem Deutschland regiert wurde, zur deutschen Eigenverantwortung. Die Dokumente, die den deutschen Politikern am 1. Juli 1948 überreicht wurden, enthielten in Form des Gründungsauftrags für einen deutschen Nachkriegsstaat die Chance der Selbstständigkeit nach Jahren der Besatzungsherrschaft.

Auf französisches Betreiben geschah die offizielle Übergabe der "Frankfurter Dokumente", wie der Grundriss der westdeutschen Zukunft seither heißt, in zeremonieller Form und frostiger Atmosphäre: Jeder der drei Militärgouverneure verlas in seiner Muttersprache (am Ende der Konferenz erhielten die Deutschen Übersetzungen) eines der drei Dokumente, General Lucius D. Clay das erste, das die verfassungsrechtlichen Bestimmungen enthielt, General Sir Brian Robertson das zweite über die Länderneugliederung, und General Pierre Koenig trug in scharfem Ton das dritte Dokument vor, in dem die Grundzüge eines Besatzungsstatuts fixiert waren.

Das erste der Frankfurter Dokumente ermächtigte die Ministerpräsidenten, bis zum 1. September 1948 eine Versammlung zur Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung einzuberufen, "die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wiederherzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält".

Im zweiten Dokument war die Neugliederung der deutschen Länder empfohlen. Eine Territorialreform innerhalb der westlichen Besatzungszonen war angesichts der von den Alliierten geschaffenen Gebilde, vor allem im nordwestdeutschen Raum, aber auch bei den drei südwestdeutschen Ländern (Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern, Baden), erwägenswert, aber nicht dringend.

Im dritten Dokument waren die Grundzüge eines Besatzungsstatuts skizziert. Darin wurde deutlich, wie eng der deutsche Spielraum für die Verfassung und für die künftige staatliche Existenz bemessen war. Die Militärgouverneure stellten zwar die Gewährung einiger Befugnisse der Gesetzgebung, Verwaltung und der Rechtsprechung in Aussicht; ausdrücklich ausgenommen blieben aber beispielsweise die Außenbeziehungen des zu gründenden deutschen Weststaats und die Überwachung des deutschen Außenhandels.

Die Besatzungsherrschaft würde also mit der Verabschiedung der Verfassung und der Staatsgründung noch nicht enden, sondern lediglich gelockert und juristisch neu definiert werden.

Die Militärgouverneure würden, so hatten die deutschen Ministerpräsidenten in Frankfurt vernommen, "die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen", und zwar nicht nur bei drohendem Notstand für die Sicherheit, sondern auch, "um nötigenfalls die Beachtung der Verfassung und des Besatzungsstatuts zu sichern".

Die Einstellung in den Westzonen zu den beabsichtigten Änderungen war, quer durch die Parteien, eher positiv: Nach vier Jahren Besatzungsherrschaft, in denen die vier Besatzungszonen unter dem Regiment der Militärgouverneure gefährlich weit auseinandergedriftet waren, in denen die deutschen Politiker hatten einsehen müssen, dass sich die Dinge von allein kaum zum Besseren wandeln würden, war die Neigung stark, wieder zu einer staatlichen Existenz zu gelangen. Das Angebot einer parlamentarischen Vertretung und einer Exekutive wenigstens für die drei Westzonen war verlockend, aber die Politiker scheuten das Odium einer feierlichen Neugründung, die zu einem Staat unter Ausschluss der sowjetischen Besatzungszone führen musste. Der Verlust der nationalen Einheit schien ein zu hoher Preis für den staatlichen Neubeginn.

Deutsche Vorbehalte

Vom 8. bis 10. Juli 1948 berieten die Ministerpräsidenten aller Westzonen-Länder ihre Antwort an die Militärgouverneure. Der Tagungsort - das Hotel Rittersturz bei Koblenz - lag in der französischen Zone. Das war eine Premiere, denn bis zum Sommer 1948 hatte das französische Besatzungsgebiet ein abgesondertes Eigenleben geführt, die dortige Militärregierung sah Verbindungen über die Grenzen ihres Einflussgebiets hinaus ungern, ganz im Gegensatz zu den Amerikanern und Briten, die ihre beiden Zonen ab Januar 1947 immer enger zusammenschlossen und das Territorium der "Bizone" allmählich zu einer Art Modellstaat entwickelten. Die Öffentlichkeit nahm, von den ökonomischen und politischen Nachwirkungen der Währungsreform elektrisiert, wenig Notiz von den Ereignissen, die die Staatsgründung einleiteten; die Schlagzeilen blieben der jungen D-Mark und der Luftbrücke ins blockierte Berlin vorbehalten.

Vor und während der Rittersturz-Konferenz hatten sich auch die Parteispitzen mit den Frankfurter Dokumenten beschäftigt. CDU und CSU äußerten sich, bei aller Skepsis, die intern herrschte, einstimmig positiv zu den alliierten Vorschlägen, wogegen sich die SPD reservierter gab. Bei den Sozialdemokraten standen sich zwei Richtungen gegenüber. Die Bürgermeister von Hamburg und Bremen und der hessische Regierungschef begrüßten die Entwicklung, die übrigen SPD-Ministerpräsidenten zeigten sich ebenso wie der Parteivorsitzende Kurt Schumacher abwartend bis ablehnend. Tatsächlich unterschied sich die Stimmung in beiden Parteien aber wenig, CDU und CSU argumentierten lediglich geschmeidiger, während die Haltung der SPD wegen ihrer betonten Prinzipientreue unnachgiebiger wirkte als sie in Wirklichkeit war.

Führende Verfassungsexperten beider Parteien waren sich einig, dass man das Provisorische der ins Auge gefassten Staatsgründung betonen müsse und dass das angekündigte Besatzungsstatut als Ausdruck alliierter Verantwortung für die deutschen Angelegenheiten im Vordergrund stehen müsse. Die Antwort der westdeutschen Ministerpräsidenten an die Alliierten bestand deshalb nach dreitägigem Ringen in Ja und Nein zugleich. Die Vollmachten wollten sie zwar annehmen, aber nicht in der Form, wie sich die Alliierten das gedacht hatten. Der Primat der drei Westmächte sollte deutlich zum Ausdruck kommen, um den Vorwurf der Preisgabe der nationalen Einheit durch die westdeutschen Politiker zu verhindern. Aus dem gleichen Grund wünschten die Westdeutschen,

dass das Besatzungsstatut zuerst erlassen werden sollte. Die Ministerpräsidenten lehnten auch eine "Nationalversammlung" zur Beratung und Verabschiedung einer Verfassung ab, die durch Volksabstimmung in Kraft gesetzt werden sollte. Statt dessen sollten die Landtage ein Gremium wählen, das ein provisorisches "Grundgesetz" ausarbeiten würde. Das sollte die Entwicklung offen halten. Man wollte zu größerer Selbstständigkeit kommen, ohne die Ostzone ausdrücklich preiszugeben.

Die Militärgouverneure hatten mit einer solchen Antwort und mit Gegenvorschlägen nicht gerechnet. General Clay war zornig, sein britischer Kollege Robertson nahm es gelassener und der Vertreter Frankreichs, General Koenig, war sogar ganz zufrieden, dass es mit der westdeutschen Staatsgründung nicht so schnell vorwärtsging. Ihre Motive waren unterschiedlich, die Zurückweisung der deutschen Antwort auf die Frankfurter Dokumente durch die drei Militärgouverneure war jedoch einmütig, und die deutschen Ministerpräsidenten mussten sich jetzt, im vollen Bewusstsein ihres begrenzten Handlungsspielraums, abermals entscheiden. Die Alliierten hatten ihnen bedeutet, dass die "Londoner Empfehlungen", die die Grundlage der Frankfurter Dokumente bildeten, als verpflichtende Handlungsanweisungen zu betrachten waren. Die Deutschen konnten sie annehmen oder ablehnen, aber nicht verändern oder deutschen Wünschen anpassen.

Kompromissuche

Die Ministerpräsidenten suchten jetzt nach einer Lösung, die so dicht wie möglich bei ihrer Position liegen, aber auch den alliierten Vorgaben nahe genug sein sollte. Scheitern lassen wollten die Ministerpräsidenten die staatsrechtliche Neuregelung aber auf keinen Fall. Das zeigte sich auch daran, dass sie beschlossen, ein Experten-Kollegium, zusammengesetzt aus Vertretern aller elf Länder der Westzone, als Verfassungsausschuss tagen zu lassen. Der bayerische Ministerpräsident bot dazu einen ebenso idyllischen wie abgeschiedenen Platz, nämlich die Herreninsel im Chiemsee, als Verhandlungsort an. Das war die Geburtsstunde des Herrenchiemseer Verfassungskonvents, der im August 1948 den Grundgesetz-Entwurf erarbeitete.

Am 26. Juli sollte den Militärgouverneuren die endgültige deutsche Antwort unterbreitet werden. Dazu mussten Kompromisse gefunden werden, mit denen man den Alliierten soweit entgegenkam, wie es notwendig war, ohne den grundsätzlichen Vorbehalt gegen die Gründung eines deutschen Teilstaats aufzugeben. Der Begriff "Grundgesetz" musste durchgesetzt werden, und weiter erschien es unverzichtbar, dieses Grundgesetz nicht durch Volksentscheid, sondern durch die Landtage ratifizieren zu lassen: Das waren die Positionen, mit denen das Provisoriumskonzept gestützt wurde. Bestandteil dieses Konzepts war die Vorstellung, dass der auf westdeutschem Gebiet zu errichtende "Kernstaat" stellvertretend für die deutsche Nation als Gesamtheit agieren und dass sich eines Tages die sowjetische Besatzungszone anschließen würde. Die Mehrheit der westdeutschen Politiker vertrat überdies die "Magnettheorie", nach der die steigende ökonomische und politische Attraktivität der Westzonen die sowjetische Besatzungszone geradezu magnetisch anziehen werde. Das war eine kühne Konstruktion, die als Weg zur Wiedervereinigung aber vom CDU-Sprecher Konrad Adenauer ebenso wie vom SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher propagiert wurde.

Bei den Abschlussverhandlungen mit den Militärgouverneuren am 26. Juli zeichnete sich zunächst eine Ablehnung der deutschen Wünsche und ein Scheitern der Verhandlungen ab. Dem Hamburger Bürgermeister Max Brauer (SPD), Bayerns Ministerpräsident Hans Ehard (CSU) und Wilhelm Kaisen, dem sozialdemokratischen Bürgermeister von Bremen, gelang es jedoch durch geschicktes Taktieren, ein alle Beteiligten befriedigendes glückliches Ende der Konferenz zu befördern. Im Namen der drei westlichen Besatzungsmächte gab General Koenig schließlich das offizielle Einverständnis zur Errichtung der Bundesrepublik.

Erarbeitung des Grundgesetzes

Etliche Hürden waren zu nehmen und eine beträchtliche Menge an Kleinarbeit war auf verschiedenen administrativen Ebenen zu erledigen, ehe ein gutes Jahr später im September 1949 der erste deutsche Nachkriegsstaat ins Leben trat. Zunächst mussten die elf Länderparlamente ein gleichlautendes Gesetz beschließen, das die Zusammensetzung des "Parlamentarischen Rats", wie die Verfassunggebende Versammlung nun endgültig hieß, regelte: In indirekter Wahl wurde für jeweils 750 000 Einwohner (mindestens jedoch einer pro Land) ein Abgeordneter von den Landtagen delegiert. Das ergab 65 Mandate, zu denen noch fünf Vertreter Berlins ohne Stimmrecht kamen.

Als Tagungsort wurde die Universitätsstadt Bonn gewählt, beworben hatten sich auch Celle, Düsseldorf, Frankfurt, Karlsruhe und Köln. Die Ministerpräsidenten entschieden sich für Bonn, damit auch die Britische Zone in der Gründerzeit der Nachkriegsrepublik mit einem wichtigen Ort vertreten war. Die Entscheidung über die künftige Hauptstadt sollte damit aber keineswegs vorweggenommen werden. Frankfurt galt wegen seiner verkehrsgünstigen Mittellage, als Sitz des Bizonen-Parlaments und der Bizonen-Administration noch lange Zeit als künftige Bundeshauptstadt. In Bonn wurden in aller Eile Quartiere und Büros für die Abgeordneten geschaffen, und der Neubau der Pädagogischen Akademie - das spätere Bundeshaus am Rheinufer - als Tagungsstätte des Parlamentarischen Rats hergerichtet.

Herrenchiemseer Verfassungskonvent

Unterdessen begannen am 10. August auf der Chiemseeinsel die Sachverständigen mit der Beratung eines Verfassungsentwurfs. Der bayerische Minister Anton Pfeiffer führte den Vorsitz, jedes Land hatte einen Experten delegiert, dazu kamen etwa zwanzig weitere Teilnehmer: Rechtsgelehrte, Politiker und Verwaltungsfachleute. Der "Verfassungskonvent" - so hieß das Gremium offiziell - empfand sich als politisch neutral, die großen Parteien CDU/CSU und SPD waren etwa gleichstark vertreten. Dem Verfassungskonvent war die Aufgabe gestellt, "Richtlinien für ein Grundgesetz" zu erarbeiten, also Lösungen für die einzelnen Verfassungsprobleme zu suchen und darzustellen.

Der "Bericht über den Verfassungskonvent", den die Ministerpräsidenten als Ergebnis der Beratungen vom 10. bis 23. August eine Woche später dem Parlamentarischen Rat übergaben, war nicht nur ein imponierendes Kompendium des Verfassungsrechts, gegliedert in eine ausführliche Darstellung der zu lösenden Probleme, den "Entwurf eines Grundgesetzes" mit 149 Artikeln - viele von ihnen in alternativen Versionen formuliert - und schließlich einen Kommentar mit

Einzelerläuterungen zu bestimmten Artikeln. Das bescheiden als Tätigkeitsbericht deklarierte Dokument von 95 Druckseiten war für die Debatte der folgenden Monate im Parlamentarischen Rat von kaum zu überschätzender Bedeutung: Die strittigen Probleme von Herrenchiemsee waren wenig später auch die Streitfragen in Bonn. Der Hauptunterschied zwischen Herrenchiemsee und Bonn lag darin, dass hier die Probleme theoretisch erörtert und dargelegt werden konnten, dort aber politische Entscheidungen und Kompromisse gefunden werden mussten.

Parlamentarischer Rat

Die Verfassungsexperten waren sich einig, dass man aus den Konstruktionsfehlern der Weimarer Verfassung, die 1932/33 zum Untergang der ersten Republik erheblich beigetragen hatten, die Nutzenanwendung ziehen müsse. Das beherzigten dann auch die Verfassungsmütter und -väter im Parlamentarischen Rat: Die Regierung sollte sich auf das Vertrauen einer arbeitsfähigen Mehrheit des Parlaments stützen, eine arbeitsunfähige Majorität sollte weder eine Regierungsbildung vereiteln noch eine bestehende Regierung stürzen können. Um Präsidialregierungen, wie sie das Ende der Weimarer Zeit bestimmten, zu vereiteln, sollte das Staatsoberhaupt politisch neutral und ohne Macht (also ohne die damaligen Notverordnungsrechte) sein. Von Volksbegehren rieten die Experten dringend ab, Grundgesetzänderungen, "durch die die freiheitliche und demokratische Grundordnung" (diese Formulierung wurde auf der Chiemseeinsel gefunden) beseitigt werden könne, sollten in Zukunft unzulässig sein.

Mit der gebotenen Feierlichkeit trat der Parlamentarische Rat am 1. September 1948 in Bonn zur konstituierenden Sitzung zusammen. Die 65 Abgeordneten - je 27 stellten die Unionsparteien und die SPD, die FDP hatte fünf Sitze, und je zwei Mandate hatten die Deutsche Partei, die Zentrums- und die KPD - wählten nach dem Festakt den 72-jährigen CDU-Politiker Konrad Adenauer zum Präsidenten. Vorsitzender des Hauptausschusses, in dem die wesentliche Arbeit geleistet wurde, war Carlo Schmid (SPD). Anfang Dezember, nach der ersten Lesung im Hauptausschuss, waren die Konturen des Grundgesetzes sichtbar, aber die Meinungen gingen noch bei vielen Problemen auseinander. Nicht einig, und zwar vielfach quer durch die Fraktionen, war man sich über die Funktion des Staatsoberhauptes, über die zweite Kammer des Parlamentes (Bundesrat oder Senat), über die Verteilung der Steuern zwischen Bund und Ländern, über das Verhältnis von Kirche und Staat und insbesondere über das "Elternrecht" zur Bestimmung der religiösen Erziehung.

Im Februar 1949 war das Grundgesetz im wesentlichen fertig, aber einige Bestimmungen - vor allem die Finanzverwaltung und die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern - missfielen immer noch den Alliierten, von deren Genehmigung das Verfassungswerk letztlich abhing. Weisungsgemäß pochten sie auf den Wortlaut der Frankfurter Dokumente, dem der Grundgesetzentwurf nicht ganz entsprach. Die Länder sollten einflussreicher, die Zentralgewalt etwas schwächer sein. Aber die Zeit war jetzt auf Seiten der Deutschen, und der Widerstand - vor allem in den Reihen der SPD-Fraktion - gegen die meisten alliierten Änderungswünsche zahlte sich aus. Ende April einigte sich die Abordnung des Parlamentarischen Rats mit den Militärgouverneuren. Anfang Mai wurde das Grundgesetz abschließend im Hauptausschuss beraten und am 8. Mai - am vierten Jahrestag der Kapitulation - vom Plenum verabschiedet.

Die Militärgouverneure genehmigten am 12. Mai das Verfassungswerk, das in den folgenden Tagen den elf Landtagen zur Ratifizierung vorgelegt wurde. Mit der Ausnahme Bayerns, dessen Parlamentarier sich nach 17-stündiger Debatte mit einer Mehrheit von 101 zu 63 gegen das Grundgesetz aussprachen, wurde die Verfassung in allen Ländern genehmigt. Das bayerische Nein hatte keine Konsequenzen, denn es war nicht in antidemokratischer Absicht gesprochen; man hatte in München lediglich föderalistische Vorbehalte artikulieren wollen und gleichzeitig betont, dass man an der Geltung des Grundgesetzes auch im Freistaat nicht zu rütteln gedächte. Am 23. Mai 1949 konnte daher das Grundgesetz verkündet werden, in einer festlichen Schlussitzung des Parlamentarischen Rates in Anwesenheit der Ministerpräsidenten, von Vertretern der Militärregierungen und anderen Würdenträgern.

Entstehung der Bundesrepublik Deutschland

Das Grundgesetz trat am Tag nach seiner feierlichen Verkündung in Kraft, am 24. Mai 1949. Mehr als die Verfassung existierte von der Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Vielerorts wurde jedoch angestrengt gearbeitet, um den vorerst nur als Idee existenten Staat auch mit Verfassungsorganen und allen nötigen Einrichtungen der Verwaltung auszustatten. Einer der letzten Beschlüsse des Parlamentarischen Rats hatte am 10. Mai 1949 mit knapper Mehrheit und nicht unumstritten Bonn zur vorläufigen Hauptstadt der Bundesrepublik erkoren. Der erste Bundestag bekräftigte im November 1949 den Beschluss des Rates.

Die Besatzungsbürokratie wurde umgebaut. An die Stelle der drei Militärgouverneure sollte mit dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts die Alliierte Hohe Kommission treten, die hoch über Bonn auf dem Petersberg residierte und durch ihren Standort auch das Machtgefälle zwischen den Hohen Kommissaren und der Bundesregierung augenfällig dokumentierte. Denn mit der Konstituierung der Bundesrepublik endete das Besatzungsregime ja noch nicht; die Souveränitätsrechte wurden bis zum Mai 1955 noch auf dem Petersberg verwaltet. Es war freilich kein direktes Besatzungsregime mehr, sondern eine zurückhaltend geübte Kontrolle, die sicherstellen sollte, dass die Westdeutschen auf dem von den Alliierten gewünschten Weg blieben.

Bald nach der Verabschiedung des Grundgesetzes setzte der Wahlkampf ein. Die Schlacht um Wählerstimmen wurde mit knappem Ergebnis ausgefochten zwischen der von Kurt Schumacher geführten SPD und der von Adenauer gelenkten Union aus CDU und CSU, die zusammen mit der FDP den Direktor des Wirtschaftsressorts der Bizone und künftigen Bundesminister Ludwig Erhard zum erstenmal als Wahllokomotive einsetzte. Erhard entschied als Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft wesentlich das Ergebnis vom 14. August 1949, das Konrad Adenauer die erste Koalitionsabsprache ermöglichte: Der Vorsitzende der FDP, Theodor Heuss, sollte Bundespräsident werden, er selbst wollte sich um das Amt des Kanzlers bewerben.

Von den 402 Mandaten des ersten Bundestags hatten CDU und CSU 139 (31 Prozent der Wählerstimmen) errungen; die SPD gewann wider Erwarten nur 131 (29,2 Prozent), 52 Abgeordnete stellte die FDP und 17 die konservative Deutsche Partei. Ebenfalls 17 Vertreter hatte die Bayernpartei. Auch kleinere Parteien wie die "Wirtschaftliche Aufbauvereinigung" (WAV - zwölf Sitze) und die katholische Zentrumspartei (zehn Sitze) waren im Parlament vertreten; die Kommunisten waren mit 15 Abgeordneten (5,7 Prozent) präsent. Rechtsradikale gab es auch, und zwar als Parteilose sowie in den Reihen der Deutschen Konservativen Partei/Deutsche Rechtspartei

(DKP/DRP -fünf Mandate).

Am 7. September konstituierte sich der erste Deutsche Bundestag, am 12. September wählte die Bundesversammlung Theodor Heuss zum Bundespräsidenten. Am 20. September gab der fünf Tage zuvor gewählte Kanzler Konrad Adenauer seine erste Regierungserklärung ab, nachdem die Bundesregierung vereidigt worden war. Das war juristisch gesehen die Geburtsstunde der Bundesrepublik. Am folgenden Tag machte der Kanzler, begleitet von einigen Ministern, den Antrittsbesuch auf dem Petersberg bei den Hohen Kommissaren, die als letzten Konstituierungsakt das Besatzungsstatut in Kraft setzten.

Vom "Deutschen Volkskongress" zur DDR

Als Reaktion auf die Ende November 1947 bei der Londoner Außenministerkonferenz erkennbare Tendenz der Westmächte, eine westliche Teillösung des Deutschlandproblems zu suchen, wurde in der Ostzone von der SED der "Deutsche Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden" als Sammlungsbewegung initiiert. Die SED wollte damit Druck auf die Londoner Verhandlungen ausüben, die Position des sowjetischen Außenministers in London stärken, sich selbst als treibende Kraft zugunsten der deutschen Einheit profilieren, und der westlichen Seite die Schuld an der Spaltung zuweisen. Bei den anderen Parteien der Ostzone, insbesondere bei der CDU, aber auch bei Teilen der LDP, stieß die SED-Initiative auf Ablehnung. Die CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer betrachteten die Volkskongressbewegung als Propagandamanöver und weigerten sich, mit der Teilnahme an der Bewegung ihre politische Eigenständigkeit aufzugeben. Sie wurden deshalb im Dezember 1947 auf Druck der SMAD abgesetzt und durch den gefügigeren Otto Nuschke ersetzt.

Zum Ersten Deutschen Volkskongress am 6. Dezember lud die SED Vertreter von Parteien und Massenorganisationen, Betriebsräte, Bauernverbände, Künstler und Wissenschaftler aus allen Besatzungszonen nach Berlin. Eine Legitimierung der Delegierten durch Wahl fand nirgendwo statt. Die meisten der 2000 Delegierten kamen aus der SBZ und Berlin, die SED stellte allein 605 Teilnehmer. Die größte Teilnehmergruppe der Westzonen bildeten 244 Vertreter der KPD. Einige wenige andere waren trotz des Verbots durch die Westalliierten nach Berlin gereist. Dem Kongress war die Rolle eines gesamtdeutschen Vorparlaments zugedacht, er forderte von der Londoner Außenministerkonferenz die Vorbereitung eines Friedensvertrags und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung "aus Vertretern aller demokratischen Parteien". Die Außenminister sollten eine Delegation, nämlich die SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl sowie den Vorsitzenden der Liberal-Demokratischen Partei, Wilhelm Külz, empfangen und von ihnen entsprechende Vorschläge entgegennehmen.

Der Zweite Deutsche Volkskongress, der am 17. und 18. März 1948 tagte, und dessen Eröffnung im Zeichen des 100. Jahrestags der Märzrevolution von 1848 stand, protestierte gegen die Diskussion einer Staatsgründung in den Westzonen und beschloss, im Mai/Juni 1948 ein Volksbegehren für die deutsche Einheit in allen vier Zonen durchzuführen, das in den Westzonen aber nicht erlaubt wurde.

Weiterhin bestellte der Volkskongress einen 400 Mitglieder starken "Deutschen Volksrat". Er vertrat den Anspruch, ganz Deutschland zu repräsentieren (300 Delegierte kamen aus der SBZ, 100 Delegierte aus den Westzonen). Sein wichtigster Ausschuss unter der Leitung Otto Grotewohls arbeitete in den folgenden Monaten einen Verfassungsentwurf aus. Ein Ende 1946 von der SED vorgelegtes Modell einer (gesamtdeutschen) "Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" diente als Ausgangspunkt. Der Verfassungstext von 1946 gewährleistete außer den Grundrechten das Privateigentum, sah jedoch die Enteignung von Großgrundbesitz vor, ferner die Sozialisierung von Bodenschätzen und bestimmten Betrieben. Der Wortlaut huldigte dem Prinzip des Parlamentarismus, und zwar soweit, dass der Parlamentspräsident zugleich Staatsoberhaupt sein sollte. Der neue Verfassungsentwurf orientierte sich formal stärker am Modell der Weimarer Reichsverfassung, trug aber den von der SED propagierten gesellschaftspolitischen Zielen Rechnung. Der Verfassungsentwurf des Volksrats wurde Ende Oktober 1948 öffentlich zur Diskussion gestellt.

Einheitslistenwahl

Im März 1949, als der Deutsche Volksrat wegen der bevorstehenden Verabschiedung des Bonner Grundgesetzes den "nationalen Notstand" verkündete, sollte ein dritter Volkskongress einberufen werden, um die Verfassung zu bestätigen. Dieser Dritte Deutsche Volkskongress sollte durch Wahlen legalisiert sein. Dazu wurden am 15. und 16. Mai 1949 in der SBZ und in Ost-Berlin Wahlen angesetzt, allerdings nach dem Prinzip der Einheitsliste des "Demokratischen Blocks", in dem Parteien und Massenorganisationen zusammengeschlossen waren. 25 Prozent der Listenplätze bekam die SED, jeweils 15 Prozent erhielten CDU und LDP und entsprechend weniger die anderen Parteien und Massenorganisationen. Die Wahl war mit einer Volksabstimmung über die deutsche Einheit verbunden. Wenn die Auszählung der Stimmen korrekt war (woran viele zweifelten), dann stimmten 66,1 Prozent der 13,5 Millionen Wahlberechtigten für die Einheitsliste.

Der auf dem Dritten Volkskongress (29. und 30. Mai 1949) neu gewählte Zweite Deutsche Volksrat konstituierte sich am 7. Oktober 1949 als Provisorische Volkskammer der DDR und setzte die Verfassung in Kraft.

Regierungsbildung

Die 330 Abgeordneten der Provisorischen Volkskammer waren nach politischem Proporz zusammengerufen worden, nicht aus freier Wahl hervorgegangen. Die SED hatte 96 Sitze, Liberaldemokraten und CDU verfügten je über 46, Nationaldemokraten und Demokratischer Bauernbund über 17 bzw. 15, die restlichen Mandate hatten der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund und Massenorganisationen wie die Freie Deutsche Jugend (FDJ) inne. Einstimmig, wie für Abstimmungsergebnisse im System des "demokratischen Zentralismus" üblich, wurde ein "Gesetz über die Provisorische Regierung der DDR" beschlossen und eine Länderkammer (34 Abgeordnete der 5 Landtage) gebildet. Otto Grotewohl, einer der beiden Vorsitzenden der SED, wurde als Ministerpräsident mit der Bildung einer Regierung beauftragt.

Drei Tage später übergab in Berlin-Karlshorst der Chef der Sowjetischen Militäradministration, General Tschuikow, die von der Militärregierung ausgeübten Funktionen an die Regierung der DDR. Die SMAD wurde aufgelöst und (parallel zur Entwicklung im Westen, wo im Sommer 1949 die

Militärgouverneure durch Hohe Kommissare ersetzt worden waren) durch eine Sowjetische Kontrollkommission (SKK) abgelöst. Am 11. Oktober wählten Volks- und Länderkammer gemeinsam (und wiederum einstimmig) Wilhelm Pieck, den anderen Vorsitzenden der SED, zum Präsidenten der DDR.

Am folgenden Tag bestätigte die Volkskammer die Regierung und nahm Grotewohls Regierungserklärung entgegen, in der die Freundschaft zur Sowjetunion als Grundlage der Außenpolitik, die Tradition des Antifaschismus als innere Verpflichtung und die Ankündigung von Anstrengungen, in Industrie und Landwirtschaft das Vorkriegsniveau zu erreichen, als Ziel der Wirtschaftsplanung die wichtigsten Punkte bildeten. Zur Sinnstiftung und Rückbindung mit den Werktätigen besuchten am folgenden Tag die Mitglieder der neuen Regierung volkseigene Großbetriebe, um den Arbeitern die Staatsziele zu erläutern und sie zur Gefolgschaft zu verpflichten. Es war der 13. Oktober 1949, der zum ersten Mal als "Tag der Aktivisten" begangen wurde, als Jahrestag der Rekordleistung des Bergmanns Adolf Hennecke, der nach dem Vorbild des sowjetischen Arbeiters Stachanow von 1935 in einer wohl vorbereiteten Hochleistungsschicht mit einer Normüberbietung von 387 Prozent im Kohlebergbau ein sozialpolitisches Signal für den Arbeiter- und Bauernstaat gesetzt hatte.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Bauer Friederike: Die Mütter des Grundgesetzes, in: Deutschland.de, online verfügbar seit 17.05.2023 unter: <https://www.deutschland.de/de/topic/politik/deutschland-grundgesetz-frauen-und-gleichberechtigung>, zuletzt geprüft am 06.01.2026.

-> Benz, Wolfgang: Zwei Staatsgründungen auf deutschem Boden, in: Deutschland 1945-1949 (Informationen zur politischen Bildung Jg. 2005, Heft Nr. 259), Bonn 2005, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/deutschland-1945-1949-259/10085/zwei-staatsgruendungen-auf-deutschem-boden/>, zuletzt geprüft am 07.04.2026.

->

Sekundärliteratur

->

->

->

Soziale Marktwirtschaft und Planwirtschaft

Ära Adenauer

Moskaureise 1955

Inhaltsverzeichnis

1. Adenauer in Moskau: Olivenöl rettete die letzten 9626 Kriegsgefangenen (Artikel)
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.

1. Adenauer in Moskau: Olivenöl rettete die letzten 9626 Kriegsgefangenen

Zusammenfassung:

Der Artikel beschreibt Konrad Adenauers diplomatischen Erfolg im September 1955, als es ihm bei einem Staatsbesuch in Moskau gelang, die Freilassung der letzten 9626 deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten aus sowjetischen Lagern zu erreichen. Obwohl ursprünglich andere Themen im Vordergrund standen, wurde die Heimkehr der Gefangenen zum Symbol dieses Besuchs. Dabei half Adenauer, der für seine Standfestigkeit bei den Verhandlungen bekannt wurde (unter anderem mit Olivenöl gegen den Alkohol), schließlich einem politischen Handel zum Durchbruch: diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion im Tausch gegen die Freilassung der Gefangenen. Die Rückkehr löste große Freude aus, brachte aber auch das endgültige Aus vieler Hoffnungen auf Heimkehr vermisster Angehöriger.

-> ChatGPT

“

Ein ältere Frau dankt Konrad Adenauer bei seiner Rückkehr aus Moskau am 14. September 1955Quelle: Bundesarchiv, B 145 Bild-107546: CC-BY-SA 3.0

Die Geste war spontan und deshalb ehrlich. Am 14. September 1955, gerade hatte Konrad Adenauer auf dem Flughafen von Köln-Bonn die Rückkehr der letzten knapp zehntausend deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten aus der Sowjetunion bekannt gegeben, kam eine in einem dunklen Mantel gekleidete ältere Frau auf den Bundeskanzler zu, nahm seine Hände und sank auf die Knie.

Der schon 79-jährige Adenauer half ihr hoch, doch sie küsste seine Hände. Etwas pikiert murmelte der Kanzler ihr etwas zu, und die Frau machte kehrt und verschwand. Es war der Dank einer verzweiferten Mutter, die nun hoffte, ihr vermisster Sohn werde nun heimkehren.

Wie kein anderes Bild hat diese nur wenige Sekunden dauernde Szene, überliefert ebenso als kurze Sequenz einer Wochenschaukamera wie in einigen Schnappschüssen anwesender Pressefotografen, das Bild von Adenauer geprägt. Man kann sogar sagen: An jenem Tag nahm der Mythos des gütigen Gründungskanzlers seinen Anfang.

Adenauer und seine Delegation besteigen auf dem Flughafen Köln-Bonn das Flugzeug nach MoskauQuelle: picture alliance / akg-images

Dabei hatte die Frage der letzten Kriegsgefangenen und Zivilinternierten anfangs überhaupt nicht im Mittelpunkt des Staatsbesuches gestanden. Die Einladung war am 7. Juni 1955 in Bonn eingetroffen, unverhofft und unerwartet. Die neue Führung der KPdSU um Nikita Chruschtschow und Nikolai Bulganin bot in einer Note der Bundesrepublik die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und ganz allgemein die Möglichkeit an, über die „Lösung der unregelmäßigten Fragen, die ganz Deutschland betreffen“, zu verhandeln.

Das war ein mehr als ungewöhnliches Vorgehen. Normalerweise bahnte man die Aufnahme diplomatischer Beziehungen umgekehrt an: Zunächst wurde auf vertraulicher Basis eine Grundlage gelegt, dann tauschte man Botschafter aus, und schließlich feierte man den Vollzug mit einem Staatsbesuch. Die ungewöhnliche sowjetische Vorgehensweise ließ viele Beobachter in Bonn rätseln, was wohl der Hintergedanke von Chruschtschow und Bulganin sein könnte.

Wahrscheinlich ist, dass die Einladung einen Keil zwischen die junge Bundesrepublik und ihre westlichen Partner treiben sollte. Für Mitte Juli 1955 war ein Gipfeltreffen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in Genf angesetzt, zum ersten Mal seit der Potsdamer Konferenz 1945. Am liebsten wäre es den KPdSU-Führern wohl gewesen, wenn Adenauer, gelockt von der Verheißung auf Fortschritte in der Deutschlandpolitik, noch vor diesem Gipfel

nach Moskau gekommen wäre. Das hätte das Vertrauen vor allem der USA in die Bundesregierung sicher massiv erschüttert.

Adenauer erwies sich als unentschlossen, wie er reagieren sollte. In dieser Situation äußerst unwillkommen war ihm eine repräsentative Meinungsumfrage des Instituts Allensbach. Ihr zufolge waren 82 Prozent der Deutschen der Ansicht, der Kanzler solle die Einladung annehmen; nur drei Prozent sprachen sich für eine Zurückweisung aus. Dabei glaubten zugleich 21 Prozent, dass es Moskau nur darum gehe, Zwietracht zwischen Washington und Bonn zu säen, während mit 23 Prozent minimal mehr Westdeutsche meinten, die Einladung sei ein Zeichen ehrlichen Friedenswillens der Sowjets.

Jedenfalls hielt sich der Kanzler in seiner Antwort vom 30. Juni 1955 bedeckt. Er signalisierte nur die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesrepublik zu Gesprächen, nicht aber zu einem formellen Staatsbesuch. Zwei Tage vorher hatte allerdings schon ein Sonderstab die Arbeit aufgenommen, um den Abstecher technisch vorzubereiten.

Als dann, am 8. September 1955, der Besuch endlich begann, zeigte sich: Es handelte sich um ein politisches Kräftemessen, nicht um diplomatische Verhandlungen. Zwei Ziele hatte der Kanzler zwischenzeitlich vorgegeben: „Ohne Fortschritte in der Frage der Wiedervereinigung und der Rückgabe unserer Gefangenen und Verschleppten ist die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen nicht denkbar.“

Doch eigentlich war schon vorab klar, dass die Sowjetunion keine Zugeständnisse machen würde, die eine Belastung für den Satellitenstaat DDR darstellen würden. Zwar hatte Chruschtschow den Ost-Berliner Statthalter Walter Ulbricht erst nach der Einladung an Adenauer informiert, doch zugleich deutlich gemacht, dass sich die SED nicht sorgen müsse um ihre Machtposition.

Also ging es in den gut fünf Tagen in Moskau schließlich doch nur darum, ein Geschäft abzuschließen: diplomatische Beziehungen gegen Freilassung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten. Trotzdem wurde engagiert verhandelt. Adenauer erwies sich als ungeahnt trinkfest – allerdings nur mit Hilfe von esslöffelweise geschlucktem Olivenöl oder ganzen Pfunden Butter.

Am 12. September 1955 kam es in der Ehrenloge des Bolschoi-Theaters zur entscheidenden, allerdings nicht spontanen Geste: Adenauer und Bulganin gaben einander vor den Augen des Publikums beide Hände. Genau das hatten zuvor auf der Bühne die Tänzer der verfeindeten Grafen Montague und Capulet getan, über den Gräbern ihrer Kinder Romeo und Julia in Prokofieffs Ballettversion von Shakespeares Drama.

Damit war klar: Immerhin die 9626 namentlich bekannten Deutschen in sowjetischen Lagern würden in die Bundesrepublik zurückkehren dürfen. Im Gegenzug nahm die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu Moskau auf.

Die meisten der „Zehntausend“ waren tatsächlich Kriegsgefangene oder Verschleppte, die eigentlich seit 1949/50 hätten entlassen sein müssen. Aber es gab auch rund tausend Männer unter ihnen, die durchaus zu Recht eingesperrt waren, weil sie tatsächlich Kriegsverbrechen begangen hatten.

Manche von ihnen, etwa zwei sadistische SS-Wachmänner aus dem KZ Sachsenhausen namens Wilhelm Schubert und Gustav Sorge, wurden später zur Rechenschaft gezogen: Ein Bonner Gericht verurteilte sie nach 45 Verhandlungstagen 1959 wegen vielfachen Mordes zu lebenslanger Haft. Dagegen entging Ernst Günther Schenck, SS-Arzt und verantwortlich für Menschenversuche in Konzentrationslagern, einem erneuten Prozess.

Die weitaus meisten der Spätheimkehrer aber hatten schuldlos eingesessen. Umso größer war der Jubel, als sie 1955/56 Zug für Zug im Auffanglager Friedland eintrafen. Allerdings bedeutete die „Heimkehr der Zehntausend“ zugleich das Ende der Hoffnung für viele weitere Familien, deren Vermisste eben nicht zurückkamen. Daran konnte auch Konrad Adenauer nichts ändern.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> <https://www.welt.de/geschichte/article146320776/Olivenoel-rettete-die-letzten-9626-Kriegsgefangenen.html>

->

->

Sekundärliteratur

->

->

->

Wirtschaftswunder

Ära Ulbricht

Aufstand des 17. Juni

Bau der Berliner Mauer

Jugendkultur

1968er Generation

Inhaltsverzeichnis

1. Das Attentat auf Benno Ohnesorg 1967
2. Die Ermordung von Rudi Dutschke 1968
3. Kaufhaus-Brandstiftungen

1. Das Attentat auf Benno Ohnesorg

“ Gründungsmythos der Studentenbewegung mit Fragezeichen

Am 2. Juni 1967 wird in West-Berlin der Student Benno Ohnesorg bei einer Demonstration gegen den Schah von Persien erschossen. Sein Tod gehört zu den einschneidenden Ereignissen in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Tag wurde nach und nach zum Symboldatum der Studentenbewegung. Bis heute gibt die Tat Rätsel auf.

Von Monika Dittrich | 02.06.201

Eine Gruppe Studenten, die ein Transparent mit der Aufschrift "Wer hat Benno auf dem Gewiss:
Eine Gruppe Studenten, die ein Transparent mit der Aufschrift "Wer hat Benno auf dem
Gewissen? Albrecht? Innensenator? Polizei?" tragen.

"Die Straße sieht bereits aus wie ein Schlachtfeld. Zwischen der Polizei und den Demonstrierenden kam es bereits zu mehreren Handgreiflichkeiten, und es war leider bedauerlich mitzuteilen, dass die Polizei auch heute wieder einen recht nervösen Eindruck macht. Sie hat auf einzelne Personen mit mehreren Leuten eingeschlagen, nicht nur mit ihren Gummiknüppeln, sondern auch mit Fußtritten, dieses habe ich selbst gesehen."

West-Berlin, 2. Juni 1967. Der Schah von Persien, Mohammed Reza Pahlavi, ist gemeinsam mit seiner Frau Farah auf Staatsbesuch in der Bundesrepublik. Zu Ehren des Kaiserpaares wird in der Deutschen Oper Mozarts "Zauberflöte" gespielt. Draußen aber, vor der Oper, tobt ein Straßenkampf zwischen demonstrierenden Studenten und der Polizei.

Aufgeheizte Stimmung vor der Deutschen Oper

Ein Reporter des RIAS, des damaligen Rundfunks im amerikanischen Sektor, beschreibt die aufgeheizte Stimmung in der Bismarckstraße vor der Deutschen Oper.

"In Sprechchören rufen die Studenten, 'Nieder mit dem Schah' und sie haben außer Tomaten, Eiern und Gummireifen auch Stinkbomben, Rauchbomben geworfen. Einige dieser Rauchbomben wurden von den Polizisten dann wieder zurück in die Menge geworfen. Und das gab dann den Krawall."

Tumulte vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin am 2.6.1967. Der Besuch des persischen He Anti-Schah-Demonstration in Berlin. (picture-alliance / dpa)

Krawall, den die Polizisten beenden sollen, bevor die Staatsgäste die Oper wieder verlassen. Ihr Vorgehen wird der Berliner Polizeipräsident später als "Leberwursttaktik" bezeichnen: Man müsse in die Mitte der demonstrierenden Menschenmenge hineinstecken, damit sie an den Enden – so wörtlich – auseinanderplatzt. Mit Knüppeln jagen die Polizisten die Studenten auseinander, auch in die Krumme Straße, eine Seitenstraße der Deutschen Oper.

"Hier vor diesem Gebäude, Krumme Straße 66/67, ist ein Parkplatz, auf den sind einige Studenten geflohen vor der Polizei."

Studenten versuchten, der Prügelei zu entkommen

Eckard Michels ist Historiker. Er hat gerade ein Buch über den Schahbesuch veröffentlicht und darin rekonstruiert, was am 2. Juni 1967, also vor 50 Jahren, in der Krummen Straße passierte.

"Es gab also ein großes Gerangel auf diesem Parkhof, zwischen den Studenten und der Polizei, wobei die Polizei geprügelt hat und die Studenten nach Möglichkeit versucht haben, diese Schläge abzuwehren oder der Prügelei zu entkommen."

Die Krumme Straße heute: eine Nebenstraße in Berlin-Charlottenburg, an der Ecke ein Supermarkt, Mehrfamilienhäuser, breite Bürgersteige. In einem Hof stehen geparkte Autos. Eine unscheinbare Gedenktafel erinnert an den Abend des 2. Juni 1967, als dieser Ort zum Tatort wurde.

"Und plötzlich war ein Schuss zu vernehmen und Benno Ohnesorg ist dann in sich zusammengesackt."

Benno Ohnesorgs erste Demonstration

Benno Ohnesorg. Ein 26-jähriger Lehramtsstudent, Mitglied der Evangelischen Studentengemeinde, seit kurzem verheiratet, seine Frau Christa ist schwanger. Angehörige beschreiben ihn als introvertiert und musisch begabt. Es ist das erste Mal, dass Benno Ohnesorg an einer Demonstration teilnimmt. Es wird auch das letzte Mal bleiben. Denn jetzt liegt er sterbend am Boden, die Studentin Friederike Dollinger kniet sich neben ihn, sie schiebt ihre Handtasche unter seinen blutenden Kopf und ruft nach einem Krankenwagen. Das Foto, das ein Reporter in diesem Moment schießt, geht später um die Welt.

"Zu dem Zeitpunkt wusste man noch nicht, dass Ohnesorg wegen des Schusses zusammengesackt ist, weil er gleichzeitig von drei Polizisten verprügelt worden ist."

Sein Tod galt als Beleg für einen faschistischen Staat

Den Schuss, den kaum einer hörte, wegen der tumultartigen Zustände und auch wegen der vielen Knallfrösche, die die Demonstranten warfen, dieser Schuss sollte in die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik eingehen. Und zu einem Gründungsmythos der Studentenbewegung und auch der radikalen Linken werden. Linksterroristen gründeten Anfang der 70er Jahre die "Bewegung 2. Juni", manche von ihnen schlossen sich später der Rote-Armee-Fraktion an, die sich ebenfalls auf Benno Ohnesorg berief. Der erschossene Demonstrant war in dieser Nacht zur Symbolfigur geworden: Sein Tod galt vielen im linken Milieu als Beweis dafür, dass der westdeutsche Staat faschistisch sei und bekämpft werden müsse.

Benno Ohnesorg umringt von Helfern des Roten Kreuzes bei seiner Einlieferung ins Krankenhaus
Benno Ohnesorg umringt von Helfern des Roten Kreuzes bei seiner Einlieferung ins Krankenhaus, wo er kurze Zeit später verstarb. (dpa)

Die Kugel, die Ohnesorgs Kopf durchbohrte, hatte Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras abgefeuert. Warum er geschossen hat, bleibt bis heute ein Rätsel. Dazu später mehr. Wie aber konnte es überhaupt so weit kommen?

"Kaiserliche Majestät, ich darf Sie hier auf dem Berliner Flughafen ganz herzlich begrüßen!"

Am Morgen des 2. Juni 1967 empfängt Berlins Regierender Bürgermeister Heinrich Albertz das persische Herrscherpaar.

"Es ist uns eine hohe Ehre, dass Sie, kaiserliche Majestät und Kaiserin Farah, auch die deutsche Hauptstadt besuchen. Die Berliner freuen sich darauf und wir sind glücklich, ihnen den freien Teil des wiederaufgebauten Berlins zeigen zu können."

Bundesregierung wollte Beziehungen zum Schah intensivieren

West-Berlin ist eine von mehreren Stationen des Schahbesuchs, der insgesamt anderthalb Wochen dauert, mit Aufenthalten unter anderem in Bonn und München. Der Schah wird in Deutschland mit großem Pomp umgarnt. Die Bundesregierung folgt dabei einer Strategie, die charakteristisch ist für die Zeit des Kalten Krieges. Sie will die Beziehungen zum Drittweltland Iran intensivieren und den Schah unter allen Umständen davon abbringen, Kontakte zur DDR aufzunehmen. Dass Mohammed Reza Pahlavi längst seine Fühler in den Ostblock ausgestreckt hatte und unmittelbar vor seinem Deutschlandbesuch in der sozialistischen Tschechoslowakei empfangen worden war, beobachtete die Bundesregierung mit Sorge.

"Das war ja sozusagen der GAU, der größte anzunehmende Unfall, aus Sicht der Bundesregierung, dass die DDR die Anerkennung von Regierungen aus der dritten Welt erfahren könnte. Und deswegen musste man den Schah eben '67 auch besonders hofieren."

Der bis dahin größte Polizeieinsatz in der Bundesrepublik

Hofieren – und: schützen. Der Schah galt als gefährdete Person. Mehrere Attentate und Anschlagversuche hatte er bereits überlebt. Iranische Oppositionelle, die in der Bundesrepublik

lebten, galten als gut vernetzt. Wohl aus diesen Gründen organisierten die deutschen Sicherheitsbehörden den bis dahin größten Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Akteure der Studentenbewegung sahen darin allerdings eine systematisch geplante Notstandsübung. Eine Fehl-Interpretation, sagt der Historiker:

"Diese Idee, dass der Schahbesuch so eine Art Generalprobe für einen Notstandsstaat sei, indem man erstmals versucht, bestimmte Grundrechte auszuhebeln und der Polizei freien Lauf zu lassen, das lässt sich einfach so nicht darstellen."

Der iranische Schah Reza Mohammed Pahlavi (M) schreitet am 2. Juni 1967 die Front der Ehre
Der iranische Schah Reza Mohammed Pahlavi (M) schreitet am 2. Juni 1967 die Front
der Ehrenformation der Berliner Bereitschaftspolizei ab. (dpa)

Eckard Michels, der am Londoner Birkbeck College deutsche Geschichte lehrt, hat auch untersucht, warum der Schah überhaupt zum übergroßen Feindbild der Studenten geworden war. In erster Linie galt er ihnen als Marionette des Westens, als eitler Monarch, der sich nur durch die Unterstützung der USA auf dem Thron halten konnte und sein eigenes Volk unterdrückte.

"Der Protest gegen den Schahbesuch war sicherlich gerechtfertigt, weil die Menschenrechtssituation im Iran und die Lebensbedingungen für einen Großteil der Bevölkerung katastrophal waren."

Kritik an den Verhältnissen im Iran

Das ist die vordergründige Erklärung. Sie reicht aber nicht aus. Denn in der Bundesrepublik wurden damals auch andere Potentaten empfangen – ohne dass ein einziger Student dagegen demonstriert hätte. Beim Protest gegen den Schah spielten also noch weitere Faktoren eine Rolle. Da war zum einen die Regenbogenpresse, die immer wieder anbiedernd über den persischen Herrscher und seine Ehefrauen berichtete. Das hatte für Aufmerksamkeit gesorgt und zugleich viele politisierte Studenten angewidert. Im krassen Gegensatz dazu stand ein Büchlein, das erst wenige Wochen vor dem Schahbesuch erschienen war und sich unter den Studenten schnell zum Bestseller entwickelt hatte. "Persien, Modell eines Entwicklungslandes oder Die Diktatur der Freien Welt", heißt die Streitschrift des iranisch-stämmigen Germanisten Bahman Nirumand, verlegt in der Taschenbuchreihe "rororo aktuell" für erschwingliche 2 Mark 20.

"Es ist mit Verve geschrieben. Und es geht auch letztendlich über den Iran hinaus, indem es auch eine Art Appell ist an die Studenten, sie dürften das nicht mehr so hinnehmen, diese Unterdrückung der dritten Welt. Man solle vielmehr ein Bündnis mit den Befreiungskämpfern der Dritten Welt schmieden."

Am Tag vor dem Schahbesuch sprach Bahman Nirumand im vollbesetzten Audimax der Freien Universität Berlin.

"Kritik an dieser Art von Demokratie wird in Persien offen mit Verrat gleichgesetzt. Und vor einem Militärtribunal abgeurteilt, zu dessen Prozessen Öffentlichkeit und Presse keinen Zutritt haben. Die Untersuchungsrichter mühen sich nicht mit langen Verhören ab. Geständnisse, die man braucht, werden durch Folter erzwungen. Schon in der Anklageschrift werden die Angeklagten schuldig im

Sinne der Anklage befunden, bevor noch ... (Applaus)."

Aus Jubelpersern werden Prügelperser

Im Audimax liefen sich die Studenten warm für die Demonstrationen gegen den Schah. Hier wurden auch die Papiertüten mit den Karikaturen von Mohammed Reza und Farah Pahlavi verkauft, die sich viele Studenten bei den Protesten über die Köpfe stülpten. Zum Beispiel vor dem Schöneberger Rathaus, um die Mittagszeit am 2. Juni, wo sich der Schah in das Goldene Buch der Stadt eintragen sollte.

Tumulte vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin am 2.6.1967. Der Besuch des persischen He
Tumulte bei der Anti-Schah-Demonstration in Berlin. (picture-alliance / dpa)

Studenten, Demonstranten, aber auch Schaulustige, drängeln sich hinter den Absperrgittern, mit denen sie auf Distanz zum Rathaus gehalten werden. Kurz bevor der Schah eintrifft, fahren zwei Busse der Berliner Verkehrs-Betriebe vor. Etwa 80 Perser steigen aus, es sind Anhänger des Schahs, teilweise Mitarbeiter des iranischen Geheimdienstes, wie sich später herausstellen sollte. Jubelperser heißen sie von nun an: Sie dürfen näher ans Rathaus heran als die Schah-Gegner und sie haben Plakate mitgebracht; darauf stehen Grußformeln für das Kaiserpaar. Doch als der Schah im Rathaus verschwunden ist, werden aus den Jubelpersern Prügelperser. Mit Holzlatten gehen sie auf die Demonstranten los. Die Polizei lässt sie gewähren.

"Inzwischen aber ist es zwischen diesen Persern und den Studenten, die hinter den polizeilichen Absperrungen stehen, zu Handgreiflichkeiten gekommen. Man muss der Wahrheit die Ehre geben, die Perser, die den Schah freundlich begrüßten mit ihren Plakaten, sie waren die ersten, die die Plakate von ihren Stöcken abmachten und damit wahllos in die Menge hineinschlugen."

Diskussionen zwischen Studenten und Berlinern

Und dann, am Abend, die nächste Eskalation: vor der Deutschen Oper.

"Das, meine Damen und Herren ist die Begrüßung der etwa 500 Studenten, die auf der gegenüberliegenden Seite des Einganges der Deutschen Oper Berlin hinter den Sperrgittern der Polizei stehen. Der Schah ist eben vorgefahren, sein Wagen wurde unter das Überdach der Oper gefahren, damit ihn die Eier und die Tomaten, die hier geworfen werden, nicht erreichen."

Am Straßenrand entwickeln sich Diskussionen – zwischen demonstrierenden Studenten und schaulustigen Berlinern.

"Unser Anliegen ist es, dass wir der Bevölkerung klarmachen, dass es noch andere Tatsachen gibt als die, die man in der Springerpresse liest. – Na hören Sie mal, es geht doch, nicht nur um die Springerpresse, man macht sich doch auch seine eigenen Gedanken. – Das ist schön, wenn Sie das machen! Dann wüssten Sie auch, dass der Schah ein Tyrann ist. – Was sagten Sie eben? – Da hinten wird geschlagen. Polizeiausschreitungen."

"Das, was sich hier bot, meine Damen und Herren, kann man eigentlich mit Worten kaum noch beschreiben. Man kann nur eins sagen: Man muss der Polizeiführung bescheinigen, dass hier wieder völliges Versagen vorliegt. Die Antwort auf die Polizeiknüppel waren Pflastersteine und

Mauersteine, die zwei Polizisten am Kopf verletzten, sie kamen sofort in Krankenhäuser und ich zähle jetzt zurzeit vier Krankenwagen, die ständig im Einsatz waren."

Karl-Heinz Kurras wird freigesprochen

Der Schahbesuch, der für die Bundesrepublik strategisch so wichtig war, endete in West-Berlin mit Straßenschlachten, prügelnden Polizisten und einem toten Demonstranten. Ein verstörendes Ereignis, vor allem für viele West-Berliner Studenten. Der damalige Asta-Chef an der Freien Universität, Hartmut Häußermann:

"Wir sind deshalb so sehr betroffen, weil hier ein Student, der gegen ein Gewaltregime demonstrieren musste, diese Demonstration mit seinem Leben bezahlen musste."

Karl-Heinz Kurras, der Todesschütze, wurde später freigesprochen; ihm sei keine strafrechtliche Schuld nachzuweisen, hieß es. Für viele ohnehin politisierte Studenten war das ein weiterer Beleg dafür, dass der Staat mörderisch agiert – und sie selbst die Opfer sind. So wurde der 2. Juni 1967 nach und nach zum Symboldatum und viele Protagonisten der Studentenbewegung und der radikalen Linken bezeichneten die Ereignisse vor der Deutschen Oper später als Erweckungserlebnis. Der frühere RAF-Terrorist Karl-Heinz Dellwo etwa schrieb einmal in einem Aufsatz mit dem Titel "Mein 2. Juni":

"Schlüsselereignisse sind die, die für die eigene Biografie konstituierend sind. Der Tod von Benno Ohnesorg gehört sicher dazu (...)"

Gedenktafel "Benno Ohnesorg" in der Bismarckstrasse in Berlin-Charlottenburg.

Gedenktafel "Benno Ohnesorg" in der Bismarckstrasse in Berlin-Charlottenburg. (imago / Schöning)

"Die Bedeutung des 2. Juni für die Studentenbewegung und für den Linksterrorismus in der Bundesrepublik ist natürlich erst eine nachträgliche Konstruktion. Im Rückblick hat man nach diesen Eskalationsstufen versucht zu denken, wann hat das Ganze eigentlich angefangen und da bot sich der 2. Juni und der Tod Ohnesorgs als Ausgangspunkt an."

Todesschütze war IM der Stasi

Auch diese Erkenntnis des Historikers kommt einer Entzauberung der Studentenbewegung gleich. Doch die Geschichte über den 2. Juni und den Tod Benno Ohnesorgs, über seine vermeintliche oder tatsächliche Bedeutung für die Studentenbewegung – diese Geschichte ist noch nicht zu Ende erzählt.

"Hier ist das erste deutsche Fernsehen mit der Tagesschau. Erkenntnisse der Stasiakten-Behörde werfen ein neues Licht auf einen Auslöser der Studentenproteste Ende der 60er-Jahre."

Eine Wendung, die niemand erwartet hatte: Im Mai 2009 kam heraus, dass Karl-Heinz Kurras, der Mann, der Benno Ohnesorg erschossen hat, ein Inoffizieller Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit gewesen war. Helmut Müller-Enbergs, der zu dieser Zeit in der Stasi-Unterlagenbehörde arbeitete, hatte die Kurras-Akte durch Zufall entdeckt – gemeinsam mit einer Kollegin.

"Dass ein West-Berliner Polizist in einer Schlüsselstellung von der Staatssicherheit eine Waffe bekommen hat, Geld für eine P38 mit Kleinkaliber-Aufsatz, das habe ich zum ersten Mal in 17 Jahren Behördengeschichte gelesen."

DDR hatte kein Interesse an Ausschreitungen

Die Frage, die sich nun stellte, lautete: Muss die Geschichte der Studentenbewegung, die Geschichte des 2. Juni, umgeschrieben werden? Schoss Kurras möglicherweise sogar im Auftrag der Stasi?

Das SED-Mitgliedsbuch des West-Berliner Polizisten Karl-Heinz Kurras, der während des Schah-Besuchs am 2. Juni 1967 den Studenten Benno Ohnesorg erschoss. (dpa / picture alliance / Hannibal Hanschke)

"Wie starb Benno Ohnesorg" sang die DDR-Singegruppe Oktoberklub schon 1967. Manch einer im Westen dachte damals vielleicht, in der DDR-Führung habe es eine klammheimliche Genugtuung gegeben angesichts der eskalierenden Ereignisse beim Schahbesuch. Doch das Gegenteil dürfte richtig sein. Die DDR hatte kein Interesse an den Ausschreitungen und auch nicht am Tod eines Demonstranten. Ostberlin wollte schließlich selbst diplomatische Beziehungen mit dem Schah aufbauen. Eckard Michels:

"Am liebsten wäre es der DDR gewesen, dass der Schah-Besuch in West-Berlin vollkommen ruhig ohne Demonstrationen abgelaufen wäre. Weil die DDR immer Angst hatte, dass der Schah jegliche Proteste auf die Aktivitäten der iranischen Kommunisten oder sogar auf die DDR-Organen in West-Berlin zurückführen könnte und damit wäre natürlich die erhoffte Annäherung des Schahs an die DDR von vornherein unmöglich geworden."

Frage nach dem Motiv von Kurras bleibt

Karl-Heinz Kurras hatte also keinen Mord-Auftrag aus der DDR. 2014 ist er gestorben. Was bleibt, ist die Frage, warum er damals, an diesem frühsummerlichen Abend vor 50 Jahren, geschossen hat. Man wird es wohl nie herausfinden – aber Eckard Michels versucht eine Erklärung.

"Ich glaube, dass Kurras – aus welchen Gründen auch immer – an jenem Abend, in dieser speziellen Situation überfordert gewesen ist und sich bedroht gefühlt hat, ich glaube nicht mal, dass er gezielt auf Ohnesorg geschossen hat, vielleicht wollte er wirklich einen Warnschuss abgeben. Ich weiß, das klingt schwer akzeptabel, weil Kurras nun wirklich kein angenehmer Zeitgenosse ist – nach allem, was wir wissen. Aber auch einer solchen Person muss man zugutehalten, falsch gehandelt zu haben, aber nicht vorsätzlich in dem Sinne, dass er jemanden töten wollte an dem Abend."

2. Die Ermordung von Rudi Dutschke

Am 11. April erfolgt auf dem Berliner Ku'damm ein Attentat auf Rudi Dutschke. Durch einen Schuss wird er lebensgefährlich am Kopf verletzt. Der 24-jährige Anstreicher Josef Bachmann, hatte die zur "Jagd" hetzenden Presseschlagzeilen wörtlich genommen.

Seine Schuhe liegen noch auf der Straße: Am 11. April 1968 wird Rudi Dutschke auf offener St
Seine Schuhe liegen noch auf der Straße: Am 11. April 1968 wird Rudi Dutschke auf
offener Straße niedergeschossen. (© AP)

Sogar Rudi Dutschke ließ sich nun zu handfesteren militanten Aktionen hinreißen. Zusammen mit seinem Kommilitonen Bahman Nirumand war er offenbar kurz davor, einen Sendemast des amerikanischen Soldatenradios AFN in die Luft zu sprengen, eine Aktion, die allein aus Dilettantismus scheiterte. Erst in letzter Minute stoppte er die Sprengung eines amerikanischen Schiffes, das Kriegsmaterial nach Vietnam transportieren sollte (den Sprengstoff hatte ihm der italienische Verleger Giangiacomo Feltrinelli im Februar 1968 als "Gastgeschenk" zum Vietnam-Kongress mitgebracht). Am 2. April 1968 explodieren in den Kaufhäusern Kaufhof und Schneider in Frankfurt am Main Brandsätze. Am Tag darauf werden der Journalist Andreas Baader, die Germanistikstudentin Gudrun Ensslin, der Kunststudent Thorwald Proll und der Schauspieler Horst Söhnlein verhaftet. Am 4. April wird der amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King ermordet. Am 11. April erfolgt auf dem Berliner Ku'damm ein Attentat auf Rudi Dutschke. Er wird durch einen Schuss lebensgefährlich am Kopf verletzt. Der Attentäter, der 24-jährige Anstreicher Josef Bachmann, hatte die zur "Jagd" auf Rudi Dutschke hetzenden Presseschlagzeilen wörtlich genommen. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Attentats kommt es in ganz Deutschland zu schwersten Straßenschlachten. In zahlreichen Filialen des Springer-Verlages werden nicht nur erneut Scheiben eingeworfen, sondern auch Auslieferungswagen blockiert oder angesteckt. In Berlin schleicht sich Peter Urbach, der später als Agent provocateur enttarnte Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, zusammen mit Demonstranten zum Fuhrpark des Springer-Konzerns, schraubt die Tankverschlüsse von fünf Lieferwagen auf und steckt die Wagen in Brand. Die Bilder von den entflammten Lieferwagen vor dem Springer-Hochhaus gehen um die Welt (vgl. Uessler 1998, S. 290).

Die Polizei reagiert mit dem Einsatz von Wasserwerfern und Panzerwagen. Dabei werden erneut Demonstranten in blinder Wut mit Knüppeln, Hunden und Pferden auseinander getrieben und verprügelt, oft bewusst ihre Pkws zerstört. In zahlreichen Fällen werden Festgenommene noch in Polizeigewahrsam systematisch misshandelt.

Das Fazit der Ostertage 1968: bundesweit Demonstrationen und Kundgebungen in 27 Städten mit jeweils 5000 bis 18000 Teilnehmern, in 50 Städten Verkehrsblockaden, Einsatz von rund 21000 Polizisten, zwei Tote (in München wurden ein Pressefotograf und ein Student von Steinen tödlich getroffen), über 400 verletzte Demonstranten, 54 verletzte Polizisten. Innenminister Ernst Benda berichtet am 30. April 1968 vor dem Deutschen Bundestag: "Von den Beschuldigten sind 87 bis zu 18 Jahren alt, 210 zwischen 19 und 21 Jahren, 246 zwischen 22 und 25 Jahren; 286 Personen sind älter als 25 Jahre. Nach Berufen aufgegliedert, ergibt sich folgendes Bild: 92 sind Schüler, 286 Studenten, 185 Angestellte, 150 Arbeiter, 31 sonstige Berufe, 97 ohne Beruf, unbekannt ist der Beruf bei 26 Personen. Meine Damen und Herren, diese Aufgliederung scheint mir zu zeigen, wie falsch es wäre, die Gewaltaktionen als Studentenunruhen zu bezeichnen." (nach Wolff/Windaus 1977, S. 236)

Bereits der Tod von Benno Ohnesorg hatte unmittelbar eine breite Solidaritätswelle und eine sprunghaft steigende Protestbereitschaft unter vielen jungen Leuten ausgelöst. Der SDS erlebte einen bisher unbekannten Mitgliederboom, und in einer vom Spiegel in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage im Frühjahr 1968 erklärten zwei Drittel der befragten Schüler und Studenten und 55 Prozent der Berufsschüler, sie würden auch selbst an Protestaktionen teilnehmen, 56 Prozent von diesen würden sogar bei "Streiks in der Schule oder an der Universität mitmachen", 32 Prozent "den Verkehr blockieren", je 23 Prozent würden "sich widersetzen, wenn die Polizei die Demonstrationen auflöst", oder sogar "zurückschlagen, wenn Polizisten mit Knüppeln auf sie einprügeln". Fazit: "Die meisten Jugendlichen lehnen die Proteste ihrer Altersgenossen in den Groß- und Universitätsstädten nicht ab, sondern finden sie gut." (Der Spiegel 8/1968, S. 40)

Am 26. Februar 1967 gründeten Schülerinnen und Schüler aus 17 Städten in Frankfurt das "Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler" (AUSS). Zwei Jahre später existierten bereits 130 Schülergruppen (Mosler 1977, S. 77f.). Schon zu Beginn des Jahres 1968 hatten Schülerproteste gegen Fahrpreiserhöhungen bundesweit für Aufmerksamkeit gesorgt, vor allem, weil die Polizei erneut auf die symbolischen Regelverletzungen mit handfester Gewalt überreagierte: Die Blockaden von Straßenbahnschienen wurden mit Schlagstöcken und Wasserwerfern aufgelöst, es gab erneut Verletzte.

3. Kaufhaus Brandstiftungen

Kaufhäuser Frankfurt

Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr sichten am 3. April 1968 den Schaden in der ausgebrannten vierten Etage des Frankfurter "Kaufhof". [© dpa - Bildarchiv]

Thorwald Proll

Die vier Angeklagten nehmen die Urteilsverkündung am 31. Oktober 1968 offensichtlich nicht ganz ernst. Von links nach rechts sitzen hier: Thorwald Proll, Horst Söhnlein, Andreas Baader und Gudrun Ensslin. [© dpa Report]

Nach dem Tod von Benno Ohnesorg hatte sich die APO(Außerparlamentarische Opposition) gespalten. Der radikale Flügel diskutierte, ob Sachbeschädigung ein legitimes Mittel sei, um politischen Protest auszudrücken.

Die Mitglieder der Kommune 1 veröffentlichten Flugblätter, in denen das Legen von Kaufhausbränden befürwortet wurde. Das galt ihnen insbesondere als Protest gegen den Vietnamkrieg: Das Leid von Menschen in brennenden Kaufhäusern verglichen sie mit dem Leid der im Vietnamkrieg mit Napalm bombardierten Menschen.

Baader und Ensslin Andreas Baader und Gudrun Ensslin, später führende Mitglieder der RAF, hatten sich im Juli 1967 im Umfeld der APO kennengelernt. Gemeinsam verübten sie im August

1967 einen (noch harmlosen) Rauchbombenanschlag auf die Berliner Gedächtniskirche. Dass sie auch vor Gewalt nicht zurückschreckten, zeigten sie erstmals, als sie am **2. April 1968** zwei Kaufhäuser in Frankfurt am Main in Brand stecken. Es handelte sich um die Kaufhäuser M. Schneider und Kaufhof.

Auch dabei: Thorwald Proll und Horst Söhnlein Die Brandstiftung unternahmen Baader und Ensslin gemeinsam mit **Horst Söhnlein** und **Thorwald Proll**. Sie wollten damit also gegen den Vietnamkrieg protestieren. Da sie die drei Brände an zwei Kaufhäusern nachts legten, war es eher unwahrscheinlich, dass Menschen zu Schaden kommen würden - allerdings gab es ja dort auch Nachtwächter. Menschen wurden indes tatsächlich nicht verletzt. Allerdings betrug der **Sachschaden** knapp 675.000 Mark.

Verhaftung, Prozess und Freilassung der Brandstifter Zwei Tage später wurden die Brandstifter gefasst. Im Prozess verhielten sie sich gegenüber Richter und Staatsanwalt respektlos. Einer der vier Verteidiger war **Horst Mahler**, später ebenfalls Mitglied der RAF. Am 31. Oktober 1968 wurden die vier Angeklagten zu **drei Jahren Haft** verurteilt. Nach 14 Monaten (13. Juni 1969) wurden die Brandstifter jedoch freigelassen, weil über eine mögliche Revision entschieden werden sollte. Dieser Revision, der Neuaufnahme des Prozesses, wurde im November 1969 aber nicht stattgegeben. Die vier hätten wieder in Haft gemusst. Nur Horst Söhnlein trat diese an, die drei anderen **flohen** nach Frankreich.

Verlinkungen:

Quellen:

Internetquellen

-> Dittrich, Monika: Der Tod von Benno Ohnesorg. Gründungsmythos der Studentenbewegung, in: Deutschlandfunk online, verfügbar seit 02.06.2017 online unter:

<https://www.deutschlandfunk.de/der-tod-von-benno-ohnesorg-gruendungsmythos-der-100.html>, zuletzt geprüft am 16.10.2025.

-> Farin, Klaus: Attentat auf Dutschke, in: bpb online, online verfügbar seit 25.02.2010 unter:

<https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/jugendkulturen-in-deutschland/36185/attentat-auf-dutschke/>, zuletzt geprüft am 16.10.2025.

-> Kaufhaus Brandstiftungen, in: Zeitclicks online, verfügbar unter:

<https://www.zeitclicks.de/zeitstrahl/1968/kaufhaus-brandstiftungen>, zuletzt geprüft am 16.10.2025.

Sekundärliteratur

->

->

->

1950er Jahre

Inhaltsverzeichnis

1. Jugend in den 50ern: Rebellion in Jeans und mit Rock 'n' Roll

1. Jugend in den 50ern: Rebellion in Jeans und mit Rock 'n' Roll



Von den Eltern missbilligt, wird der Rock 'n' Roll Mitte der 50er-Jahre zum Soundtrack einer jungen Generation, die sich faszinieren lässt vom American Way of Life und sich nach Aufbruch und Freiheit sehnt. Zumindest im Westen.

von Ulrike Bosse

Auch als zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs das Besatzungsstatut aufgehoben wird, bleiben Teile der alliierten Truppen als Folge aus dem Vorbehalt der Pariser Verträge in Deutschland. Aus den Besatzern werden Schutzmächte und Verbündete - und sie hinterlassen ihre kulturellen Spuren. In Norddeutschland sind es die Briten. Die Amerikaner sind vornehmlich im Süden Deutschlands stationiert - und haben mit GI Elvis Presley 1958 einen Star im Gepäck: Idol Millionen Jugendlicher und Projektionsfläche für Freiheit und Rebellion.

Die "Moldau" auf dem Plattenteller: "Hat uns alles angekotzt"

Als Elvis Presley 1958 als GI nach Deutschland kommt, lernt Claus-Kurt Ilge ihn kennen.

"Wir wollten frei sein, wir wollten unsere eigene Kultur haben", erinnert sich Claus-Kurt Ilge im Podcast "Rock me" von NDR Info im Jahr 2021 an die Zeit. Als Teenager ist er damals dem Rock 'n' Roll und der amerikanischen Kultur verfallen. Weil er Kontakt hat zu US-Soldaten - darunter Elvis Presley. Aber auch, weil er und seine Freunde einfach genug haben vom Lebensstil ihrer Eltern: "Sonntags war gemeinsames Frühstück. Da sind dann Schallplatten aufgelegt worden aus dem Musik-Schrank. Moldau langsam geflossen, schnell geflossen. Das hat uns alles angekotzt, kann man so sagen."

Nierentisch, Petticoat, Milchbar und die Sonne von Capri: So, wie die 1950er-Jahre oft dargestellt werden, sind sie in Wirklichkeit nicht. Jedenfalls nicht für meisten Deutschen und nicht für den Großteil des Jahrzehnts. Was heute gerne in Filmen gezeigt wird, mag gegen Ende des Jahrzehnts und in wohlhabenden Familien möglich sein. Der Alltag der meisten Menschen aber sieht zunächst anders aus: viel Arbeit, wenig Freizeit, Wohnungsmangel, traditionelle Rollenbilder, autoritäre Gesellschaftsstrukturen. Und bis Mitte des Jahrzehnts leben die Deutschen unter einem Besatzungsregime.

Leben unter den Alliierten als Schmach empfunden

Claus-Kurt Ilge erinnert sich, dass sich sein Vater vom Auftreten amerikanischer Soldaten gedemütigt fühlte.

Claus-Kurt Ilge, Jahrgang 1942, wächst in Bad Nauheim in Hessen auf. Im benachbarten Friedberg sind amerikanische Soldaten stationiert. Sein Vater empfindet deren Anwesenheit anfangs als ziemliche Schmach. Sie haben das Sagen und lassen das die Deutschen spüren: "Da gab es das große Grand Hotel, da war der General Patten. Und die Offiziere, die sind zum Bürgermeister gegangen und haben gesagt: 'Bis 18 Uhr brauchen wir so und so viel Wohnungen oder so und so viel Häuser.' Da sind die Leute zum Teil rausgeschmissen worden, zum Teil mussten sie auf den Dachboden. Und da haben dann die Sieger gewohnt."

Eiscreme und Zigaretten: Begehrtes aus den USA

Als Kindergartenkind macht Claus-Kurt Ilge umgekehrt aber positive Erfahrungen mit den Amerikanern, die die Kleinen in die Kaserne einladen: "Da war die Kantine, da sind wir bewirtet worden. Und da habe ich den ersten Donut, den ersten Amerikaner gegessen, diese Zuckerguss-überzogenen Dinger."

Der Unterschied zwischen dem kargen Leben in den Elternhäusern und dem Überfluss, in dem die Amerikaner offenkundig leben, prägt sich den Kindern ein: "Die großen Autos. Ice-Cream, Zigaretten, Whiskey, Shrimps: Da war alles da", sagt Ilge. "Die hatten schon die Jeans, da hat bei uns die Mustang-Jeans noch 19,50 gekostet - und das waren Raritäten."

Fraternisierungsverbot unterbindet persönliche Kontakte

Als das Fraternisierungsverbot in mehreren Schritten fällt, beginnt unter alliierten Soldaten und Deutschen auch ein reger Tauschhandel.

Ilge findet das damals alles faszinierend - auch wenn er es anfangs nur aus der Ferne mitbekommt: "Die Amerikaner waren unter sich." Im und nach dem Krieg herrscht für die Soldaten zunächst ein Fraternisierungsverbot mit den Deutschen: Im Frühjahr 1944 wird in einem Erlass der westlichen Alliierten festgelegt, dass die Verbrüderung zwischen alliierten Truppen und deutschen Beamten und der Bevölkerung streng zu unterbinden sei. Erst zwei Jahre später wird das offiziell durch eine Besatzungspolitik abgelöst, bei der Zusammenarbeit und Kooperation in den Vordergrund rücken. Da ist das Fraternisierungsverbot allerdings schon längst gefallen, weil es von vielen US-Soldaten ohnehin nicht eingehalten wurde.

"Fräuleins" weichen Kontaktverbot auf

Ilge erinnert sich, dass es in der Praxis zunächst durch die "Fräuleins" - deutsche Freundinnen von Amerikanern - aufgeweicht wird. Dann werden Deutsche von den Amerikanern eingestellt - zum Beispiel in der Kantine oder als Reinigungspersonal. Und schließlich kommt es zur Kooperation auf politischer Ebene: Deutschen Landräten werden amerikanische Offiziere zur Seite gestellt. "Die haben dann Paraden abgenommen oder zusammen irgendwelche Festlichkeiten eröffnet, die Amerikaner mit den Deutschen."

Was nicht bedeutet, dass das Verhältnis zwischen den US-Truppen und der Bevölkerung zu dieser Zeit immer ganz einfach ist. In der Nähe bestimmter amerikanischer Kasernen in Wohngebieten etwa werden Mitte der 50er-Jahre Bereiche geschaffen, die von GIs nicht betreten werden dürfen, um Deutsche vor Übergriffen zu schützen. Darüber hinaus werden vom amerikanischen Hauptquartier in Heidelberg Ausgangsbeschränkungen für sämtliche in der Bundesrepublik stationierten GIs angeordnet.

Rock 'n' Roll und Jeans als Ausdruck der Rebellion

Objekt der Begierde und Ausdruck von Freiheit: die Jeans in den 50ern.

Claus-Kurt Ilges Kontakt zu den Amerikanern und seine Liebe zum American Way of Life vermittelt sich über die Musik. "Radio AFN, das American Forces Network, war klasse", sagt er. Beim amerikanischen Soldatensender hören er und seine Freunde zum ersten mal Elvis, Bill Haley und Doris Day. Das Amerikanische wird für den jungen Claus-Kurt ein Mittel, um gegen Elternhaus und Lehrer aufzubegehren.

So dürfen an seiner Schule damals keine Jeans getragen werden - die Begründung: Das sei primitive amerikanische Arbeitskleidung. "Wenn einer damit gekommen ist, wurde er wieder heimgeschickt", sagt Ilge. Was ihn nicht davon abhält, es trotzdem immer wieder zu tun.

Abwertung der US-Kultur als Kompensation von Ohnmacht

Die Ablehnung des Amerikanischen geht auch im Elternhaus weiter. "Meine Oma hat immer gesagt: 'Wie kannst du da hingehen?!' Das sind doch unsere Feinde.' Da habe ich gesagt: 'Oma, das sind nicht unsere Feinde, das sind die Sieger.'" Die Erwachsenen in seiner Familie fühlen sich Ilge zufolge unterjocht und bevormundet: "Alles Amerikanische war schlecht - die haben alles schlechtgeredet." Und da ihnen die Kultur der Amerikaner fremd ist, heißt es, die hätten gar keine richtige Kultur.

Vor allem junge Menschen fasziniert der American Way of Life in den 50ern - und so manche Lifestyle-Idee wird übernommen.

Auch konservative Intellektuelle setzen "Amerikanisierung" gleich mit kultureller Leere und beurteilen den kulturellen Wandel, der sich in Deutschland - nicht zuletzt aufgrund des Wirtschaftswunders - vollzieht, negativ. Soziologen sagen heute, dass die Europäer so auch versucht hätten, Ohnmachtsgefühle gegenüber der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Übermacht der Amerikaner zu kompensieren.

Trotz aller Vorbehalte: Das US-Kino wird geschätzt

Wobei die Wirklichkeit wie immer vielschichtiger ist als die Theorie. Zum Beispiel ist ein Kino-Besuch in den 50ern eine der beliebtesten Freizeitbeschäftigungen, wenn man ausgeht. Es gibt die Filme mit den alten deutschen Stars wie Heinz Rühmann oder Hans Albers, ganz besonders beliebt sind Heimatfilme. Aber auf der anderen Seite zeigen Statistiken, dass zwischen 1949 und 1963 fast die Hälfte der in den Kinos gezeigten Filme US-Produktionen sind.

"Jugendkultur" in der DDR ein straffer Erziehungsapparat

In der DDR ist der American Way of Life zwar weiter weg, aber die Führung beobachtet die Entwicklung im Westen sehr genau - und will keinesfalls, dass sie über die Grenze schwappt. Anders als in der Bundesrepublik gibt es in der DDR so etwas wie eine "Jugendkultur" als von oben organisiertes System, das dazu dienen soll, Kinder und Jugendliche zu "sozialistischen" Menschen zu machen. Schon im Sommer 1945 beginnt die sowjetische Militärverwaltung, "Jugendausschüsse" zu organisieren. Am 7. März 1946 wird die Freie Deutsche Jugend (FDJ) offiziell gegründet, 1948 kommt noch die Pionierorganisation "Ernst Thälmann" für Kinder im Grundschulalter dazu. Zwar gibt es keine Zwangsmitgliedschaft in der FDJ, aber die FDJ-Leiter zum Beispiel können darüber befinden, ob jemand zum Abitur zugelassen wird und studieren darf. Ohne FDJ kann man es also nicht weit bringen in der DDR.

Jeans und Rock 'n' Roll: Rote Tücher für die DDR-Führung

Nach Vorstellung der DDR-Führung ist das blaue Hemd der FDJ das angemessene Kleidungsstück für Jugendliche - und nicht die blaue "Nietenhose" aus dem Westen, wie die Jeans genannt wird. Die

ist ebenso verpönt wie die Musik aus Amerika, die die Jugendlichen in der DDR über das Radioprogramm des RIAS Berlin natürlich auch kennen und mögen. Es bilden sich auch Rock 'n' Roll-Clubs - aber sobald die Obrigkeit davon Wind bekommt, werden sie geschlossen. Und über Elvis Presley schreibt das FDJ-Zentralorgan "Junge Welt": "Sein Gesang gleicht seinem Gesicht: dümmlich, stumpfsinnig und brutal. Der Bursche war völlig unmusikalisch."

Elvis mit Schmalztolle und Hüftschwung: "Unser Vorreiter"

Gegeltetes Haar, melancholischer Blick: Mit "Love Me Tender" bringt Elvis die Jugend zum Schwärmen.

Claus-Kurt Ilge, der die Musik von Elvis auf AFN hört, ist von Anfang an begeistert von ihm. Auf einem "Spiegel"-Titelbild sieht er erstmals ein Bild von ihm. "Da hat er die Schmalztolle gehabt. Und das fanden wir toll." 1957 kommt der Film "Love Me Tender" unter dem Titel "Pulverdampf und heiße Lieder" in die deutschen Kinos: "Da bin ich drei Mal in den Film gegangen." Elvis wird zum Idol der Jungen mit seiner Art zu Singen und Aufzubegehren, die damals selbst in Amerika kritisiert wird. "Da durfte er zum Teil nicht gespielt werden. Im Fernsehen durfte er nur oberhalb der Gürtellinie gezeigt werden und so weiter. Das war unser Vorreiter. Wir wollten frei sein."

Der "King" kommt als GI

Dann kommt Elvis Presley als GI nach Deutschland. Am 1. Oktober 1958 trifft der amerikanische Truppentransporter in Bremerhaven ein - empfangen von einer begeisterten Menge und etlichen Kamerateams. Auch Claus-Kurt Ilge ist dabei: "Der hat seinen Seesack geschultert, ist runter auf die Rampe und mit dem Bus dann zur Kaserne gefahren." Nach Friedberg.

Von da an macht es sich Ilge zum Hobby, immer genau zu wissen, wo sich Elvis in und um Friedberg gerade aufhält. Elvis' Familie ist in einem Hotel in Bad Nauheim untergebracht. Dort lungert der mittlerweile 16-jährige Claus-Kurt herum und versucht, einen Blick auf Elvis zu erhaschen. Zum ersten persönlichen Kontakt kommt es dann aber durch einen Bekannten, den Elvis als persönlichen Chauffeur angestellt hat. Ilge bekommt sein erstes Autogramm - und ist begeistert vom Auftreten des Stars: "Freundlich, zuvorkommend, gelacht. Er wollte wissen, was ich mache, wie es in der Schule geht. Er war nahbar, immer fröhlich. Das war unser Idol, unser Vorbild, und wir haben das hautnah gehabt."

Ilge wird zum "Boy from Friedberg"

Vom Autogramm-Jäger zum Autogramm-Organisator: Regelmäßig hat Ilge Ende der 50er-Jahre Kontakt zu Elvis.

Danach gelingt es Ilge, Elvis regelmäßig zu treffen: Er arbeitet als Zeitschriften-Austräger und kann dem Star so die neuesten Artikel über ihn bringen, bevor sie am Kiosk ausliegen. "Ich war dann sein 'Boy from Friedberg' und habe ihn mit Zeitungen versorgt, allwöchentlich."

Im Gegenzug lässt sich Ilge Unterschriften von Elvis geben, auf Postkarten, Schallplatten, Postern und vielem mehr. Sein Kontakt spricht sich herum, und Fans weltweit fangen an, ihn um Autogramme von Elvis zu bitten. Der ist zunächst sauer, weil er glaubt, sein "Boy from Friedberg" würde ein Geschäft daraus machen, wie Ilge erzählt. So zeigt er Elvis die Briefe, die er von Teenagern aus England, Holland und Belgien bekommt. "Die sind irgendwo in Schweden und sonst wo abgehauen und wurden in Bad Nauheim wieder gefunden. Die wollten zu Elvis - und mussten

wieder zurück." Von daheim schreiben sie Ilge, der lässt Postkarten und Schallplatten unterschreiben und schickt sie an die Fans zurück. Und der Star versteht. "Und da hat er mir auf die Schulter geklopft und gesagt: 'You do a lot of work for me.'"

Rock 'n' Roll: Revolte - und Flucht in eine etwas leichtere Welt

Der freundliche US-Soldat Elvis Presley - das ist die eine Seite. Die andere, das ist der Musiker: Schmalzlocke, provokative sexuelle Gesten auf der Bühne, die Haltung des Rebellen. Und die hat nicht nur Elvis, sondern sie kennzeichnet die damaligen Rockmusiker insgesamt. Es gibt Konzerte, die in Randalen enden. Das gesellschaftliche Establishment setzt Rock 'n' Roll deshalb oft gleich mit den sogenannten Halbstarken: Jugendlichen, die auf die Straße gehen und sich mit Polizisten prügeln.

"Bravo"-Starschnitt bringt Idole auf die Partys

Für Ilge ist der Rock 'n' Roll einfach ein perfektes Mittel, um sich vom Elternhaus zu distanzieren, aufzubegehren. Und auch, um sich in eine andere leichtere Welt zu flüchten. Eine, die nicht aus vom Krieg traumatisierten Erwachsenen und strengen Erziehungsregeln besteht. Der Rock 'n' Roll und seine Stars vermitteln ihm und seinen Freunden ein neues Lebensgefühl. Ohne Youtube und Instagram - mit der Jugendzeitschrift "Bravo" allerdings und ihren Fotos der Stars. "Diese Starschnitte von 'Bravo' früher - da hat man 17 Teile aneinandergeklebt. Und dann hat man den Elvis in Lebensgröße", schwelgt Ilge. Oder Peter Kraus, Brigitte Bardot und andere Angesezte. Auf Tapete hätten sie sie aufgeklebt und im Partyraum aufgehängt: "Wenn man Partys gemacht hat, hat man seine Idole dabeigehabt."

Als Möglichkeit, sich gegen die Welt der Erwachsenen aufzulehnen, bekommt die Rock 'n' Roll-Bewegung immer mehr Zulauf. Und setzt sich durch. Ilges Fazit: "Das war Befreiung."

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Bosse, Ulrike: Jugend in den 50ern: Rebellion in Jeans und mit Rock 'n' Roll, in: nur.de, online verfügbar seit 12.10.2024 unter: <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Jugend-in-50ern-Rebellion-in-Jeans-und-mit-Rock-n-Roll,rocknroll110.html>, zuletzt geprüft am 18.01.2026.

->

->

Sekundärliteratur

->

->

->

Ära Brandt

Ära Schmidt

Ära Honecker

Ära Kohl

Fall der Berliner Mauer

Persönlichkeiten

Inhaltsverzeichnis

1. Hannah Arendt
2. Wolf Biermann
3. Konrad Adenauer
4. Werner Karl Heisenberg
5. Lorient
6. Erich Honecker
7. Andreas Baader
8. Beate Uhse
9. Ludwig Erhard
10. Gerd Müller
11. Hildegard Knef
12. Christa Wolf
13. Elisabeth Selbert
14. Joseph Beuys
15. Anna Seghers
16. Günter Grass
17. Ingeborg Bachmann

1. Hannah Arendt

1906 – 1975

Philosophin, Publizistin

Hannah Arendt gehört zu den bedeutenden Denkerinnen des 20. Jahrhunderts. Die an deutschen Universitäten ausgebildete, aus Europa in die USA vertriebene Jüdin richtete ihr Bemühen um Verstehen und Erkennen auf das miterlebte Jahrhundert der Weltkriege, Totalitarismen, Verfolgungen und Revolutionen. Sie hinterfragte die Tradition abendländischen Denkens, legte durch mehr als 2000-jährige Geschichte überlagerte Erfahrungen und Gedanken frei und wies der (politischen) Philosophie mit ihrem Beharren auf der Pluralität des Menschen neue Wege. Ihr emphatischer Begriff des Handelns wirkte weltweit inspirierend, so auch ihr Merksatz: „Der Sinn von Politik ist Freiheit“.

Leben

Arendt wuchs in Linden bei Hannover, seit 1910 in Königsberg (Preußen, heute Kaliningrad, Russland) auf und absolvierte hier und kurzzeitig in Berlin-Charlottenburg ihre Schulzeit. Nach der Reifeprüfung 1924 begann sie das Studium der Philosophie mit den Nebenfächern Evangelische Theologie und Griechische Philologie in Marburg. Hier wurde Martin Heidegger (1889-1976) ihr akademischer Lehrer, mit dem sie eine zeitlebens geheim gehaltene Liebesbeziehung verband. Diese fand ein äußeres Ende mit Arendts Studienplatzwechsel nach Heidelberg 1926, wo sie 1928 mit der Arbeit „Der Liebesbegriff bei Augustin. Versuch einer philosophischen Interpretation“ (1929) bei Karl Jaspers (1883-1969) zur Dr. phil. promoviert wurde.

1930 erhielt Arendt ein Stipendium der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft für ihre Forschungsarbeit „über das Problem der deutsch-jüdischen Assimilation, exemplifiziert an dem Leben der Rahel Varnhagen“, deren Ergebnisse sie erst 1958/59 veröffentlichte. Entscheidend für ihren weiteren Lebenslauf wurde damals die Wiederbegegnung mit Kurt Blumenfeld (1884-1963), dem Präsidenten der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, in Berlin. Für dessen Organisation hielt Arendt Vorträge und übernahm einen Rechercheauftrag in der Berliner Staatsbibliothek.

Der „Verbreitung von Greuelpropaganda“ verdächtigt, wurde Arendts Wohnung 1933 von der Gestapo durchsucht und sie selbst kurzzeitig inhaftiert. Danach floh sie illegal über die Tschechoslowakei in die Schweiz und weiter nach Paris, wo sich ihr Ehemann Günther (Stern) Anders (1902-1992) bereits aufhielt. Hier engagierte sie sich weiter im Rahmen zionistischer Politik. 1937 nahm Arendt ihre wissenschaftlichen Studien wieder auf, beendete das Rahel-Buch und trieb ihre Recherchen zu einer Geschichte des europäischen Antisemitismus voran. Nach den Pogromen 1938 in Deutschland verlagerte sich das Schwergewicht ihrer Tätigkeit erneut auf die Sozialarbeit, die Hilfe für jüdische Kinder und Erwachsene.

Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs kam Arendt im Mai 1940 als „feindliche Ausländerin“ in das Internierungslager Gurs, aus dem sie zu Freunden in Montauban im unbesetzten Frankreich floh und wo sie ihren zweiten Ehemann Heinrich Blücher (1899-1970) wiedertraf. Mithilfe ihres inzwischen in Kalifornien lebenden Ex-Ehemanns erhielten sie und Blücher 1941 Einreisevisen in die USA. Die deutschsprachige Zeitung „Aufbau“ und die Zeitschrift „Jewish Social Studies“ des an der Columbia University lehrenden Historikers Salo W. Baron (1895-1989) boten ihr erste Publikationsmöglichkeiten. Baron besorgte ihr zudem eine Anstellung im Rahmen der jüdischen Kulturrestitution. Für die 1949 gegründete „Jewish Cultural Reconstruction, Inc.“ arbeitete Arendt bis 1952, bevor sie als freiberufliche Autorin und institutionell ungebundene akademische Lehrerin tätig wurde.

Bekanntheit in den USA erwarb Arendt 1951 mit ihrem Buch „The Origins of Totalitarianism“, in dessen Anschluss sie ein Guggenheim-Stipendium (1952/53) mit der Möglichkeit zu freier wissenschaftlicher Arbeit sowie 1953 die Einladung zu einer Vortragsreihe der Christian Gauss Seminars an der Princeton University erhielt. 1955 ging sie als Visiting Full Professor in Political Science für ein Semester an die University of California nach Berkeley. Nach Jahren der jeweils semesterweisen Verpflichtung an weiteren Colleges und Universitäten nahm Arendt 1963 an der University of Chicago eine feste Stelle (mit reduzierter Lehr- und Präsenzpflcht) an und traf 1967 eine vergleichbare Vereinbarung mit der Graduate Faculty der New School for Social Research in

New York City, wo sie bis zu ihrem Tod als „University Professor“ wirkte.

Neben ihrer Tätigkeit als akademische Lehrerin arbeitete Arendt weiterhin schriftstellerisch. Dabei bemühte sie sich weiter, die Katastrophen des 20. Jahrhunderts – besonders Totalitarismus und Holocaust – zu verstehen und mischte sich mit Essays etwa über „Little Rock“ (1959), „Civil Disobedience“ (1970) und „Lying in Politics“ (1971) in aktuelle Debatten der US-amerikanischen Politik ein. Höhepunkt ihrer Laufbahn als „Public Intellectual“ wurde ihre Rede zur 200-Jahr-Feier der Unabhängigkeit der USA im Rahmen des Boston Bicentennial Forums, die am 20. Mai 1975 vom National Public Radio ausgestrahlt wurde. In diese Rede brachte sie ihre Erfahrungen mit dem „terrible century“ ihrer Lebenszeit ein und äußerte sich im Angesicht der Niederlage in Vietnam zur Krise der US-amerikanischen Republik.

In Westdeutschland, wohin sie mehrfach zu (Rundfunk-)Vorträgen reiste, wurde Arendt seit 1945 von Jaspers, Dolf Sternberger (1907–1989) und später Klaus Piper (1911–2000) gefördert und 1955 durch die deutsche Übersetzung ihres Totalitarismusbuchs bekannt. Auch wenn sie nicht in den Kreis der bundesrepublikanischen „Medien-Intellektuellen“ aufrückte, erhielt sie zunehmende öffentliche Aufmerksamkeit durch ihr Buch „Eichmann in Jerusalem“ (1963, deutsch 1964) und die damit verbundenen Auftritte, insbesondere das Gespräch mit Günter Gaus (1929–2004) in der Reihe „Zur Person“ des ZDF 1964.

Werk

Ihren Ruf als politische Theoretikerin und Philosophin verdankt Arendt drei Monografien: „The Origins of Totalitarianism“ (1951), „The Human Condition“ (1958) und „On Revolution“ (1963), die von ihr selbst ins Deutsche übertragen wurden: „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ (1955), „Vita activa oder Vom tätigen Leben“ (1960) und „Über die Revolution“ (1965). Die Bücher sind bis heute in beiden Sprachen erhältlich, nach einer je eigenen Veröffentlichungsgeschichte.

Das Totalitarismusbuch mit Beschreibung und Analyse der Systeme des Nationalsozialismus und Bolschewismus in seinem dritten Teil, das Vita-activa-Buch von der menschlichen Bedingtheit mit den Untersuchungen über die drei phänomenologisch unterschiedenen Tätigkeiten des „Arbeitens“, „Herstellens“ und „Handelns“ (Labor, Work, Action) wie das Revolutionsbuch, in dem der Vergleich der beiden großen Revolutionen des 18. Jahrhunderts, der amerikanischen (1775) und der französischen (1789), zur Klärung der grundsätzlichen Frage dient, „was eine Revolution tatsächlich ist“, sind Basistexte der Arendtschen politischen Theorie der menschlichen Pluralität, des Handelns und Urteilens, der republikanischen (partizipatorischen) Demokratie.

In diesen Werken zeigt sich die an Jaspers, Heidegger und Edmund Husserl (1859–1938) geschulte Philosophin mit einem jeweils eigenwilligen geistigen Zugriff, der sich keiner bestimmten Methode und keinem System unmittelbar zurechnen und die Fachdiskussionen weitgehend außer Acht lässt. Das gilt auch für zwei frühe deutschsprachige Arbeiten, in denen die Verwurzelung Arendts in der deutschen (Existenz-)Philosophie noch deutlich zutage tritt: ihre 1929 veröffentlichte Dissertation und die als „post-doctoral“-Projekt begonnene, in Paris fertiggestellte und 1958 veröffentlichte Studie über das Leben der Rahel Varnhagen (1771–1833) unter den Bedingungen der jüdischen Assimilation im Preußen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts mit ihren Erkenntnissen über

das Dasein als „Paria“ oder „Parvenü“.

Arendts Bericht über den Eichmann-Prozess, der 1963 in dem Magazin „The New Yorker“, kurz darauf als englische Buchausgabe und 1964 in autorisierter deutscher Übersetzung erschien, wurde ihr meist kommentiertes Werk und löste die sog. Arendt-Kontroverse aus. Obwohl inzwischen häufig widerlegt, halten sich bis in die Gegenwart die gegen den Bericht erhobenen Vorwürfe, v. a. gegen die biografische Darstellung Adolf Eichmanns (1906–1962) als „Funktionär“ eines totalitären Herrschaftsapparates und gegen die Ausführungen über die Rolle der offiziellen jüdischen Vertreter während des Holocaust. In Arendts Gesamtwerk nimmt „Eichmann in Jerusalem“ eine Mittel- (Vermittler-)Stellung zwischen dem frühen Totalitarismusbuch und den späten Reflexionen über das Denken und Urteilen ein. Das dem Erlebnis „Eichmann“ geschuldete, im Untertitel des Buchs erstmals in die Öffentlichkeit gelangte Schlagwort von der „Banalität des Bösen“ wurde zu einer geistigen Herausforderung, der Arendt im erst postum veröffentlichten Spätwerk, dem aus Gifford Lectures hervorgegangenen „The Life of the Mind“ (1978), nachging. Mit „Banalität des Bösen“ meint Arendt: Dieses Böse hat keine Tiefe, ist nicht radikal, nicht dämonisch; aber es ist in seiner Oberflächlichkeit extrem und „fürchterlich“ (fearsome). Die „Banalität des Bösen“ bezeichnet sie als „word-and-thought-defying“, im Grunde versage vor ihr das Wort, und das Denken scheitere an ihr. Umso intensiver müsse das Bemühen sein, diese Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen, um sich ihr entgegenstellen zu können.

Arendt sah den Essay als besonders geeignete literarische Form für ihre Art des Denkens an und pflegte ihn entsprechend. In Essays stellte sie v. a. „Exercises in Political Thought“ vor, Übungen im politischen Denken etwa zu den Themen „Geschichte“ und „Natur“, zu Begriffen wie „Autorität“, „Freiheit“, „Revolution“, „Macht“ und „Gewalt“ sowie zu Problemfeldern (Erziehung, Kultur, Religion, Wahrheit/Lüge). Sie nutzte den Essay auch, um sich in aktuelle US-amerikanische Debatten einzumischen. Zu Lebzeiten erschienen im englischen Sprachraum die Sammlungen „Between Past and Future“ (1961, erweitert 1968) und „Crises of the Republic“ (1972), zusätzlich die Porträt-Sammlung „Men in Dark Times“ (1968). Postum wurden zahlreiche umfängliche, das Gesamtwerk berücksichtigende englische und deutsche Ausgaben zusammengestellt.

Arendts umfangreiches Briefwerk wurde aus dem Nachlass veröffentlicht. Es unterstreicht das Bild einer breit vernetzten Schriftstellerin, öffentlichen Intellektuellen wie auch Freundin und Korrespondenzpartnerin von Blumenfeld, Heidegger, Karl Jaspers und seiner Ehefrau Gertrud Jaspers (1879–1974), Mary McCarthy (1912–1989), Hermann Broch (1886–1951), Uwe Johnson (1934–1984), Walter Benjamin (1892–1940), Gershom Scholem (1897–1982) und Dolf Sternberger (1907–1989) sowie Anne Weil (1903–1984), Hilde Fränkel (1897–1950), Lotte Beradt (1907–1986), Rose Feitelson (1914–2001) und Helen Wolff (1906–1994).

Wirkung

Arendt wirkte von den 1940er Jahren bis zu ihrem Lebensende in den USA als akademische Lehrerin der „Political Science“, wovon zahlreiche bisher nur teilweise veröffentlichte Vorlesungsmanuskripte in ihrem Nachlass zeugen. Als schulbildend verstand sie diese Tätigkeit nicht, ja wehrte sich ausdrücklich gegen sie, weil sie nicht „indoktrinieren“ wolle. Das bestätigen

ihre Studentinnen und Studenten Peter Stern, Jean Yarbrough, Elisabeth Young-Bruehl (1946-2011), Larry May (geb. 1952) und Jerome Kohn (geb. 1931), seit 2000 „Executor“ des Hannah Arendt Bluecher Literary Trust, in ihren Veröffentlichungen.

Wenn nicht schulbildend, so entfaltete Arendt doch besonders in den 1950er und 1960er Jahren eine Wirkung in Wissenschaft und Öffentlichkeit, die sich nach ihrem Tod von etwa Mitte der 1980er Jahre bis in die Gegenwart steigerte. Arendt hielt Distanz zur traditionellen akademischen (politischen) Philosophie und den empirischen Sozialwissenschaften und erwarb sich einen Ruf als streitbare Denkerin. Im deutschen Sprachraum wurde sie nach 1945 als Autorin der Zeitschrift „Die Wandlung“ bekannt. Ihr erster dort erschienener Artikel „Organisierte Schuld“ (1946) stieß auf große Resonanz in und außerhalb der akademischen Welt. Mit „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ (1955) und dem Essayband „Fragwürdige Traditionsbestände im politischen Denken der Gegenwart“ (1957) wurde sie über die Politikwissenschaft hinaus zur „Klassikerin“ der Totalitarismustheorie – auch deshalb, weil viele Vertreter der sich etablierenden Disziplin transatlantische Kontakte pflegten, so etwa Karl-Dietrich Bracher (1922-2016), Iring Fetscher (1922-2014), Jürgen Habermas (geb. 1929), Peter Graf Kielmannsegg (geb. 1937), Reinhart Koselleck (1923-2006), Peter C. Ludz (1931-1979), Kurt Sontheimer (1928-2005) und Sternberger. Im studentischen, eher linksorientierten Milieu der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre wurde sie dagegen weniger zur Kenntnis genommen oder nicht selten als „reaktionär“ angefeindet.

Eine auch „Renaissance“ genannte Rezeption begann in den 1980er Jahren mit Arendt-Lektüren hinter dem erodierenden Eisernen Vorhang (auch in der DDR) und deren internationalen Rückwirkungen. Spätestens seit den 1990er Jahren gilt Arendt jenseits und diesseits des Atlantiks als wichtige politische Denkerin des 20. Jahrhunderts und öffentliche Intellektuelle. Eine Verklärung als Idol blieb nicht aus. Zeitlich parallel lief die Entdeckung ihres Werks durch feministische Wissenschaftlerinnen sowie ihrer Gedanken zur Menschenrechtsproblematik (über „das Recht, Rechte zu haben“). Im Zuge der Herausgabe von Briefwechseln aus dem Nachlass weitete sich die Rezeption auf Arendts (privates) Leben aus. Die Veröffentlichung des „Denktagebuchs 1950-1973“ (2002) leitete eine weitere Phase ein. Arendts ungewöhnlicher Denkstil wurde auf neuer Grundlage ebenso thematisiert wie ihr Schreibstil. Mit dem Blick auf „Hannah Arendt und die Dichter“ öffneten sich im 21. Jahrhundert einmal mehr neue Zugänge für die Interpretation ihrer Schriften (literarische Texte als Quelle von Erfahrung und Erkenntnis).

Zahlreiche Institutionen berufen sich heute auf Arendt, so das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden (gegründet 1992), die ungarische Hannah-Arendt-Gesellschaft (1997), die Forschungsstelle Hannah-Arendt-Zentrum (mit Archiv) an der Universität Oldenburg (1999), das Hannah Arendt Center at the New School University, New York (2000) und das mit dem wöchentlichen Online-Newsletter „Amor Mundi“ international präsente The Hannah Arendt Center for Politics and Humanities am Bard College in Annandale-on-Hudson (2009). Auch in Südamerika gibt es Arendt-Forschungsinstitute, so an der Universität von São Paulo, an der katholischen Universität PUC in Rio de Janeiro und in Venezuela das Observatorium Hannah Arendt.

Mehrere internationale Periodika widmen sich der Verbreitung der Ergebnisse der Arendt-Forschung; mit dem Hannah-Arendt-Preis des Instituts für die Wissenschaft vom Menschen, Wien, und der Körber-Stiftung (verliehen 1995–1999) sowie dem Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken e.V., der seit 1995 von der Stadt Bremen und der Heinrich-Böll-Stiftung jährlich vergeben wird, wurden und werden ihr Denken, ihr Werk und deren bemerkenswerte Aktualität gewürdigt.

2. Wolf Biermann



Wolf Biermann siedelte bereits als Jugendlicher auf eigenen Wunsch in die DDR über und begann ab den frühen 1960er Jahren, Lieder und Gedichte zu schreiben, die sich auch kritisch mit der politischen und gesellschaftlichen Situation im sozialistischen Ostdeutschland befassten. Aus diesem Grund fand sich der Künstler zunehmend behördlichen Restriktionen ausgesetzt. 1963 wurde erstmals ein vorübergehendes Auftrittsverbot gegen ihn verhängt, nach der Veröffentlichung des Lyrikbandes *Die Drahtharfe* (1965) durfte Biermann ab Dezember 1965 weder öffentlich auftreten noch publizieren. 1968 veröffentlichte er seine erste Langspielplatte *Chausseestraße 131* deshalb in der Bundesrepublik. Der Fall Biermann entwickelte sich zusehends zu einem Politikum, mit dem sich schließlich auch die oberste Staatsführung befasste.

Nach einem öffentlich vielbeachteten Konzertauftritt des Künstlers in Köln erfolgte seine Ausbürgerung durch einen Beschluss des SED-Politbüros. Dieser Schritt führte zu weitreichenden Protesten zahlreicher Künstlerkollegen, von denen viele in der Folge ebenfalls die DDR verließen. Wolf Biermann, der sich bislang trotz aller Kritik als solidarischer Sozialist verstanden hatte, reagierte auf die Maßnahme bestürzt. Er ließ sich in seiner Geburtsstadt Hamburg nieder und veröffentlichte dort weiter Gedichte und Lieder, die sich immer wieder auch mit dem Thema der deutsch-deutschen Beziehungen auseinandersetzten. Nach dem Fall der Berliner Mauer reiste er am 1. Dezember 1989 erstmalig wieder in die DDR und gab dort am gleichen Tag ein Konzert in Leipzig. Biermann erhielt mehrere Auszeichnungen, darunter den Fontane-Preis der Stadt Berlin (1969), den Georg-Büchner-Preis (1991) und das Große Bundesverdienstkreuz (2006).

3. Konrad Adenauer

alternativer text

Konrad Adenauer (rechts), Imago Images ([InC](#))



Adenauer erhielt seine politische und weltanschauliche Prägung in der Wilhelminischen Ära, als er aus kleinen Verhältnissen durch Intelligenz, Talent, harte Arbeit und eine vorteilhafte Heirat in das rheinische Großbürgertum aufstieg. Er legte 1894 am Kölner Apostelgymnasium das Abitur ab. Eine anschließend begonnene Lehre im Bankhaus Seligmann brach er nach zwei Wochen ab und studierte Rechtswissenschaften in Freiburg im Breisgau, München und Bonn, wo er 1897 das Refendarexamen absolvierte; vier Jahre später folgte das Assessorexamen in Berlin. Während seiner Studienzeit war er Mitglied verschiedener katholischer Studentenverbindungen, darunter der KStV Arminia zu Bonn.

Nach kurzer Tätigkeit am Kölner Landgericht 1902/03 kam Adenauer über die Vertretung von Justizrat Hermann Kausen (1851–1917), einem führenden Kölner Zentrumspolitiker, an das dortige Oberlandesgericht. 1904 heiratete er Emma Weyer, Tochter des verstorbenen Direktors der Kölner Rückversicherung, Enkelin eines wohlhabenden Kölner Galeristen und langjährigen Stadtbaumeisters, Nichte des Kölner Oberbürgermeisters und späteren Reichspräsidenten Max Wallraf (1859–1941).

Kommunalpolitik in Köln

Durch Kausen eröffnete sich für Adenauer der Weg in die Kölner Kommunalpolitik, indem dieser ihn 1906 für die Stelle eines Beigeordneten im Kölner Stadtrat vorschlug. Drei Jahre später stieg Adenauer zum ersten Beigeordneten und Stellvertreter des Oberbürgermeisters auf. Zu seinem Zuständigkeitsbereich gehörte neben den Wahlangelegenheiten auf der Reichs-, Staats-, Provinzial- und städtischen Ebene die Steuerverwaltung, später auch die Lebensmittelversorgung. Während des Ersten Weltkriegs war dies wegen der britischen Seeblockade eine schwierige Aufgabe, die Adenauer zu lösen versuchte, indem er Vorräte anlegte und sich um Produkte aus Reis, Mais, Graupen und Soja als Ersatz für Kartoffeln und Fleisch kümmerte. Als fähiger Verwaltungsfachmann und geschickter Finanzpolitiker sicherte er seiner Heimatstadt zwischen 1912 und 1918 eine Anleihe von annähernd 80 Millionen Mark, die u. a. zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur wie dem Bau der Deutzer Rhein-Brücke, der Stadterweiterung und des Hafenausbaus genutzt wurde.

Auf diesen Erfolgen aufbauend, wurde Adenauer im September 1917 als Nachfolger des als Staatssekretär ins Reichsamt des Innern wechselnden Wallraf auf zwölf Jahre zum Oberbürgermeister gewählt. Im Alter von 41 Jahren war er das bis dahin jüngste Stadtoberhaupt Kölns und einer preußischen Großstadt überhaupt. Zu Beginn seiner Amtszeit sah er sich mit den Erschütterungen der Novemberrevolution und der bis 1926 andauernden Besatzung durch britische Truppen konfrontiert. Er hatte Kontakte zur Rheinlandbewegung und hielt eine Ausgliederung des Rheinlands aus dem preußischen Staat für denkbar, nicht aber die Abtrennung vom Reich. Sein Pragmatismus hinsichtlich der territorialen Gestalt der deutschen Republik brachte Adenauer damals und später Kritik und den Vorwurf des Separatismus ein.

In der Weimarer Republik erwies sich Adenauer als energischer und ideenreicher Stadtvater. Er zeichnete u. a. für große Projekte des genossenschaftlichen Wohnungsbaus und die Anlage des Grüngürtels auf dem Gelände der geschleiften preußischen Befestigungswerke verantwortlich. Die Ansiedlung der Ford-Werke, die Organisation von Großveranstaltungen wie der internationalen Medienschau „Pressa“ (1928) sowie die Anfänge der Westdeutschen Rundfunk A.G., die 1926 ihren Sendebetrieb in Köln aufnahm, gingen auf ihn zurück. Für die Wiederbegründung der 1798 unter französischer Herrschaft geschlossenen Universität setzte Adenauer sich ebenfalls ein: Am 29. Mai 1919 unterzeichnete er den Staatsvertrag mit Preußen zu deren Neugründung. Als Oberbürgermeister einer der reichsten Metropolen des Landes spielte Adenauer auch in der nationalen Politik eine Rolle: Von 1921 bis 1933 amtierte er, getragen von der Weimarer Koalition aus Zentrum, SPD und DDP, als Präsident des Preußischen Staatsrats. Zweimal war er als möglicher Reichskanzler im Gespräch, wusste aber einen Wechsel auf den Schleudersitz an der Spitze der Reichsregierung jeweils zu verhindern.

Nationalsozialismus

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde Adenauer im März 1933 als Oberbürgermeister abgesetzt, im April wurde ein Dienststrafverfahren gegen ihn eingeleitet, im Juli 1933 wurde er förmlich entlassen. Wenig später verlor er auch sein Amt als Präsident des Staatsrats. Zwischenzeitlich musste er fürchten, dass man ihm den Prozess machte. Seine Familie brachte er in diesen Wochen im Kölner Krankenhaus Hohenlind in Sicherheit. Er selbst versteckte sich für ein Jahr in der Abtei Maria Laach (Eifel) bei dem befreundeten Abt Ildefons Herwegen

(1874–1946). Im April 1934 zog er in den Potsdamer Vorort Babelsberg, um von dort in einem Gerichtsverfahren für seine Pensionsansprüche zu kämpfen. Im Zuge der Mordaktionen und Verhaftungswellen nach dem „Röhm-Putsch“ stand Adenauer einige Tage unter Arrest und lebte von Ende 1937 bis 1944 zurückgezogen in seinem Haus in Rhöndorf, ohne sich mit dem NS-Regime einzulassen, aber auch ohne intensivere Kontakte zu Widerstandskreisen. Dennoch wurde er nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 in ein Internierungslager in Köln-Deutz, später in ein Gefängnis der Geheimen Staatspolizei in Brauweiler verbracht, wo auch seine Frau inhaftiert war. Auguste Adenauer unternahm in der Haft einen Selbstmordversuch, dessen Folgen wahrscheinlich für ihren frühen Tod mitverantwortlich waren.

Nachkriegszeit: CDU-Parteipolitik und Bundeskanzleramt

Nach Kriegsende wurde Adenauer von der US-amerikanischen Militärregierung im Mai 1945 erneut als Kölner Oberbürgermeister eingesetzt. Die britische Militärregierung entthob ihn jedoch im Oktober wieder seines Amtes, unter etwas verworrenen, für den Betroffenen demütigenden Umständen. In der folgenden Zeit widmete sich Adenauer dem Aufbau der CDU in der britischen Besatzungszone und bereitete seine zweite politische Karriere vor. 1948 wurde er zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates gewählt, der mit der Ausarbeitung einer Verfassung für die drei deutschen Westzonen beauftragt war. Er galt jedoch vielen als Mann von vorgestern, der nicht das Deutschland der Nach-Hitler-Generation, sondern der Vor-Hitler-Zeit verkörpere.

In der Folgezeit wurde Adenauer zur prägenden politischen Gestalt der jungen Bundesrepublik. Von 1950 bis 1966 war er Vorsitzender der CDU. Von 1949 bis 1963 amtierte er als erster Bundeskanzler: Bei seiner ersten Wahl erhielt er im Bundestag 202 von 402 möglichen Stimmen – das Minimum für die absolute Mehrheit. Als Regierungschef etablierte er in der jungen Bundesrepublik, was später als „Kanzlerdemokratie“ bezeichnet wurde: Er bestimmte nach Artikel 65 des Grundgesetzes die Richtlinien der Politik, legte den Zuschnitt der Ressorts fest und entschied bei Streitigkeiten zwischen den Ministerien. Adenauers hervorgehobene Position fand ihren Ausdruck im Aufbau eines machtvollen Bundeskanzleramts als Regierungszentrale, das die Ministerien kontrollierte, bei ihrer Personalpolitik mitsprach und in Gesetzesvorhaben direkt eingriff. Dabei ließ der Kanzler auch zu (und profitierte davon), dass der für Auslandsspionage zuständige Bundesnachrichtendienst Adenauers innenpolitische Gegner SPD und FDP ausspähte und auf diese Weise unter ihm zu einem „Herrschaftselement der entfalteten Kanzlerdemokratie“ (Klaus-Dietmar Henke) wurde. Im Verhältnis zu den Siegermächten, die bis zur Aufhebung des Besatzungsstatuts 1955 die oberste Souveränität im Land innehatten und vor jeder wichtigen Entscheidung konsultiert werden mussten, erwies Adenauer sich als verlässlicher und durchsetzungsstarker Partner. Im Umgang mit dem Bundestag pflegte er einen patriarchalisch-obrigkeitlichen Stil.

Unter Adenauer etablierte sich die CDU als bestimmende Kraft in der Politik der Bundesrepublik. Grundlage ihrer Dominanz, die 1953 zum Wahlsieg und 1957 zur absoluten Mehrheit im Bundestag führte, war eine erfolgreiche Integrationspolitik. Mit dem Bemühen um einen Ausgleich zwischen Katholiken und Protestanten profilierte sie sich als überkonfessionelle Sammlungspartei. In ihren Hochburgen im Rheinland knüpfte sie organisatorisch an die Tradition der Zentrumsparterie an, distanzierte sich aber zugleich von deren ausschließlich katholischer Ausrichtung und wurde zur politischen Heimat für konservative, liberale und christlich-soziale Kräfte. Zugleich praktizierte die

Union unter Adenauer eine wirksame Koalitionspolitik innerhalb des bürgerlich-konservativen Lagers: In der ersten Legislaturperiode stützte sich der Kanzler auf ein Bündnis aus CDU, CSU, FDP und Deutscher Partei (DP), das nach der zweiten Bundestagswahl 1953 noch um den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) als Interessenvertretung der Flüchtlinge aus dem Osten erweitert wurde. Den Umgang mit der NS-Vergangenheit kennzeichneten während Adenauers Kanzlerschaft ein scharfer ideologischer Bruch einerseits und eine Praxis sozialer Reintegration und rechtlicher Amnestierung andererseits, die ehemalige Mitläufer des Regimes ebenso umfasste wie überzeugte Nationalsozialisten. Sinnbildlich dafür stand Hans Globke (1898–1973), von 1932 bis 1945 Ministerialbeamter im Reichsinnenministerium und dort Mitarbeiter an den Nürnberger Rassegesetzen. Obwohl Adenauer die Vergangenheit Globkes kannte, hielt er gegen teils heftige zeitgenössische Kritik an ihm fest, weil er dessen Kompetenz, Effizienz und Loyalität schätzte.

Als wichtigstes Unterscheidungsmerkmal zur Sozialdemokratie hatte sich schon vor der Gründung der Bundesrepublik die Frage der Wirtschaftsordnung herauskristallisiert. Diese wurde von Adenauer und seinem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (1897–1977) auf die Formel „bürokratische Planwirtschaft gegen soziale Marktwirtschaft“ zugespitzt. Bei der Ausgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung blieb Adenauer auf sozialen Ausgleich bedacht, wie sich 1951 beim Mitbestimmungsgesetz in der Montanindustrie und 1952 beim Lastenausgleich zeigte: Im ersten Fall stimmte er zu, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den Aufsichtsräten der Ruhrkonzerne paritätisch vertreten waren, im zweiten Fall machte er sich für Abgaben auf Vermögen, Hypotheken- und Kreditgewinne stark, die den Opfern von Kriegsschäden und Vertreibung zugutekommen sollten.

Außenpolitik

In den Außenbeziehungen der jungen Bundesrepublik hielt Adenauer US-amerikanische Unterstützung für die Grundvoraussetzung erfolgreicher Politik. Er akzeptierte die Machtlosigkeit der Deutschen als Ausgangsbasis seiner Politik und sah in der Konstellation des Ost-West-Konflikts eine Chance, diese Position zu verbessern. Während die SPD unter Kurt Schumacher (1895–1952) alliiertes Entgegenkommen erwartete, ehe eine Zusammenarbeit für sie infrage kam, war Adenauer bereit, Diskriminierungen in Kauf zu nehmen und selbst Vorleistungen zu erbringen, um stückweise auf dem Weg zur Gleichberechtigung voranzukommen, die Fesseln des Besatzungsstatuts abzustreifen und möglichst viel staatliche Souveränität für die Bundesrepublik zu gewinnen. Seine Regierung erreichte auf diesem Wege sowohl die Pariser Verträge zur Beendigung des Besatzungsregimes (23.10.1954) und den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO (6.5.1955) als auch die Zustimmung der Westalliierten zum Aufbau der Bundeswehr, deren erste Rekruten im November 1955 vereidigt wurden.

Die europäische Einigung bildete die zweite Säule von Adenauers Außenpolitik. Die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik sollte in europäische Institutionen eingebunden werden, um sie mit den Interessenlagen Frankreichs und anderer europäischer Staaten in Einklang zu bringen. Auf dem Feld der Verteidigung misslang dies, als die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in der französischen Nationalversammlung Ende August 1954 am vereinigten Widerstand von Kommunisten und Gaullisten scheiterte. Es glückte jedoch auf dem Gebiet der Schwerindustrie mit

dem sog. Schuman-Plan vom 9.5.1950. Die Vergemeinschaftung von Kohle und Stahl sollte dazu dienen, künftige Kriege zu verhindern und insbesondere französische Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen. Der im April 1951 unterzeichnete Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), dem neben Frankreich und der Bundesrepublik auch Italien und die Benelux-Staaten beitraten, diente als Vorbild für ähnlich strukturierte Einigungen in der Atomwirtschaft (Europäische Atomgemeinschaft, EURATOM) und beim Handel in einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG); beide Institutionen wurden in den Römischen Verträgen vom März 1957 festgeschrieben, die zum 1.1.1958 in Kraft traten.

Im Verhältnis zum Osten setzten Adenauers Regierungen auf eine Politik der Stärke: Die Bundesrepublik sollte mit westlicher Hilfe politisch und ökonomisch so potent werden, dass die Sowjetunion von einer weiteren aggressiven Expansion abgehalten und zur Preisgabe ihrer Zone genötigt werden konnte. Die Wiedervereinigung blieb das zentrale Ziel. Adenauer war jedoch überzeugt, die Einheit dürfe nicht um den Preis westdeutscher Freiheit oder der Verankerung im Westen erkaufte werden. Daher stand er dem sowjetischen Angebot, durch Neutralisierung ein entmilitarisiertes Gesamtdeutschland zu schaffen, wie es in der Stalin-Note vom März 1952 vorgebracht wurde, ablehnend gegenüber. Unter seiner Führung beharrte die Bundesrepublik darauf, die Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs angetreten zu haben, und leitete daraus einen Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland ab. Um diesen durchzusetzen, formulierte die Regierung 1955 eine nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Walter Hallstein (1901-1982) benannte Doktrin, der zufolge die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anderer Staaten zur DDR als „unfreundlicher Akt“ gewertet wurde.

Die Hallstein-Doktrin war notwendig geworden, nachdem die Bundesregierung 1955 diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufgenommen hatte und damit Gefahr lief, die von Moskau vertretene „Zwei-Staaten-Theorie“ in Bezug auf Deutschland anzuerkennen. Dennoch reiste Adenauer im September 1955 auf Einladung der Sowjetunion nach Moskau, weil ihm bewusst war, dass ohne die UdSSR keine Fortschritte in der Wiedervereinigungsfrage erzielt werden konnten. Vor allem aber wurden immer noch tausende deutsche Kriegsgefangene und zivile Verschleppte in der Sowjetunion vermisst. Nach zähen Verhandlungen erlaubte die Moskauer Führung nach Adenauers Besuch knapp zehntausend Kriegsgefangenen sowie rund 20 000 Zivilisten die Rückkehr nach Deutschland. Die Zeitgenossen sahen darin den größten Triumph seiner Kanzlerschaft.

Endphase der Kanzlerschaft

Mit dem Bau der Berliner Mauer durch das SED-Regime am 13.8.1961 wurden die Grenzen von Adenauers Politik deutlich. Der Kanzler versuchte, sich vorsichtig an die neuen Gegebenheiten anzupassen, ohne die Grundzüge seiner bisherigen Strategie, v. a. der Nichtanerkennung und politischen Isolierung der DDR, aufzugeben. Die Westpolitik wurde ebenfalls schwieriger. Seit Ende der 1950er Jahre waren bei Adenauer Sorgen über den Kurs der USA gewachsen. Er erkannte, dass in der atomaren Aufrüstung und der gegenseitigen nuklearen Vernichtungskapazität der Supermächte ein Anreiz für eine auf Entspannung gerichtete Politik angelegt war, und hielt diese Tendenzen für bedrohlich. Alarmiert reagierte er auf die neue Nukleardoktrin der Kennedy-Administration, mit der die NATO in die Lage versetzt werden sollte, flexibel auf Angriffe des Ostblocks zu reagieren. Adenauer fürchtete, Deutsche und Westeuropäer sollten künftig die Hauptlast eines konventionell geführten Krieges tragen, während sich die USA jenseits des

Atlantiks hinter der Sicherheit ihrer Atomwaffen verschanzten.

Im französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle (1890–1970) erblickte Adenauer einen Verbündeten in seinem Kampf gegen US-amerikanische Entspannungstendenzen. Die Beziehungen zu Frankreich gewannen für ihn auch in dieser Hinsicht entscheidende Bedeutung. Ergebnis war im Januar 1963 der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Élysée-Vertrag), der regelmäßige Konsultationen der Staats- und Regierungschefs sowie ihrer Außen- und Verteidigungsminister zur Koordinierung der politischen Positionen beider Länder vorsah. Innerparteiliche Gegner einer einseitig auf Frankreich ausgerichteten Politik, wie Wirtschaftsminister Erhard oder Außenminister Gerhard Schröder (1910–1989), sorgten jedoch dafür, dass der Bundestag dem Vertrag eine Präambel voranstellte, die explizit auf die enge Partnerschaft zu den USA, eine mögliche Erweiterung der EWG um Großbritannien und das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) abhob.

Der Élysée-Vertrag war Adenauers letzte große Errungenschaft. Seit Ende der 1950er Jahre war in der CDU immer vernehmlicher über die Zeit nach ihm diskutiert worden. In der Präsidentschaftskrise 1959 machte er keine gute Figur, als er einen Wechsel in das Bundespräsidentenamt öffentlich bekannt gab, dann aber die Ankündigung zurückzog, weil er bemerkte, dass er damit dem ungeliebten Erhard den Weg ins Kanzleramt ebnen würde. Noch höhere Wellen schlug die „Spiegel“-Krise im Herbst 1962, als die Bundesanwaltschaft die Redaktionsräume des Hamburger Nachrichtenmagazins durchsuchen und den Herausgeber Rudolf Augstein (1923–2002) sowie mehrere Redakteure festnehmen ließ. Der Kanzler geriet dabei derart in die Kritik, dass er sich gezwungen sah, seinen Rücktritt für den Herbst des folgenden Jahres anzukündigen.

Am 15.10.1963 schied Adenauer aus dem Amt. In den folgenden Jahren stellte er drei Bände seiner Memoiren fertig, ein weiterer war in Vorbereitung und wurde 1968 postum veröffentlicht. Den Vorsitz der CDU hatte er bis 1966 inne, Bundestagsabgeordneter blieb er bis zu seinem Tod. An dem Staatsbegräbnis nahmen außer dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle und dem ehemaligen US-Präsident Dwight D. Eisenhower (1890–1969) zwölf Regierungschefs, zudem Außenminister und Botschafter aus insgesamt 180 Staaten teil.

Bilanz und Nachwirkungen

Als Adenauer aus dem Amt schied, war sein Ansehen auf einem Tiefpunkt. Die Zeitgenossen kritisierten seinen herablassenden Umgang mit dem Bundestag, fehlendes Engagement in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie ein unzeitgemäßes Demokratieverständnis, wie es etwa in dem erbittert geführten „Kampf ums Kanzleramt“ (Daniel Koerfer) gegen seinen Nachfolger Erhard zum Ausdruck kam. Jüngeren Generationen erschienen die 1950er Jahre nun als „bleierne Zeit“ konservativer Restauration, gegen deren obrigkeitsstaatliche Überhänge Willy Brandt (1913–1992) und seine sozial-liberale Koalition „mehr Demokratie wagen“ wollten.

Das Prestige des ersten Bundeskanzlers blieb jedoch nicht lange auf dem schlechten Stand der 1960er und frühen 1970er Jahre. Anlässlich seines hundertsten Geburtstags galt er 1976

weitgehend unumstritten als wichtigster Gründungsvater der westdeutschen Republik. Auch ein großer Teil der politischen Linken machte postum ihren Frieden mit ihm. Nach dem Umbruch 1989/90 sahen Kritiker der Wiedervereinigung in Adenauer den Verfechter einer dezidiert anti-nationalen Politik, die der Westbindung und der europäischen Integration Vorrang vor der deutschen Einheit eingeräumt habe. Andere behaupteten hingegen, der Zusammenbruch des Ostblocks und die bedingungslose Angliederung der DDR an die Bundesrepublik habe genau jener Politik der Stärke entsprochen, auf die Adenauers Deutschlandpolitik vertraut hatte.

Die drei Jahrzehnte nach 1989/90 brachten eine gewisse Relativierung der Bedeutung Adenauers durch die zeitliche Entfernung von der Phase der bipolaren Welt und des geteilten Deutschland sowie durch die Expansion der Europäischen Union weit über das karolingische Westeuropa hinaus, das Adenauer vorgeschwebt hatte. Gleichzeitig wuchs die Distanz zu den USA, das atlantische Bündnis verlor zwischenzeitlich an Substanz. Auch im Innern gab es größere Veränderungen u. a. durch den Beitritt der DDR, durch steigende Arbeitslosigkeit und den Umbau des Sozialstaats, der in der Adenauer-Ära ausgebaut worden war, mit den Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der rot-grünen Koalition nach 1998.

Seit einigen Jahren erfolgt wieder eine Relativierung dieser geschrumpften Bedeutung Adenauers: Der deutsche Sozialstaat suchte durch die Agenda 2010 teilweise Eigenschaften wie Lohnzurückhaltung und Arbeitsbereitschaft einzufordern, die sich mit dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands in der Ära Adenauer verbanden. Die russische Invasion in die Ukraine im Februar 2022 hat das transatlantische Bündnis wiederbelebt und lässt einen neuen Kalten Krieg und eine neuerliche Spaltung Europas mit einem neuen Eisernen Vorhang einige hundert Kilometer weiter östlich möglich erscheinen.

4. Werner Karl Heisenberg



1901 – 1976

Theoretischer Physiker

Werner Heisenberg war einer der wichtigsten Physiker des 20. Jahrhunderts. 1925 begründete er die Quantenmechanik und trug mit seiner Unschärferelation (1927) wesentlich zur Deutung dieser Theorie bei. Er war einer der Begründer der Quantenfeldtheorie und der Kernphysik. Während des Zweiten Weltkriegs leitete er die Kernforschung im nationalsozialistischen Deutschland. Nach 1945 war er als Wissenschaftsorganisator führend beim Wiederaufbau der Wissenschaften in der Bundesrepublik.

Ausbildung

1910 zog Heisenberg mit seiner Familie nach München, wo er das von seinem Großvater geleitete Maximiliansgymnasium besuchte. Für den Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg zu jung, beteiligte er sich 1919 als Freiwilliger an der Niederschlagung der Münchner Räterepublik, ohne an Kampfhandlungen teilzunehmen.

Nach dem Abitur 1920 studierte Heisenberg Physik an der Universität München und wurde hier 1923 bei Arnold Sommerfeld (1868–1951) mit einer Dissertation, die sich mit dem Problem der Turbulenz beschäftigte, zum Dr. phil. promoviert. Im Herbst 1923 trat er eine Stelle als Assistent bei Max Born (1882–1970) an der Universität Göttingen an, habilitierte sich im Sommer 1924 mit einer Arbeit zum Zeeman-Effekt für Theoretische Physik und erhielt nach einem kurzen Besuch im Frühjahr 1924 von

Niels Bohr (1885–1962) das Angebot, mit einem Stipendium nach Kopenhagen zu kommen. Von Born freigestellt, blieb Heisenberg von September 1924 bis April 1925 an Bohrs Institut.

Heisenberg in Göttingen, Kopenhagen und Leipzig

Zurück in Göttingen, beschäftigte sich Heisenberg mit der Berechnung von spektralen Intensitäten, eine Fragestellung, die ihn zur Quantenmechanik führte. Anfang Juni 1925 brach er zu der legendenumwobenen Reise nach Helgoland auf, während der er weitere Durchbrüche auf dem Weg zur Quantenmechanik erzielte. Am 9. Juli vollendete Heisenberg, wieder in Göttingen, das Manuskript „Über quantentheoretische Umdeutung kinematischer und mechanischer Beziehungen“ (publiziert im September 1925), mit dem die Quantenmechanik begründet wurde.

In der rasanten Entwicklung der Quantenmechanik zwischen 1925 und 1927 spielte Heisenberg eine zentrale Rolle. Noch 1925 verfasste er mit Born und Pascual Jordan (1902–1980) die sog. Dreimännerarbeit, in der die von Born und Jordan auf Grundlage von Heisenbergs Umdeutung entwickelte Matrizenmechanik zu einer allgemeineren Theorie weiterentwickelt wurde, mit der sich im Prinzip beliebig komplizierte mechanische Systeme quantentheoretisch behandeln ließen. Im Frühjahr 1926 trat Heisenberg auf Einladung Bohrs eine Stelle in Kopenhagen an. Hier schrieb er grundlegende Arbeiten zur Anwendung der Quantenmechanik auf Mehrkörperprobleme, wie das Helium-Atom. Aus der quantenmechanischen Analogie zwischen den Zweielektronensystemen Helium-Atom und Wasserstoff-Molekül schloss Heisenberg, dass es nicht nur Ortho- und Parahelium, sondern auch Ortho- und Para-Wasserstoff-Moleküle gebe. Diese 1929 bestätigte Vorhersage allotroper Formen des Wasserstoffs lieferte die offizielle Begründung für die Zuerkennung des Nobelpreises für Physik 1933 nachträglich für das Jahr 1932. Heisenberg war in Kopenhagen zentral an der Debatte über die Interpretation der Quantenmechanik beteiligt, die sich in der Auseinandersetzung mit Erwin Schrödingers (1887–1961) Wellenmechanik ergab. Heisenbergs wichtigster Beitrag hierzu waren die Unbestimmtheitsrelationen, die er Anfang 1927 aufstellte (auch als Unschärferelationen oder Unschärferelation bekannt).

Im November 1927 nahm Heisenberg einen Ruf als ordentlicher Professor für Theoretische Physik an die Universität Leipzig an. Mit grundlegenden Beiträgen zu Quantenfeldtheorie und Kernphysik etablierte er, mit dem 1929 dorthin berufenen Friedrich Hund (1896–1997), Leipzig als neues Zentrum quantentheoretischer Forschung. Sein erster Doktorand war 1928 der spätere Nobelpreisträger Felix Bloch (1905–1983). Zu weiteren Schülern zählen Edward Teller (1908–2003) und Carl Friedrich von Weizsäcker (1912–2007).

Heisenberg in der Zeit des Nationalsozialismus

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme setzte sich Heisenberg gegen die Entlassungen von Physikprofessoren im Rahmen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ und gegen die Übernahme wichtiger Posten durch Vertreter der „Deutschen Physik“ ein. Ansonsten hielt er sich von politischen Fragen fern. Eine Berufung an die Universität München wurde durch die politisch motivierte Ablehnung der Theoretischen Physik verhindert; Angebote für Professuren in den USA, wo er im Sommer 1939 auf Vortragsreise war, lehnte er ab. Im Kontext des Münchner

Berufungsverfahren im Juli 1937 wurde Heisenberg von Vertretern der „Deutschen Physik“ in der Wochenzeitung der SS „Schwarzer Korps“ als Vertreter der Physik Albert Einsteins (1879–1955) scharf angegriffen. Nach einem Brief Heisenbergs an Heinrich Himmler (1900–1945) erfolgte eine langwierige Untersuchung durch die SS, in deren Rahmen Heisenberg im Gestapo-Hauptquartier verhört und am Ende als unpolitischer Akademiker eingestuft wurde. Himmler unterband weitere Angriffe auf ihn. Heisenberg wurde nahegelegt, in der Lehre die Nennung Einsteins Namen und anderer jüdischer Physiker zu unterlassen.

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde Heisenberg zum unter der Ägide des Heereswaffenamts stehenden „Uranverein“ abkommandiert. Bereits im Winter 1939/40 verfasste er zwei Geheimberichte mit Beiträgen zur Theorie des Kernreaktors und Bemerkungen zu Kernwaffen. In den folgenden Jahren betreute er experimentelle Reaktorforschung in Leipzig, später am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Berlin, an das er als Direktor zum Juli 1942 berufen wurde. Es wurde kein funktionierender Reaktor fertiggestellt. In den letzten Kriegsjahren schrieb Heisenberg grundlegende theoretische Arbeiten zur Streutheorie, die mit Kernspaltung nichts zu tun hatten.

Heisenbergs Arbeit während des Kriegs wird in der Forschung kontrovers diskutiert. Mark Walker (geb. 1959) vertritt die Ansicht, dass eine Atombombe für das Deutsche Reich außer Reichweite gewesen wäre; in dieser Gewissheit hätten die Physiker um Heisenberg ohne weitere moralische Skrupel zur Kernspaltung geforscht. Andere argumentieren, dass die Fertigstellung einer Atombombe durchaus möglich gewesen wäre, aber dass Heisenberg vor 1945 die Physik der Atombombe nicht durchdrungen hätte. Doch auch hier herrscht Uneinigkeit über die Ursachen von Heisenbergs Ahnungslosigkeit: Paul Rose (geb. 1944) führt diese auf Inkompetenz und Überheblichkeit zurück, Manfred Popp (geb. 1941) auf Heisenbergs Unwillen, die Bombe zu bauen.

Wegen der Bombardierung Berlins zog das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik seit Ende 1943 schrittweise nach Hechingen auf der Schwäbischen Alb um. Im April 1945 floh Heisenberg nach Urfeld (Oberbayern), wo sich seine Familie aufhielt. Anfang Mai wurde er, als einer der letzten führenden deutschen Kernphysiker, im Rahmen der US-amerikanischen Alsos-Mission verhaftet und nach zwei Monaten an verschiedenen Internierungsorten in Frankreich und Belgien mit Kollegen an den britischen Geheimdienst übergeben, der sie im Landsitz Farm Hall in Cambridgeshire unterbrachte. Hier wurden die Gespräche der zehn Internierten systematisch abgehört. In Farm Hall erfuhren diese auch vom Abwurf der Atombombe auf Hiroshima, womit offensichtlich wurde, dass die US-amerikanischen Forscher viel weiter gekommen waren als der Uranverein.

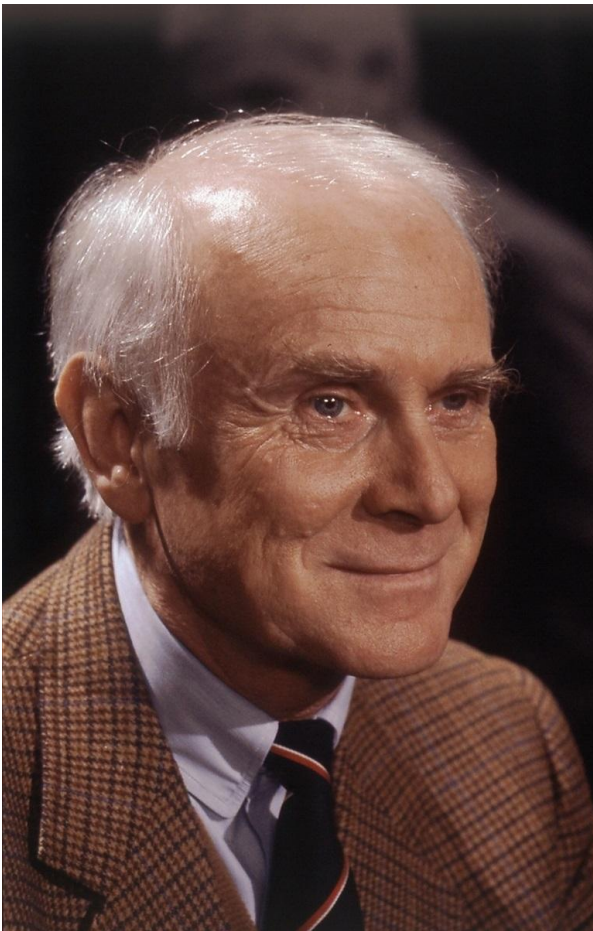
Heisenberg in der Bundesrepublik

Anfang 1946 wurden Heisenberg und seine Kollegen in die britische Besatzungszone geflogen und freigelassen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut (bald darauf: Max-Planck-Institut für Physik) wurde mit Heisenberg als Direktor in Göttingen wiederaufgebaut. In den folgenden Jahrzehnten widmete er sich seiner nicht-linearen Spinortheorie, die eine vereinheitlichte Theorie der Elementarteilchen sein sollte und von den Medien als „Weltformel“ bezeichnet wurde. Dieser Versuch gilt als gescheitert, antizipierte jedoch einige Ideen des späteren Standardmodells der Teilchenphysik, wie spontane Symmetriebrechung oder Confinement.

Obwohl Heisenberg wissenschaftlich nicht mehr an frühere Erfolge anknüpfen konnte, wurde er zu einer der wichtigsten Personen der Wissenschaftspolitik der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik, z. B. 1949 als Vorsitzender des Deutschen Forschungsrats, einem der Vorläufer der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Als Gründungspräsident der Alexander von Humboldt-Stiftung (1953) machte er sich um die Internationalisierung der bundesdeutschen Physik verdient. 1957 war Heisenberg Mitunterzeichner der „Göttinger Erklärung“, mit der führende Wissenschaftler erfolgreich gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik protestierten.

1958 zog das Max-Planck-Institut für Physik auf Heisenbergs Betreiben nach München um, wo er bis 1970 als Professor für Physik an der Universität wirkte. 1969 veröffentlichte er die Autobiografie „Der Teil und das Ganze“, die zu einem Bestseller wurde. Heisenberg war einer der bedeutendsten Wissenschaftler des 20. Jahrhunderts. Er war nicht nur an der Entstehung der Quantenmechanik zentral beteiligt, sondern prägte ihre Weiterentwicklung und Interpretation über Jahrzehnte. Auch seine philosophischen Betrachtungen, in denen er die Quantenmechanik mit altgriechischer Naturphilosophie und einer Kritik der Moderne verband, stießen v. a. in der Bundesrepublik auf große Resonanz.

5. Lorient (eigentlich Bernhard-Viktor Christoph-Carl von Bülow)



1923 – 2011

Humorist, Zeichner, Schauspieler, Drehbuchautor, Regisseur

Loriot ist einer der bedeutendsten deutschen Humoristen des 20. Jahrhunderts. Sein Werk gilt als satirischer Spiegel der Alltagskultur der Bundesrepublik. In der Nachkriegszeit als Zeichner tätig, wurde er seit den 1960er Jahren als Moderator, Schauspieler, Regisseur und Autor von Sketchen einem breiten Fernsehpublikum bekannt. Seine größten Erfolge waren die Fernsehserien „Cartoon“ (1967–1972) und „Loriot“ (1976–1978) sowie die Kinofilme „Ödipussi“ (1988) und „Pappa ante portas“ (1991).

Kindheit und Kriegsdienst

Loriot, geboren als Vicco von Bülow in Brandenburg an der Havel, wuchs seit 1927 bei seiner Großmutter und seit 1933 bei seinem Vater in Berlin auf, wo er das humanistische Gymnasium (heute Schadow-Gymnasium) in Zehlendorf besuchte. 1938 zog die Familie nach Stuttgart, wo Loriot 1941 das Notabitur ablegte. Im August 1941 trat er in die Wehrmacht ein und schlug, der Familientradition entsprechend, eine Offizierslaufbahn ein, die ihn während des Zweiten Weltkriegs bis in den Rang eines Oberleutnants in einem Panzergrenadierregiment an der Ostfront führte. Nach Kriegsende arbeitete er als Holzfäller in Einbeck (Harz) und in Markoldendorf bei Northeim, ehe er am Gymnasium Corvinianum in Northeim das reguläre Abitur nachholte.

Anfänge als Cartoonist

Seit 1947 studierte Loriot Kunst an der Landeskunstschule (heute Hochschule für Bildende Künste) in Hamburg, wo Willem Grimm (1904–1986) und Alfred Mahlau (1894–1967) seine Lehrer waren. 1948 publizierte er erste grafische Arbeiten; 1949 verließ er die Kunstschule und nahm sein berühmtes Pseudonym Loriot an, das auf den Wappenvogel der Familie von Bülow, den Pirol (franz. „Loriot“), verweist.

Nach dem Studium fertigte Loriot zum Broterwerb Werbegrafiken und kleine Illustrationen für Zeitungen und Zeitschriften an. Humoristische Zeichnungen erschienen seit 1950 in der Zeitschrift „Die Straße“ und dem Wochenmagazin „Stern“. Die frühen Arbeiten für den „Stern“ sowie die auf dem Verkehrte-Welt-Prinzip beruhenden Cartoons der Serie „Auf den Hund gekommen“ zeigen Hunde, die menschliche Handlungen vollführen, während den Menschen tierisches Verhalten zugeschrieben wurde. Dieses satirische Rollenspiel trug ihm heftige Proteste aus der Leserschaft ein, weil die Darstellungen, wie es u. a. hieß, geschmacklos und menschenunwürdig seien, woraufhin die Serie 1953 eingestellt wurde. Für die Kinderseite des „Stern“ erfand Loriot den Comicstrip „Reinhold das Nashorn“. Die Texte zu dieser beliebten, 17 Jahre lang gedruckten Serie schrieb Wolf Uecker (1921–1999). Loriots grafische Erfolge mündeten 1954 in einer lebenslangen publizistischen Verbindung mit dem Verleger Daniel Keel (1930–2011) und dessen Diogenes Verlag. 1954 wechselte Loriot zu dem von Theodor Martens (1897–1973) 1948 gegründeten Verlag Th. Martens & Co. Seitdem publizierte er erfolgreiche humoristische Zeichnungsserien in den Zeitschriften „Weltbild“ und „Quick“ und wandte sich auch wieder der Werbegrafik zu.

Loriot in Film und Fernsehen

1957 verpflichtete der Süddeutsche Rundfunk Lorient für kleine Fernsehengagements und -auftritte in verschiedenen Shows. Auch Nebenrollen in Kinofilmen nahm er an. Seit 1967 präsentierte Lorient in der Fernsehserie „Cartoon“ des Süddeutschen Rundfunks Zeichentrickfilme aus aller Welt, später flossen eigene Cartoon-Sketches und sog. Realfilme ein, womit Lorient zum Zeichner, Regisseur und Darsteller der Serie wurde. Nach einer einzelnen Folge der Sendung „Lorient's Telecabinet“ (1974) produzierte er mit Radio Bremen die Serie „Lorient“, die von 1976 bis 1978 in der ARD ausgestrahlt wurde. In Evelyn Hamann (1942–2007) fand der Humorist für dieses Format die ideale Filmpartnerin und Ko-Moderatorin auf dem ikonisch gewordenen grünen Sofa.

Lorient's erfolgreiche Kinofilme „Ödipussi“ (1988) und „Pappa ante portas“ (1991) setzten seine Sketches im Filmformat fort. Sie vereinten Hamann und Lorient als Protagonisten, die sich in ihrem bürgerlichen Alltag eingerichtet zu haben scheinen, aber durch eine biografische Veränderung vor Herausforderungen mit überspitzt-komischen Konsequenzen gestellt werden: Paul Winkelmann, genannt Pussi, lernt in „Ödipussi“ die Liebe in Gestalt der Psychologin Margarethe Tietze kennen. In „Pappa ante portas“ findet sich Heinrich Lohse unversehens im Ruhestand wieder und stellt das Leben seiner Familie auf den Kopf. Die Filme orientieren sich an der episodischen Komödien-Struktur einer Romantic Comedy und sezieren ironisierend den kleinbürgerlichen Alltag. Weitere populäre Fernsehereignisse waren Lorient's Sendungen zu seinen runden und halbrunden Geburtstagen, die seit 1983 mit einer gerahmten Sketch-Revue begangen wurden.

Operninszenierungen und Sachbücher

Nachdem Lorient sich mit „Der Karneval der Tiere“ (1975) und „Peter und der Wolf“ (1982) eigene Adaptionen klassischer Musik erarbeitet hatte, wandte er sich zum Ende der Fernseh-Sketches in den 1980er Jahren dem Operngenre zu. Er inszenierte Friedrich von Flotows (1812–1883) „Martha“ am Staatstheater Stuttgart (1986), Carl Maria von Webers (1786–1826) „Freischütz“ im Schlosstheater Ludwigsburg (1988) und entwarf eine komisch-kommentierende Version von Richard Wagners (1813–1883) „Ring“ (1992). Ein weiterer Bestandteil von Lorient's Werk sind zahlreiche Ratgeber-Bücher, die er seit den 1950er Jahren publizierte. Darin werden auf humorvolle Weise Benimmregeln und Alltagstipps in Wort und Bild zusammengestellt.

Summe des Lebenswerks

Seit Anfang der 2000er Jahre befasste sich Lorient mit der Sammlung und Herausgabe seines Gesamtwerks. Die „Vollständige Fernsehedition“ (2007) vereinte mit wenigen Ausnahmen sein gesamtes Fernsehwerk, Sketches, Cartoons und Moderationen. Texte versammelt der Band „Gesammelte Prosa“ (2006), einen Überblick über das Cartoonwerk bieten die „Gesammelten Bildergeschichten“ (2008).

Lorient's Werk blieb in der Bundesrepublik v. a. in den wiederholt ausgestrahlten Fernseh- und Kinofilmen und Sketchen, in Neuauflagen seiner Bücher und durch eine unübersehbare Menge von Merchandise-Produkten mit den charakteristischen Knollennasennmenschen präsent. Darüber hinaus gingen zwei Arten von Verweisen auf sein Werk in die mündliche und schriftliche Alltagskultur ein. Einerseits sind dies einzelne, unauffällig scheinende Zitate wie „Ach was“, „Früher war mehr Lametta“ und „Mein Name ist Lohse, ich kaufe hier ein“. Solche charakteristischen

Phrasen werden von der situativen Begegnung zwischen zwei Unbekannten bis in das Feuilleton als Lorient-Verweise verwendet und verstanden. Andererseits findet sich auch die Diagnose verbreitet, etwas sei „wie bei Lorient“ oder „lorienthaft“.

Lorient's Wirken in die Alltagskultur wird auch an der Reihe der berühmten Tiere aus allen von ihm bespielten Disziplinen deutlich: Waren die menschlichen Hunde in der Bundesrepublik der 1950er Jahre noch ein Grund für harsche Kritik, so sind „Reinhold das Nashorn“, Wum und Wendelin, seine Adaption der Suite „Der Karneval der Tiere“, die Cartoon-Ente des Dr. Klöbner, die versteckte Steinlaus im medizinischen Wörterbuch „Psyhyrembel“ und nicht zuletzt Lorient's Möpse unvergessen.

6. Erich Honecker



Erich Honecker war von 1971 bis 1976 Erster Sekretär und von 1976-1989 schließlich Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Zugleich war er Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates und von 1976 bis 1989 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

Geboren wurde Erich Honecker in Wiebelskirchen (Neunkirchen) am 25.8.1912 als Sohn des Bergmanns Wilhelm Honecker (1881-1969) und dessen Frau Caroline Weidenhof (1883-1969). Sein Vater, zunächst Parteimitglied der SPD, gehörte seit 1919 der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an. Eine bürgerliche Schulausbildung erhielt Erich Honecker allein in der Volksschule, die er nach acht Jahren 1926 abschloss. Er durchlief jedoch seit seinem zehnten Lebensjahr eine kommu-

nistische Erziehung, indem er der Kindergruppe des Jungspartakus, später dem Pionierverband in Wiebelskirchen angehörte, ehe er von 1926 an knapp zwei Jahre als Landarbeiter in Pommern und ab 1928 als Dachdecker arbeitete. Während dieser Zeit gehörte er dem Holzarbeiterverband an.

Honecker widmete von seinem 18. Lebensjahr an sein gesamtes Leben der politischen Arbeit. Zunächst durchlief er Stationen des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschland (KJVD), wo er politischer Leiter der Ortsgruppe Wiebelskirchen war, die Bezirksschule des Verbandes besuchte und von 1930 an hauptamtlicher Funktionär des KJVD war. 1930 trat er der KPD bei und besuchte einen Lehrgang an der Internationalen Leninschule in Moskau. Dort trug er den Namen „Fritz Malter“. Von 1931 an war er in der Bezirksleitung des KJVD im Saargebiet als Agitations- und Propaganda-Sekretär aktiv und gehörte auch dem Sekretariat der Bezirksleitung der KPD an.

Während der Herrschaft der Nationalsozialisten war er illegal tätig. Bis 1934 wirkte er als Instrukteur „Herbert“ der Partei im Ruhrgebiet. In Essen kurzzeitig inhaftiert, floh er in die Niederlande. Von dort aus war er für die KJVD-Bezirke in der Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg verantwortlich. Im Herbst 1934 warb er mit seiner Partei vergeblich gegen den Anschluss des Saargebietes an das Deutsche Reich. Die Bedeutung des 22-jährigen für den Jugendverband wird daran deutlich, dass er in das Zentralkomitee (ZK) des KJVD kooptiert wurde. Nach der verlorenen Saargebiets-Abstimmung 1935 floh er nach Paris, wurde dann Instrukteur „Marten Tjaden“ in Berlin und während seiner politischen Arbeit im Dezember 1935 verhaftet. Der Volksgerechtshof verurteilte ihn zu zehn Jahren Zuchthaus, die er ab 1937 überwiegend als Kalfaktor im Zuchthaus Brandenburg, ab 1943 in einer Baukolonne im Frauengefängnis in Berlin verbrachte. Im März 1945 floh er aus dem Gefängnis und versteckte sich bei der Gefängnisaufseherin Lotte Grund (gestorben 1947), bevor er im April in die Arbeitskolonne zurückkehrte.

Unmittelbar nach Kriegsende setzte er sein politisches Engagement fort. Er war Jugendsekretär beim ZK der KPD und erheblich beim Aufbau einer antifaschistischen Jugendorganisation eingebunden, deren Vorsitz er innehatte. Diese Funktion übernahm er auch bei der daraus entstandenen Freien Deutschen Jugend (FDJ), der er bis 1955 vorstand. Die herausgehobene Bedeutung im Jugendverband fand ihre Entsprechung in der SED, dem 1946 erfolgten Zusammenschluss von SPD und KPD, deren Parteivorstand und Zentralkomitee er ab 1946 beziehungsweise 1949 angehörte. Zusätzlich war er von 1950 bis 1958 zunächst Kandidat des Politbüros, später dessen Vollmitglied. Im „parlamentarischen“ Raum gehörte er 1948 dem Präsidium des Deutschen Volksrates an, aus dem 1949 die Volkskammer hervorging. Eine erste politische Krise durchlebte Honecker im Juni 1953, als allgemein Einverständnis über seine unzureichenden Qualifikationen herrschte. Erst ein 1955/ 1956 absolvierter Besuch der Parteihochschule des ZK der KPdSU in Moskau sollte dies mildern.

Nach seiner Rückkehr nach Berlin übernahm er die Leitung der im Machtgefüge der DDR bedeutenden „Sicherheitskommission“, die wesentlich an der Unterdrückung innerparteilich kritischer Stimmen beteiligt war. Entsprechend wurde er im Februar 1958 als Sekretär des ZK der SED eingesetzt, wo er für Sicherheits- und Kaderfragen sowie die „Leitenden Parteiorgane“ verantwortlich war. Mit dieser Machtfülle war Honecker, der von 1960 bis 1971 auch Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates war, nach dem Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht (Amtszeit 1960-1971) der zweit-

mächtigste Mann in der DDR. Mit seinem Ziehvater kam es jedoch zu Spannungen. Nach einem späten Anflug von Reformwillen, der insbesondere auf die „technische Intelligenz“ setzte und damit den Einflussbereich Honeckers beschnitt, ging Honecker zunehmend auf Distanz zu Ulbricht. Mithin untergrub er die Reformpläne und die von Ulbricht angestoßenen deutsch-deutschen Annäherungsversuche. Mit Rückendeckung aus Moskau stürzte er Walter Ulbricht im März 1971 und trat dessen Nachfolge an.

Fortan verfügte Honecker bis zu seinem eigenen Sturz im Oktober 1989 über alle relevanten Machtfunktionen in der DDR: Er war Erster, dann Generalsekretär der SED sowie Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates.

Mit seinem 1971 erfolgten Machtantritt deutete er anfangs eine relative Liberalisierung, überwiegend in Kunst und Kultur, an. Doch entfiel diese spätestens mit der Ausbürgerung des kritischen Barden Wolf Biermann (geboren 1936), einer wieder intensivierten Unterdrückung oppositioneller Gruppen und einem erheblichen Ausbau der innerdeutschen Staatsgrenze sowie des Repressionsapparates. Dies gilt vor allem für das Ministerium für Staatssicherheit, dessen Anzahl an hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern sich während seiner Amtszeit verdoppelte. Das auf ihn zurückgehende ehrgeizige sozialpolitische Programm der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ überforderte die ökonomischen Möglichkeiten, die auch durch eine zunehmende Verstaatlichung nicht in den Griff zu bekommen war.

Schließlich war die DDR auf Milliardenkredite der Bundesrepublik Deutschland angewiesen. Gleichwohl setzte mit dem Grundlagenvertrag eine Welle internationaler Anerkennung der DDR ein, die ihren Höhepunkt für Honecker im Empfang durch den Bundeskanzler Helmut Kohl (Amtszeit 1982-1998) im September 1987 in Bonn und bei einem Staatsbesuch ein Jahr später in Paris erreichte.

Allerdings vermochte er sich die Perestroika-Politik des sowjetischen Staatschefs Michail Gorbatschow (Amtszeit 1985-1991) nicht zu Eigen machen, womit die Anzahl kritischer Stimmen in der Gesellschaft und in der eigenen Partei so sehr zunahm, dass sein Rücktritt von allen Ämtern im Oktober 1989 allseits erwartet wurde.

Kurz nach seiner Demissionierung ermittelte der Generalstaatsanwalt der DDR gegen ihn folgenlos wegen Amtsmissbrauch und Korruption, im Dezember 1989 schloss ihn seine eigene Partei aus. Er trat jedoch der wieder gegründeten KPD bei. Aus der Untersuchungshaft, in der er sich ab Januar 1990 aufhielt, wurde er wegen Haftunfähigkeit entlassen. Er fand Unterkunft in einem Pfarrhaus in Lobetal.

Angesichts seiner bereits im Sommer angegriffenen Gesundheit kam er ins Spital der Sowjetarmee in Beelitz, wo ihn im November 1990 ein Haftbefehl erreichte. Im März 1991 floh er nach Moskau und hielt sich ab Dezember 1991 in der dortigen chilenischen Botschaft auf, kehrte aber im Juli 1992 nach Berlin zurück, wo er bis Januar 1993 in Untersuchungshaft genommen wurde. Das Landgericht Berlin hob angesichts seines Gesundheitszustandes den Haftbefehl auf, womit er ungehindert gemeinsam mit seiner Ehefrau Margot (1927-2016) nach Chile reisen konnte. Dort verstarb er am 27.5.1994.

Erich Honecker war dreimal verheiratet: Seine erste Ehefrau war 1946/1947 die Gefängnisaufseherin Charlotte Schanuel, 1949 heiratete er Edith Baumann und schließlich 1953 Margot Feist. Die beiden Letzteren waren Funktionärinnen in der FDJ, Margot Honecker von 1963 bis 1989 Volksbildungsministerin. Seine 1952 geborene Tochter Sonja stammt von seiner dritten Ehefrau.

7. Andreas Baader



Bundesarchiv B 362 Bild-03330-007-003 / Fotoatelier: o.Ana.

1943 – 1977

Mitgründer der Roten Armee Fraktion (RAF), Terrorist

Andreas Baader, nach dem die erste Generation der Roten Armee Fraktion (RAF) mitbenannt wurde, war von allen RAF-Terroristen am wenigsten ideologisch orientiert. Erst mit der Studentenbewegung der 1960er Jahre setzte seine Politisierung ein. Mit seiner Partnerin Gudrun Ensslin (1940-1977) verübte er bis zu seiner Inhaftierung 1972 mehrere Terroranschläge in der Bundesrepublik. Aus dem Gefängnis heraus beeinflusste er die Sympathisantenszene und die zweite Generation der RAF. Nach den fehlgeschlagenen Befreiungsversuchen im „Deutschen Herbst“ 1977 verübte er am 18. Oktober 1977, Fremdeinwirkung vortäuschend, Suizid.

Baader wuchs von 1943 an bei seiner Großmutter in Saalfeld an der Saale auf, ab 1949 bei seiner Mutter und deren Schwiegermutter in München. Nach mehreren Schulwechseln, auch wegen disziplinarischer Probleme, verließ er 1961 mit der Mittleren Reife das Gymnasium. Er beendete keine Ausbildung und ging wechselnden Tätigkeiten nach, u. a. als Bauarbeiter. Im Juni 1962 nahm er an den sog. Schwabinger Krawallen teil, 1963 übersiedelte er nach Berlin-West, wohl um sich dem Wehrdienst zu entziehen. Auch hier führte er ein Leben mit zahlreichen kleineren Straftaten sowie in einer Dreiecksbeziehung mit dem Malerehepaar Manfred Henkel (1936–1988) und Ellinor Michel (1939–2007).

Baader, der in Bohème-Kreisen verkehrte, interessierte sich bis zur Studentenbewegung nicht für Politik. Durch Gudrun Ensslin (1940–1977), mit der er seit Februar 1968 zusammenlebte, schloss Baader sich gewaltbereiter revolutionärer Ideologie an. Mit Thorwald Proll (geb. 1941) und Horst Söhnlein (1942–2023) plante und organisierte das Paar zwei Brandanschläge auf Kaufhäuser in Frankfurt am Main, die sie am 2. April 1968 ausführten. Die schnell gefassten und im Oktober 1968 zu drei Jahren Haft verurteilten Täter kamen im Juni 1969 aufgrund der Revision auf freien Fuß und engagierten sich in einem sozialen Projekt, der sog. Heimkampagne, um Fürsorgezöglinge für den revolutionären Kampf zu gewinnen. Nach der im November 1969 verworfenen Revision tauchten Baader und Ensslin im Ausland, im Februar 1970 in Berlin-West in der Wohnung Ulrike Meinhofs (1934–1976) unter. Auf Hinweis eines V-Mannes nahm die Polizei Baader im April 1970 fest.

Am 14. Mai 1970 wurde Baader bei einem Ausgang in einem Universitätsgebäude befreit, wobei ein dortiger Angestellter eine schwere Verletzung erlitt. Er ging mit Ensslin, Horst Mahler (1936–2025), seinem Verteidiger im Frankfurter Prozess 1968, sowie Meinhof, die an seiner Befreiung beteiligt war, in den Untergrund. Dies gilt als Gründungsdatum der Roten Armee Fraktion (RAF).

Im August 1970 kehrte die Gruppe aus einem jordanischen Palästinenserlager zurück, in dem sie eine Kampfausbildung absolviert hatte, überfiel Banken und verübte in der sog. Mai-Offensive 1972 Sprengstoffanschläge in Frankfurt am Main, wobei vier Menschen ums Leben kamen. Am 1. Juni 1972 nahm die Polizei den angeschossenen Baader mit Holger Meins (1941–1974) und Jan-Carl Raspe (1944–1977) in Frankfurt am Main fest. Der Terrorismus der RAF setzte sich dennoch fort, da Baader mit Ensslin aus dem Gefängnis Stuttgart-Stammheim heraus eine Sympathisantenszene zu gewaltsamen Aktionen bewegen konnte, u. a. durch mehrfache Hungerstreiks. Auch das Schlagwort der „Isolationsfolter“, das auf eine Aussage des Philosophen Jean-Paul Sartre (1905–1980) nach seinem Besuch bei Baader in einem Besucherraum des Gefängnisses Stuttgart-Stammheim am 4. Dezember 1974 zurückging, aber den tatsächlichen Haftbedingungen nicht entsprach, führte neben anderen Faktoren zur Formierung der zweiten Generation der RAF. Um Baader entwickelte sich, maßgeblich durch Ensslin provoziert, ein zunehmender Personenkult.

Der Prozess gegen Baader und die anderen Inhaftierten begann am 21. Mai 1975, die Wahlverteidiger Baaders, Claus Croissant (1931-2002), Kurt Groenewold (geb. 1937) und Hans Christian Ströbele (1939-2022), wurden wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vor Prozessbeginn vom Verfahren ausgeschlossen und später angeklagt. Der Prozess wurde verzögert durch von den Verteidigern aufgebrachte Verfahrensfragen; das Gericht hörte widerrechtlich Anwälte ab. Das Urteil vom 28. April 1977 verhängte lebenslange Haft wegen vierfachen Mordes und vielfachen Mordversuchs, des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte sowie der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Nach einem ersten vergeblichen Versuch mit einer Geiselnahme ins Stockholm 1975 unternahmen RAF-Mitglieder am 5. September 1977 erneut eine Aktion zur Freipressung Baaders und seiner Mithäftlinge durch die Entführung des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Hanns Martin Schleyer (1915-1977). Am 13. Oktober 1977 entführten palästinensische Terroristen in einer koordinierten Aktion die Lufthansa-Maschine Landshut nach Mogadischu, sie forderten ebenfalls die Freilassung der RAF-Gefangenen. Unmittelbar nach der Befreiung dieser Geiseln durch eine Spezialeinheit der Bundespolizei (GSG 9) am 18. Oktober 1977 begingen Baader, Ensslin und Raspe Suizid, Baader und Raspe mit Pistolen, die durch Anwälte in das Gefängnis gelangt waren. Schleyer wurde am folgenden Tag ermordet aufgefunden. Eine Beteiligung Dritter am Tod der drei RAF-Terroristen ist widerlegt.

8. Beate Uhse



U. wuchs auf dem Gut ihrer Eltern in Ostpreußen auf, besuchte die höhere Schule auf der Insel Juist, dann das Internat der Odenwaldschule (Heppenheim, Bergstraße). Im Alter von 17 Jahren machte sie den Pilotenschein, nahm erfolgreich an Flugwettbewerben teil, wurde Einfliegerin bei der „Bücker Flugzeugbau GmbH“ in Rangsdorf b. Berlin, seit 1942 bei dem Flugzeugreparaturwerk Alfred Friedrich in Strausberg, und trat 1943 in den Dienst der Wehrmacht (1944 Hptm. d. Luftwaffe). Als Mitglied eines Überführungsgeschwaders flog sie Flugzeuge an die Front. Zu Kriegsende floh U. aus Berlin, geriet für einige Wochen in brit. Kriegsgefangenschaft und ließ sich danach mit ihrem Sohn Klaus in dem Dorf Braderup (b. Niederbüll, Schleswig-Holstein) nieder. Sie verkaufte dort im Wandergewerbe Spielzeug, Knöpfe und Haushaltswaren. Dabei kam sie mit vielen Frauen in Kontakt, denen sie Ratschläge für die Schwangerschaftsverhütung gab. 1947 verbreitete sie ihre „Schrift X“, hektographierte Blätter über den weiblichen Fruchtbarkeitszyklus mitsamt einer Tabelle zur Berechnung der unfruchtbaren Tage. Daß es sich dabei um die seit langem bekannte Knaus-Ogino-Methode handelte, verschwieg sie allerdings. Sie verschickte ihre Werbezettel als Postwurfsendung in den Städten und größeren Ortschaften der Umgebung und hatte damit umgehend Erfolg. Noch 1947 gründete U. den „Betu-Vertrieb“. Mit Bestellungen der „Schrift X“ schickten ihr Kunden auch Anfragen nach Sexualaufklärungsschriften, Aktbildern, potenzanregenden Mitteln und Kondomen. U. erweiterte daher ihren Vertrieb, den sie anfangs nur mit ihrem Mann zusammen unterhielt. Das Ehepaar zog nach Flensburg, und U. nannte ihre Firma „Versandhaus für Ehehygiene“. Der Katalog-Versandhandel wurde zur Basis ihres rasch wachsenden Unternehmens.

1951 gründete U. das „Versandhaus Beate Uhse“, hatte bald mehrere Angestellte und Mitte der 1950er Jahre bereits 200 000 Kunden; sie machte einen Umsatz von 500 000 Mark. Ihr Erfolg hielt an: Mitte der 1960er Jahre war sie Chefin von Europas größtem Erotikkonzern mit ca. zwei Mio. Kunden und 265 Mitarbeitern; 1969 betrug der Umsatz 35 Mio. Mark. Zahlreiche Strafanzeigen, in den 1940er Jahren noch wegen Betrugs und Wuchers, später wegen der Verbreitung unzüchtiger Schriften, zwangen sie bis in die 1970er Jahre viele Male vor Gericht; verurteilt wurde sie jedoch nie. Von ihrem Stammsitz Flensburg aus, im Volksmund „Sex-Eck“ genannt, eröffnete U. im Laufe der späten 1960er und der 1970er Jahre Filialen in allen westdt. Großstädten, v. a. in den neugeschaffenen Fußgängerzonen. 1979 übernahm sie die Sex-Shop-Kette des Konkurrenzunternehmens „Dr. Müller“, 1983 stieg sie ins Pornofilmgeschäft ein und war mit ihrem Unternehmen auch in den USA präsent. 1981 wurde eine Aktiengesellschaft gegründet und der Konzern geteilt: U.s Söhne Dirk Rotermund und Klaus Uhse leiteten den „Orion Versand“, U. lenkte gemeinsam mit ihrem Sohn Ulrich die „Beate Uhse AG“, zu der die Ladenkette und das Filmgeschäft zählten. 1984 machte U. mit insgesamt 30 Geschäften und 14 Kinos in der Bundesrepublik Deutschland und 450 Mitarbeitern einen Umsatz von 64 Mio. Mark. Im Sommer 1990 trieb sie die Expansion ihres Unternehmens in Ostdeutschland voran; ihr Umsatz stieg erneut beträchtlich (1989: 89 Mio. Mark, 1990: 115 Mio. Mark). Seit Anfang der 1990er Jahre expandierte das Unternehmen auch nach Österreich und in die Schweiz, ferner nach Ungarn, Spanien, Portugal sowie in andere Länder. 1999 ging die „Beate Uhse AG“ an die Börse. Nach dem Tod der Firmengründerin 2001 hielt der unternehmerische Erfolg zunächst an, 2005 geriet der Konzern jedoch in Turbulenzen, die seither anhalten.

U. setzte sich nach dem Vorbild des amerik. Sexualforschers → Alfred C. Kinsey (1894–1956) die Liberalisierung des Umgangs mit Sexualität in der Bundesrepublik Deutschland zum Ziel. Im Kontext der sog. Sexwellen in den bundesdt. Medien, die bereits bald nach der Währungsreform

1948 einsetzen, verstand sie es, Sex und Erotik zu einem großen Geschäft zu machen. Die öffentliche Debatte um Sexualität löste in der frühen Bundesrepublik heftige gesellschaftliche Auseinandersetzungen aus; dabei bestanden Bezüge zu ähnlichen Konflikten um die Jahrhundertwende und am Ende der Weimarer Republik. In der Jugendbewegung von 1968 galt U. nicht als Ikone der Liberalisierung, vielmehr wurde sie wegen der Kommerzialisierung von Sex und Erotik höchst kritisch gesehen, ebenso von der seit den 1970er Jahren aktiven Frauenbewegung.

9. Ludwig Erhard



alternativer text

Ludwig Erhard (rechts), BSB / Bildarchiv / Fotoarchiv Timpe ([InC](#))

Herkunft und Ausbildung

Erhard wuchs in Fürth auf, wo sein Vater ein Bekleidungsgeschäft aufgebaut hatte. Der Lebenszuschnitt war geprägt von kleinbürgerlichem Wohlstand in einem liberalen Klima. Die Eltern lebten in konfessioneller Mischehe und tendierten politisch zur Freisinnigen Partei, danach zur

Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Erhard schien für die berufliche Nachfolge des Vaters vorausbestimmt und absolvierte von 1907 bis 1916 eine Gewerbeschule und eine Kaufmannslehre. Die Erfahrungen der folgenden Jahre waren einschneidend: seine Teilnahme am Ersten Weltkrieg, in dessen Verlauf sein älterer Bruder fiel und er selbst 1918 vor Ypern schwer verwundet wurde, die Revolution 1918/19 sowie die Krisen der Weimarer Zeit, die das väterliche Geschäft vernichteten und für Erhard bis 1945 eine beengte materielle Lage definierten, und schließlich der Aufstieg der NSDAP, die sich mit überproportionalem Stimmenanteil auch in Fürth etablierte.

Statt Einzelhändler zu werden, studierte Erhard von 1919 bis 1922 Betriebswirtschaftslehre an der Handelshochschule Nürnberg u. a. bei Wilhelm Rieger (1878-1971) und seit 1922 Volkswirtschaftslehre an der Universität Frankfurt am Main, wo er 1925 mit einer Dissertation bei Franz Oppenheimer (1864-1943) zum Dr. rer. pol. promoviert wurde. Oppenheimer, der einen soziologisch inspirierten Ansatz der Nationalökonomie verfolgte, trug dazu bei, dass Erhard nicht nur die Wirtschaft als Teil einer umfassenderen Gesellschaftswissenschaft verstand, sondern auch die demokratische Staatsform bejahte.

Berufstätigkeit bis 1945

Nachdem Erhard die Jahre nach seinem Studium bis 1928 ohne große innere Überzeugung, sondern eher aus Pflicht als Geschäftsführer des väterlichen Betriebs tätig gewesen war, wechselte er 1929 in den Bereich der angewandten Forschung und arbeitete von 1929 bis 1942 als leitender Angestellter an dem von Wilhelm Vershofen (1878-1960) geführten Nürnberger Marktforschungsinstitut für Beobachtung der deutschen Fertigware, das mit der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) verbunden war. Seit 1942 war er am Institut für Industrieforschung tätig, einer von ihm gegründeten, in Nürnberg und Bayreuth angesiedelten industrienahen Ein-Mann-Unternehmensberatung, die von der Reichsgruppe Industrie (RI) finanziert wurde, vermittelt von Erhards Schwager, dem RI-Hauptgeschäftsführer Karl Guth (1889-1971). Erhards Rolle während des „Dritten Reichs“ war ambivalent: Einerseits wahrte er Distanz zum Regime, trat nicht in die NSDAP ein, äußerte sich seit 1942/43 in einigen Nachkriegsplanungen auch systemkritisch und kam hier in den weiteren Umkreis Carl Goerdelers (1884-1945); bekannt ist v. a. seine u. a. an Goerdeler gesandte Denkschrift „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“ (1943/44). Nach 1945 galt er den US-Amerikanern daher als unbelasteter Wirtschaftsexperte, auf den man für Aufbauarbeiten zurückgriff (u. a. als bayerischer Wirtschaftsminister). Andererseits gab es bei Erhard mehr Berührungspunkte mit dem Regime, als das die spätere Stilisierung zum Widerständigen offenlegt: Er lavierte sich nicht selten durch, propagierte einen „starken Staat“ und trat in engeren Kontakt mit NS-Stellen (u. a. mit Otto Ohlendorf, 1907-1951), für die er Marktforschungen und Wirtschaftsplanungen (z. B. für den Ostraum) anfertigte. Dennoch setzten sich seine längerfristigen Wirtschafts- und Gesellschaftsideen in prinzipiellen Punkten vom NS-System ab und konnten unter den demokratischen Auspizien nach 1945 produktiv aufgegriffen werden.

Idee der „Sozialen Marktwirtschaft“

Erhards Ideen stellten kein konzises Konzept dar, sondern waren eher eine Kombination aus verschiedenen Elementen, die persönliche Erfahrungen und Anregungen des sog. Ordo- und Neoliberalismus aufnahmen. Dazu gehörte die Prämisse, dass weder der Laissez-Faire-Liberalismus noch der Staatsinterventionismus der Weimarer und NS-Zeit die ökonomischen Verwerfungen beseitigen würden. Erhard und seine Ideengeber wie Walter Eucken (1891–1950), Wilhelm Röpke (1899–1966) und Alexander Rüstow (1885–1963) forderten stattdessen eine Mischung aus marktorientierter Wettbewerbswirtschaft mit selbstverantwortlichen Unternehmern und Konsumenten sowie einem Staat, der sich seiner gesellschaftlichen Rolle bewusst war und sich auf „marktkonforme“ Weise ordnungspolitisch engagierte. Kennzeichnend war außerdem eine ausgeprägte Inflationsfurcht, die die Wahrung der Geldwertstabilität zu einem Angelpunkt ordoliberaler Wirtschaftspolitik machte. Schließlich wurden die nationalökonomischen Forderungen mit gesellschaftsethischen Ansätzen verbunden. Diese „Soziale Marktwirtschaft“ sollte nie nur ein wirtschaftstechnisches System sein, sondern immer ein „sozialer Lebensstil“, wie es der Schöpfer des Begriffs, Alfred Müller-Armack (1901–1978), formulierte.

Politische Tätigkeit nach 1945

Erhards Fähigkeiten lagen weniger in wissenschaftlicher Originalität oder theoretischer Fundierung als in der tragfähigen Kompilation, der politischen Umsetzung und dem Geschick zur rhetorischen Vermarktung. Seine entscheidende Zeit kam nach 1945 in seiner Karriere als politischer Seiteneinsteiger: 1945/46 wurde er parteiloser bayerischer Wirtschaftsminister im Kabinett Wilhelm Hoegners (1887–1980), 1947 Leiter der „Sonderstelle Geld und Kredit“ bei der bizonalen Verwaltung der Finanzen in Bad Homburg, 1948/49 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt am Main. Von 1949 bis 1963 war er Bundeswirtschaftsminister in den Kabinetten Konrad Adenauers (1876–1967) und von 1963 bis 1966 Bundeskanzler; Mitglied des Bundestags war er für die CDU von 1949 bis 1977, schließlich 1966/67 CDU-Bundesvorsitzender.

Erhard erwarb sich politisches Ansehen v. a. als reformfreudiger Direktor der Verwaltung für Wirtschaft und als Bundeswirtschaftsminister. Sein Renommee wurzelte in seiner Mitwirkung bei der Einführung einer neuen Währung und der Liberalisierung der Wirtschaft in den Reformen von 1948 (Leitsatzgesetz mit der Beseitigung staatlicher Bewirtschaftungsvorschriften und der Freigabe vieler Preise im Konsumgütersegment, Währungsreform), die gegen manche Widerstände etwa seitens der Gewerkschaften und der SPD, aber auch nicht weniger liberalismuskritischer Sozial- oder Agrarpolitiker von CDU/CSU durchgesetzt wurden und Adenauer früh Erhards Potenzial als „Wahlkampfmaschine“ erkennen ließen. Nach 1949/50 engagierte er sich v. a. auf den Feldern der institutionellen Sicherung der D-Mark durch eine starke Zentralbank (Bundesbankgesetz 1957) und ihrer Konvertibilisierung (1958), der Liberalisierung und Dynamisierung des Außenhandels (vornehmlich im globalen Rahmen und nicht begrenzt auf den EWG-Markt) sowie der ordnungspolitischen Absicherung des Wettbewerbs (Wettbewerbsgesetz 1957) und damit der Stabilisierung der jungen Demokratie: Durch Wohlstand und ökonomische Verteilungsressourcen wurden hier viele ehemals republikfeindliche Schichten pazifiziert. Dazu trugen wesentlich Anziehungskraft, Anpassungsfähigkeit und öffentliche Verankerung der „Sozialen Marktwirtschaft“ bei. Erhard stand im Zentrum einer modernen Öffentlichkeitsarbeit, wirkte mit Reden und

populären Publikationen wie „Wohlstand für alle“ (1957) und wurde früh zur Legende verklärt (Vater der D-Mark, Wirtschaftswunder, Deutschlands Talisman).

Dies geschah, obwohl Erhard im politischen Tagesgeschäft wie in manchen seiner konzeptionellen Ausrichtungen keineswegs unumstritten war und sich nicht immer durchsetzen konnte. Besonders bekannt sind seine heftigen Auseinandersetzungen mit Adenauer in Fragen der Europa- und Frankreichpolitik, wo er den institutionell-kleineuropäischen Weg zugunsten einer weltwirtschaftlichen Ausrichtung ablehnte („Atlantiker“ versus „Gaullisten“). Auch die Einführung der Dynamischen Rente und des Wiedergutmachungsgesetzes schätzte er aus ökonomischen Erwägungen viel skeptischer ein als Adenauer. In der Wettbewerbsgesetzgebung hätte Erhard eine deutlich striktere Linie des Verbots von Kartellen verfolgt und musste hier der Industrieverbändelobby nachgeben. Während seiner Kanzlerschaft kam es zu erheblichen Devisenkonflikten mit den USA, zu Missstimmungen mit Frankreich (wegen de Gaulles Intergouvernementalismus und großbritannienkritischer Haltung), zu Inkonsistenzen in der Deutschlandpolitik (langsamer Abschied von der „Hallstein“-Doktrin ohne letzte Konsequenz) und zu manchen innenpolitischen Ungeschicklichkeiten und Problemen (diffamierende Wahlkampfaussagen 1965, Koalitionsstreit mit der FDP). Nach dem Ausscheiden der FDP-Minister seines Kabinetts und dem Bruch der Koalition Ende Oktober 1966 musste Erhard am 1. Dezember 1966 als Kanzler zurücktreten, blieb aber bis zu seinem Tod CDU-Ehrenvorsitzender und MdB.

Einordnung und Nachwirkung

Die tatsächliche Wirkkraft der sozialmarktwirtschaftlichen Politik Erhards ist wirtschaftshistorisch umstritten. Viele Bedingungsvariablen lagen jenseits nationalstaatlicher Ordnungspolitik. Die Einführung der D-Mark war das Werk der Alliierten, und der Nachkriegsboom erklärt sich vornehmlich aus den Eigendynamiken eines Rekonstruktionsaufschwungs, der bis ca. 1975 ganz Westeuropa und die USA umgriff, auch Staaten mit planifikatorischen oder klientelistischen Regimen (Frankreich, Italien) – abgesehen davon, dass auch der deutsche Weg erhebliche staatlich-korporative Elemente aufwies. Hinzu kamen Grenzen der Durchsetzungsfähigkeit in Erhards Politik und deren konjunkturpolitische „Lenkungslücken und soziale Defizite“ mit Blick auf die Einkommens- und Vermögensverteilung (Abelshauser). Irritierend für viele Kollegen war überdies Erhards Verwaltungsführung, die schon 1947 einen Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtags provoziert hatte und auch für seine Bonner Zeit oft als unzuverlässig betrachtet wurde (u. a. von Adenauer). Schließlich wird stets Erhards kompliziertes Verhältnis zu Parteien ambivalent beurteilt: Bei den Bundestagswahlen trat er im württembergischen Wahlkreis Ulm-Heidenheim als Direktkandidat für die CDU an, jedoch ist nicht sicher, wann er formal Parteimitglied geworden ist, vermutlich erst kurz vor seiner Kanzlerschaft. Erhard stand dem partei- und interessenpolitischen Betrieb insgesamt reserviert gegenüber. Seine Alternativkonzepte eines überparteilichen „Volkskanzlers“ und einer „Formierten Gesellschaft“ konnten nicht überzeugen, seine Kanzlerschaft wird kritisch bewertet. Neben den diffusen Gesellschaftsvorstellungen hat dies mit den erwähnten innen- wie außenpolitischen Konfliktfeldern zu tun, ferner damit, dass Erhard mit seiner barocken Art zunehmend aus der Zeit gefallen erschien und seine mediale Wirkung verblasste.

Im Rückblick auf Erhard ist nicht immer klar zu scheiden zwischen persönlichem Verdienst und apologetischer Inszenierung, sowohl zeitgenössisch als auch durch das erinnerungspolitische Wirken von Institutionen wie der „Ludwig-Erhard-Stiftung“ oder der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“. Hinzu kommt die Vereinnahmung des Schlagworts „Soziale Marktwirtschaft“ durch fast jede politische Richtung, womit Erhard zwar zu einem Bestandteil bundesdeutscher Staatsräson wurde, aber auch immer weniger konkret greifbar ist.

10. Gerd Müller



1945– 2021

Fußballsportler, Fußballtrainer

Gerd Müller war einer der erfolgreichsten deutschen Fußballsportler des 20. Jahrhunderts. Als einer der besten Stürmer aller Zeiten gewann er mit dem FC Bayern München um Franz Beckenbauer (1945–2024) und Sepp Maier (geb. 1944) je vier Mal die deutsche Meisterschaft und den DFB-Pokal, drei Mal den Europapokal der Landesmeister sowie je einmal den Europapokal der Pokalsieger und den Weltpokal. Im Trikot der Nationalmannschaft, das er 62 Mal trug, wurde er 1972 Europameister und 1974 Weltmeister. Bis heute ist Müller mit 365 Treffern in 427 Partien Rekordtorschütze der Bundesliga.

Müller wuchs in Nördlingen (Bayerisch Schwaben) in ärmlichen Verhältnissen auf. Nach dem Besuch der dortigen Volksschule bis 1960 begann er eine Lehre als Weber, ehe er als Schweißer arbeitete. Von Kind an fußballbegeistert, schloss er sich 1958 dem TSV 1861 Nördlingen an. Müller

wurde aufgrund seiner herausragenden Qualitäten als Stürmer rasch bekannt, in die Jugendauswahl des Bayerischen Fußball-Verbands berufen und von großen Profimannschaften aus München, Stuttgart und Nürnberg umworben. 1964 unterschrieb er einen Vertrag beim FC Bayern München, der über eine ehrgeizige Vereinsführung und eine junge vielversprechende Mannschaft um Franz Beckenbauer (1945–2024) und Sepp Maier (geb. 1944) verfügte, die nach dem Aufstieg aus der Regionalliga Süd in die Bundesliga 1965 nicht zuletzt wegen Müllers enormer Trefferquote zahlreiche nationale und internationale Erfolge erzielte.

1966 erstmals in die bundesdeutsche Nationalmannschaft berufen, erhielt Müller aufgrund seiner Erfolge bald den Spitznamen „Bomber der Nation“. Er erzielte 68 Tore in 62 Länderspielen, wurde Torschützenkönig der Weltmeisterschaft in Mexiko 1970 und der Europameisterschaft in Belgien 1972. Beim Endspiel der Fußballweltmeisterschaft 1974 gegen die Niederlande in München schoss er das entscheidende Tor zum 2:1-Sieg. Müller wurde sieben Mal Torschützenkönig in der Bundesliga, weshalb die Redewendung „es müllert“ in dieser Zeit als Synonym für ein von ihm geschossenes Tor populär wurde.

Trotz dieser Erfolgsserie und seines Aufstiegs zum Weltstar war Müllers Verhältnis zum FC Bayern München zwiespältig: Er stand im Verein und in der Nationalmannschaft in Beckenbauers Schatten und sah sich wegen seiner Herkunft aus kleinen Verhältnissen und Bildungsferne häufig Sticheleien in der Mannschaft und in der Münchner Gesellschaft ausgesetzt. Ein Wechsel nach Barcelona scheiterte 1973 am Veto des Deutschen Fußball-Bunds, eine Kompensation dafür boten lukrative Verdienstmöglichkeiten beim FC Bayern München und üppige Einkünfte aus Werbegeschäften, die aufgrund vertraulicher Absprachen zwischen Verein, beteiligten Spielern und führenden CSU-Politikern (Finanzminister Ludwig Huber, 1928–2003, Staatssekretär Erich Kiesl, 1930–2013, und CSU-Vorsitzender Franz Josef Strauß, 1915–1988) nicht ordnungsgemäß versteuert wurden. Als diese illegalen Praktiken von den Finanzbehörden aufgedeckt wurden, stand der FC Bayern München vor der Pleite, während Stars wie Beckenbauer und Müller empfindliche Steuernachzahlungen leisten mussten, juristisch aber nicht belangt wurden.

Ende der 1970er Jahre wurden die sportlichen Erfolge Müllers, der die Mannschaft des FC Bayern München von 1977 bis 1979 als Kapitän anführte, weniger. Mangelnde körperliche Fitness und Alkoholprobleme führten 1979 zu einem Zerwürfnis mit Trainer Pál Csernai (1932–2013), zum Abschied im Zorn vom FC Bayern München und zum Wechsel in die US-amerikanische Profiliga. Bei den Fort Lauderdale Strikers (Florida, USA) feierte Müller noch einmal beeindruckende Erfolge als Torschütze. 1982 beendete er seine Karriere und stieg mit einer befreundeten Familie aus Bayern in den USA in das Gastronomiegeschäft ein.

1985 kehrte Müller alkoholsüchtig und voll finanzieller Sorgen mit seiner Familie nach Bayern zurück. 1991 überredeten ihn Freunde und ehemalige Mitspieler wie Beckenbauer und Uli Hoeneß (geb. 1952) zu einer Entziehungskur und boten ihm eine berufliche Perspektive im Trainerstab des FC Bayern, wo Müller v. a. als Co-Trainer in der Jugendabteilung und bei den Amateuren arbeitete, ehe er Mitte der 2000er Jahre an Demenz erkrankte. Trotz seiner Erkrankung blieb er Teil der „Bayern-Familie“, die sich neben seiner Ehefrau bis zu Müllers Tod in einem Pflegeheim in Wolfratshausen intensiv um ihn kümmerte.

11. Hildegard Knef



Das Phänomen ihrer anhaltenden Karriere war ebenso unvergleichlich wie erstaunlich. Über 50 Jahre bewegte sie ihre Mitmenschen. Sie war neben Marlene Dietrich und Romy Schneider der einzige deutsche Filmstar von Weltformat: Hildegard Knef. Die deutsche Schauspielerin und Sängerin, die zu den populärsten Vertreterinnen des deutschen Kinos der 50er und 60er Jahre gehörte, hat mit ihren Filmen, Büchern und Songs internationales Aufsehen erregt und zahlreiche Preise errungen.

Hildegard Knef wurde am 28. Dezember 1925 in Ulm als Tochter einer Kaufmannsfamilie geboren. Ihr Vater starb 1926, und die Mutter zog mit ihr nach Berlin. Dort erhielt Hilde bereits als 15-jährige den ersten Schauspielunterricht. Nach einer Ausbildung zur Trickzeichnerin besuchte sie ab 1942 die Filmhochschule in Babelsberg. Nach Kriegsende trat sie zunächst an Berliner Bühnen auf.

Ihre erste Hauptrolle spielte sie 1946 in Wolfgang Staudtes „Die Mörder sind unter uns“. Der Film inmitten der Berliner Kraterlandschaft machte sie über Nacht berühmt. Erzählt wird die Geschichte des Chirurgen Hans Mertens, der nach schweren Kriegsjahren desillusioniert und hoffnungslos in das zerstörte Berlin zurückkehrt. Da erfährt er, dass sein ehemaliger Kompaniechef, der in Polen unschuldige Geiseln erschießen ließ, nun als aufstrebender Geschäftsmann in Berlin lebt. Hildegard Knef in der Rolle einer ehemaligen KZ-Insassin hält ihren Freund Mertens schließlich davon ab, den unentdeckten Nazi-Schergen zu richten. Der Streifen war ein erster Versuch, sich mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen.

1948 wurde Hildegard Knef bei den Filmfestspielen in Locarno als „beste weibliche Hauptdarstellerin“ für ihre Rolle in „Film ohne Titel“ ausgezeichnet. Nach einem kurzen Intermezzo in den USA kehrte die 24-jährige nach Deutschland zurück. Hier übernahm sie 1950 die Hauptrolle in dem Film „Die Sünderin“ von Willi Forst, der das Schicksal einer durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse zur Prostituierten gewordenen jungen Frau darstellte. Eine kurze Nacktszene machte den Film zum handfesten Skandalfall des deutschen Nachkriegsfilms. Schon vor der Premiere kam es zu Demonstrationen und Boykottmaßnahmen; vor allem Kirchenvertreter schürten die Stimmung und Geistliche warfen in den Kinos Stinkbomben. Der Skandal steigerte aber ihren Bekanntheitsgrad noch.

Im selben Jahr spielte sie in dem Film „Entscheidung vor Morgengrauen“, der auch in Amerika ein großer Erfolg wurde. Das verhalf ihr zu einigen Rollen in Hollywood-Produktionen wie in der Hemingway-Verfilmung von „Schnee am Kilimandscharo“ (1952) an der Seite von Gregory Peck. Der entscheidende internationale Durchbruch gelang Hildegard Knef, als sie 1954 bis 1956 in 675 Aufführungen als Ninotschka in Cole Porters Musical „Seidenstrümpfe“ am Broadway gastierte. Das Showbusiness interessierte sie jedoch weniger und so kehrte sie nach diesem Bühnentriumph nach Deutschland zurück. Hier warteten weitere Rollen in „Die Dreigroschenoper“ und „Wartezimmer zum Jenseits“ auf sie, die sie schnell zum Ufa-Star Nummer Eins machten.

1963 startete sie mit großem Erfolg eine zweite Karriere als Chansonsängerin. Sie begann, ihre eigenen Chansontexte zu schreiben und benutzte dabei Jazz- und Swing-Elemente. Die rauchige Stimme wurde ihr Markenzeichen. Unzählige Texte wurden zu Hits und machten sie zur erfolgreichsten deutschen Chanson-Interpretin zwischen 1963 und 1975. „Sie ist die größte Sängerin ohne Stimme“, urteilte die amerikanische Jazzsängerin Ella Fitzgerald.

1970 debütierte Hildegard Knef mit ihrer Autobiografie „Der geschenkte Gaul“ als Autorin. Hier erzählte sie erfrischend ehrlich die Geschichte ihres Lebens, die Geschichte von Kriegserlebnissen, von großen Pleiten und Erfolgen. Das Buch wurde eine literarische Sensation und erreichte eine Weltauflage von über drei Millionen Exemplaren. Ihre Popularität war grenzenlos: „Unser Hildchen“ nannte man sie oder respektvoll „Die Knef“.

Aufsehen erregte ebenfalls ihr drittes Buch „Das Urteil“ (1975), in dem sie minuziös und in großer Offenheit über ihre Brustkrebserkrankung schrieb. Trotz weiterer Operationen und Drogenabhängigkeit trat sie in den nächsten Jahren immer wieder in Filmen auf, z.B. in der Fallada-Verfilmung „Jeder stirbt für sich allein“. In den 80er und 90er Jahren war sie verstärkt in TV-Produktionen zu sehen. Ihren letzten öffentlichen Auftritt hatte sie 2001 bei der Berlinale. Am 1. Februar 2002 starb Hildegard Knef im Alter von 76 Jahren in Berlin.

Hildegard Knef wurde verehrt und verrissen, geliebt und gehasst. Doch was bleibt: sie war eine Charakterdarstellerin und Chansonsängerin von Weltrang. Wie schrieb doch die „New York Times“ einst: „Die Knef gehört zum Besten, das je aus Deutschland gekommen ist“.

(Text von 2020)

12. Christa Wolf



W. flüchtete 1945 mit ihren Eltern vor der Roten Armee aus Landsberg/Warthe nach Mecklenburg. Ihre Schulzeit an der Oberschule in Schwerin seit 1946 wurde durch einen monatelangen Aufenthalt in einem Lungenanatorium unterbrochen; 1947 übersiedelte die Familie nach Bad Frankenhausen (Thür.), wo W. 1949 das Abitur ablegte und in die SED eintrat. Ihr

Germanistikstudium seit 1949 in Jena, seit 1951 in Leipzig, u. a. bei →Hans Mayer (1907–2001), schloß sie 1953 mit einer Diplomarbeit über „Probleme des Realismus im Werk Hans Falladas“ ab. 1953–55 arbeitete W. als wiss. Mitarbeiterin beim Schriftstellerverband der DDR in Berlin, 1956 als Cheflektorin des Verlags „Neues Leben“ und 1958/59 als Redakteurin der Zeitschrift „Neue Deutsche Literatur“. 1960 folgte sie dem kulturpolitischen Aufruf des „Bitterfelder Wegs“ und übernahm einen Zirkel schreibender Arbeiter im „Waggonwerk Ammendorf“ in Halle/Saale. Als Kandidatin des ZK der SED (1963–67) sprach sich die überzeugte Sozialistin W. auf dem 11. Plenum des ZK 1965 gegen die restriktive Kulturpolitik der SED aus.

Ihr literarisches Debüt gab W. 1961 mit der „Moskauer Novelle“. Mit der Erzählung „Der geteilte Himmel“, die vom durch die dt. Teilung besiegelten Scheitern einer Liebe handelt, wurde sie auch international als neues Talent dt. Gegenwartsliteratur wahrgenommen (1963; Spielfilm, Regie: →Konrad Wolf, 1964). Seitdem als freie Schriftstellerin tätig, legte W. 1967 die Erzählung „Juninachmittag“ vor, in der sich ihr neuer Erzählstil ankündigte, den sie in der Essaysammlung „Lesen und Schreiben“ (1972) als „subjektive Authentizität“ beschrieb. Erinnern und Nachdenken über die sozialen und mentalen Strukturen des Gedächtnisses waren fortan Schlüsselbegriffe ihres

poetischen Konzepts.

Den internationalen Durchbruch brachte „Nachdenken über Christa T.“ (1969). In der Erzählung thematisierte W. den Konflikt zwischen der historischen Entwicklung der als sozialistisch behaupteten Gesellschaft und dem Anspruch der Protagonistin auf individuelle Selbstverwirklichung. W.s meist weibliche Hauptfiguren sind häufig Identitätskrisen ausgesetzt: So reflektierte W. in „Kindheitsmuster“ (1976) die Geschichte ihrer Generation in der NS-Zeit, um die Wurzeln gegenwärtiger Verhaltens- und Denkmuster aufzudecken. 1976 übersiedelte W. mit ihrer Familie von Kleinmachnow nach Ost-Berlin. Nach der Ausbürgerung →Wolf Biermanns (* 1936) gehörten sie und ihr Ehemann zu den Verfassern der Protesterklärung. 1977 trat W. aus dem Schriftstellerverband der DDR aus. Literarischen Niederschlag fanden W.s Erfahrungen in einer patriarchalischen, von technischer Rationalität geprägten Gesellschaft und im Geschlechterkonflikt 1979 in der Erzählung „Kein Ort. Nirgends“ (Hörspiel 1982), in der sie eine fiktive Begegnung zwischen →Heinrich v. Kleist und Karoline v. Günderode imaginierte. Eine Reise nach Griechenland 1980 nahm W. zum Ausgangspunkt der Erzählung „Kassandra“ (1983, Hörspiel 1985 u. 1987), in der sie im Rückgriff auf den antiken Mythos die patriarchalisch fundierten Kriege und die Notwendigkeit weiblichen Widerstands thematisierte und in die sie mit 1982 an der Univ. Frankfurt/M. gehaltenen Vorlesungen einleitete (Voraussetzungen e. Erz., Kassandra, Frankfurter Poetik-Vorlesungen, 1983); 1986 folgten weitere Betrachtungen zur Literatur (Die Dimension d. Autors, Essays u. Aufss., Reden u. Gespräche). 1985 war W. zur Gedenkveranstaltung für →Heinrich Böll (1917–1985) in Köln erneut in die Bundesrepublik gereist, wo ihre Bücher seit 1964 parallel zu den Ausgaben im Aufbau-Verlag im Luchterhand Verlag herausgegeben wurden. 1987, nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, erschien „Störfall, Nachrichten eines Tages“ (Hörspiel 1988), eine systemübergreifende Reflexion von Umweltproblemen, die internationale Resonanz hervorrief. Im Jahr darauf erkrankte W. schwer und wurde mehrfach operiert. Ihre im ostdt. PEN eingebrachte Protestresolution gegen die Inhaftierung des tschech. Schriftstellers und Bürgerrechtlers Václav Havel wurde auf der Tagung in Berlin 1989 nicht verabschiedet. Zu ihrem 60. Geburtstag erschien „Sommerstück“, ein Buch über die Bedeutung von Freundschaften in einer Zeit vorausgeahnter Umbrüche und Abschiede. Im Juni 1989 trat W. wegen unvereinbarer Widersprüche aus der SED aus; im Oktober plädierte sie vor einer halben Million Demonstranten auf dem Berliner Alexanderplatz für einen Gewinn demokratischen Selbstvertrauens. Im Dezember zählte sie zu den Verfassern des Aufrufs „Für unser Land“.

W.s 1979 entstandene Erzählung „Was bleibt“ löste 1990 in der dt. Öffentlichkeit eine kontroverse Debatte über das Verhalten von Intellektuellen zur politischen Macht aus. Die heftigen Angriffe in einem Teil des dt. Feuilletons weiteten sich zu einem „Literaturstreit“ um die „kulturelle Definitionsmacht im Lande“ (W. Emmerich) aus, der W. mit Begriffen wie „Staatsdichterin“ (U. Greiner, Mangel an Feingefühl, in: Die Zeit v. 1.6.1990) bzw. „Repräsentantin des Systems“ (F. Schirrmacher, Abschied v. d. Lit. d. Bundesrep., in: FAZ v. 2.10.1990) belegte. Dagegen plädierten →Günter Grass (1927–2015), →Volker Hage (* 1949) und →Walter Jens (1923–2013) für mehr Verständnis für die Autorin.

Einen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Umbruch und der Erfahrung körperlichen Zusammenbruchs stellte W. 2002 in ihrer autobiographischen Erzählung „Leibhaftig“ her. Am

21.1.1993 gab sie in dem Artikel „Auskunft“ der „Berliner Zeitung“ bekannt, daß sie 1959–62 als „IM Margarete“ beim Ministerium für Staatssicherheit der DDR geführt worden war. In ihrem letzten Buch „Stadt der Engel oder The Overcoat of Dr. Freud“ (2010) setzte sie sich intensiv damit auseinander, daß sie diesen Vorgang vergessen bzw. verdrängt habe. Die Wolfs wurden seit 1968 als „operativer Vorgang“ „Doppelzüngler“ überwacht. 1996 erschien W.s Roman „Medea, Stimmen“ (Hörspiel 1997), in dem sie ihre grundsätzliche Kritik an der Ausgrenzung des Fremden vortrug. Eine Bilanz der Zeit seit 1989 zog W. 1999 in den Sammlungen von Reden, Aufsätzen und Erzählungen „Hierzulande-Andernorts“ und „Wüstenfahrt“. Mit anderen Autorinnen und Autoren solidarisierte sie sich im Nov. 2001 gegen eine dt. Beteiligung am Krieg in Afghanistan und 2003 im Irak.

W.s subjektive, Authentizität betonende Art zu schreiben, wurde hochverehrt und kontrovers diskutiert. Mit ihrem Engagement für Umwelt, Friedens- und frauenrechtliche Bewegungen war W. sowohl eine literarische Instanz als auch – nach dem Ende der DDR – eine ideologische Reizfigur. Mit ihren in 35 Sprachen übersetzten Büchern zählt sie – auch international – zu den anerkannten Autorinnen der dt.sprachigen Literatur an der Wende zum 21. Jh.

13. Elisabeth Selbert



Aufgewachsen in einem kleinbürgerlichen, christlich geprägten Elternhaus, besuchte S. seit 1912 die Gewerbe- und Handelsschule des Frauenbildungsvereins in Kassel. Ihr Ziel, Lehrerin zu werden, konnte sie aus finanziellen Gründen nicht verwirklichen; daher arbeitete sie zunächst als Auslandskorrespondentin, später als Postgehilfin im Telegraphendienst. Hier lernte sie ihren

späteren Mann, den „roten Funktionär“ Adam Selbert kennen, der ihr politisches Interesse weckte; 1918 trat sie in die SPD ein. Durch →Philipp Scheidemann (1865–1939), den späteren Oberbürgermeister von Kassel, ermutigt, begann sie, sich publizistisch und als Vortragsrednerin für die politische Bildung von Frauen und für die Gleichberechtigung zu engagieren. 1919 kandidierte S. erfolgreich für einen Sitz im Gemeindeparlament von Niederrhede; im Okt. 1920 nahm sie als Delegierte an der Reichsfrauenkonferenz in Kassel teil.

Nach ihrer Heirat und den Geburten zweier Söhne bewältigte S. 1926 extern das Abitur an der Kasseler Luisenschule und anschließend in sechs Semestern bis 1929 ein Jurastudium an den Univ. Marburg und Göttingen. Dem 1. Staatsexamen folgte im Frühjahr 1930 die Promotion, in der sie die „Ehezerrüttung als Scheidungsgrund“ behandelte. Aufgegeben wurde das Schuldprinzip indes erst 1977 im Rahmen der damaligen Eherechtsreform.

Als S.s Ehemann 1933 als stellv. Bürgermeister von Niederrhede zwangsweise in den Ruhestand versetzt und im Konzentrationslager Breitenau inhaftiert wurde, erwirkte S. mit juristischen Argumenten seine Freilassung. 1934 legte sie in Berlin das 2. Staatsexamen ab und erreichte gegen den Willen des NS-Juristenbundes die Zulassung zur Anwaltschaft. Da ihr Mann nur eine kleine Rente erhielt, mußte S., die 1934 die Kanzlei zweier jüd.Rechtsanwälte übernommen hatte, bis 1945 nahezu vollständig für den Unterhalt der Familie aufkommen.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde S. von der amerik. Militärregierung beauftragt, am Wiederaufbau von Justiz und Verwaltung mitzuarbeiten. Aufgrund ihrer Englischkenntnisse war sie als Strafverteidigerin bei Militärgerichten tätig und bei der Wiederbegründung der SPD. Politisch zunächst im „Überparteilichen Ausschuß“ der Stadt Kassel aktiv, wirkte sie seit 1946 als Stadtverordnete sowie als Mitglied im Bezirks- und Parteivorstand der SPD und der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen in Wiesbaden; 1948/49 war sie Mitglied im Parlamentarischen Rat, der das Grundgesetz für die künftige Bundesrepublik Deutschland ausarbeitete. Hier gelang es ihr, den aus der Weimarer Verfassung stammenden Passus „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“ entscheidend zu verändern. Gegen anfänglich heftigen Widerstand konnte sie Frauen aller gesellschaftlichen Schichten und Gruppierungen in einer spektakulären Kampagne zu außerparlamentarischem Protest bewegen. Unterstützt durch ihre Parteigenossin →Friederike (Frieda) Nadig (1897–1970), erreichte sie die Aufnahme der Formulierung: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ (Artikel 3, Absatz 2, Satz 1 GG) in den Verfassungstext (18.1.1949). Mit diesem Erfolg schuf sie die Grundlage für gesetzliche Regelungen, die z. T. erst Jahrzehnte später umgesetzt wurden, und stellte somit die Weichen für bis in die Gegenwart wirkende gesellschaftliche und soziale Veränderungen.

Darüber hinaus setzte sich S. – v. a. auch aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen mit dem NS-Gerichtswesen – im Rechtspflegeausschuß für die Gründung eines Bundesverfassungsgerichts zum Schutz der Demokratie und die Unabhängigkeit der Richter ein. Mitglied des Hess. Landtags seit 1946, scheiterte sie im Aug. 1949 jedoch knapp in dem Bemühen um einen Sitz im 1. Dt. Bundestag. Auch ihre Kandidaturen für ein Richteramt am Bundesverfassungs- und später am Bundessozialgericht blieben erfolglos – nicht zuletzt infolge mangelnder Unterstützung seitens ihrer Parteigenossen. Nach ihrem Ausscheiden als Abgeordnete aus dem Hess. Landtag 1958 war S. wieder als Rechtsanwältin tätig (bis 1981). Für längere Zeit in Vergessenheit geraten, wurde sie

Mitte der 1970er Jahre von Vertreterinnen der Neuen Frauenbewegung wiederentdeckt; heute ist ihre außergewöhnliche Leistung als „Anwältin der Gleichberechtigung“ allgemein anerkannt.

14. Joseph Beuys

Joseph Beuys war eine herausragende Künstlerpersönlichkeit, dessen Werk bis heute von intensiven und oftmals hitzig geführten Debatten begleitet wird. Sein Einfluss auf die Kunstwelt der letzten fünfzig Jahre kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Joseph Beuys wurde 1921 in Krefeld geboren, wuchs aber im nahegelegenen Kleve an der niederländischen Grenze auf. Im Zweiten Weltkrieg absolvierte er eine Ausbildung zum Funker in einem Kampfflugzeug.¹ 1944 wurde er über der Krim abgeschossen und erlitt dabei Verletzungen, von denen er sich nie mehr ganz erholte.

Nach dem Krieg wandte sich Beuys bald der Kunst zu: 1947 schrieb er sich an der Staatlichen Kunstakademie in Düsseldorf ein und studierte dort bis 1953 bei dem Bildhauer Ewald Mataré – einem namhaften deutschen Künstler, der vor allem für seine Tierskulpturen und Auftragsarbeiten für Kirchen bekannt ist. Charakteristisch für Mataré ist ein auf das Wesentliche reduzierter zeichnerischer Stil, mit dem er über die bloße Erscheinung hinaus zum wahren Kern der dahinterliegenden Wirklichkeit vordringen wollte. Die metaphysische Qualität dieser Werke spiegelt sich in den ersten zeichnerischen und plastischen Arbeiten von Beuys wider, die noch deutlich von Mataré beeinflusst sind.²

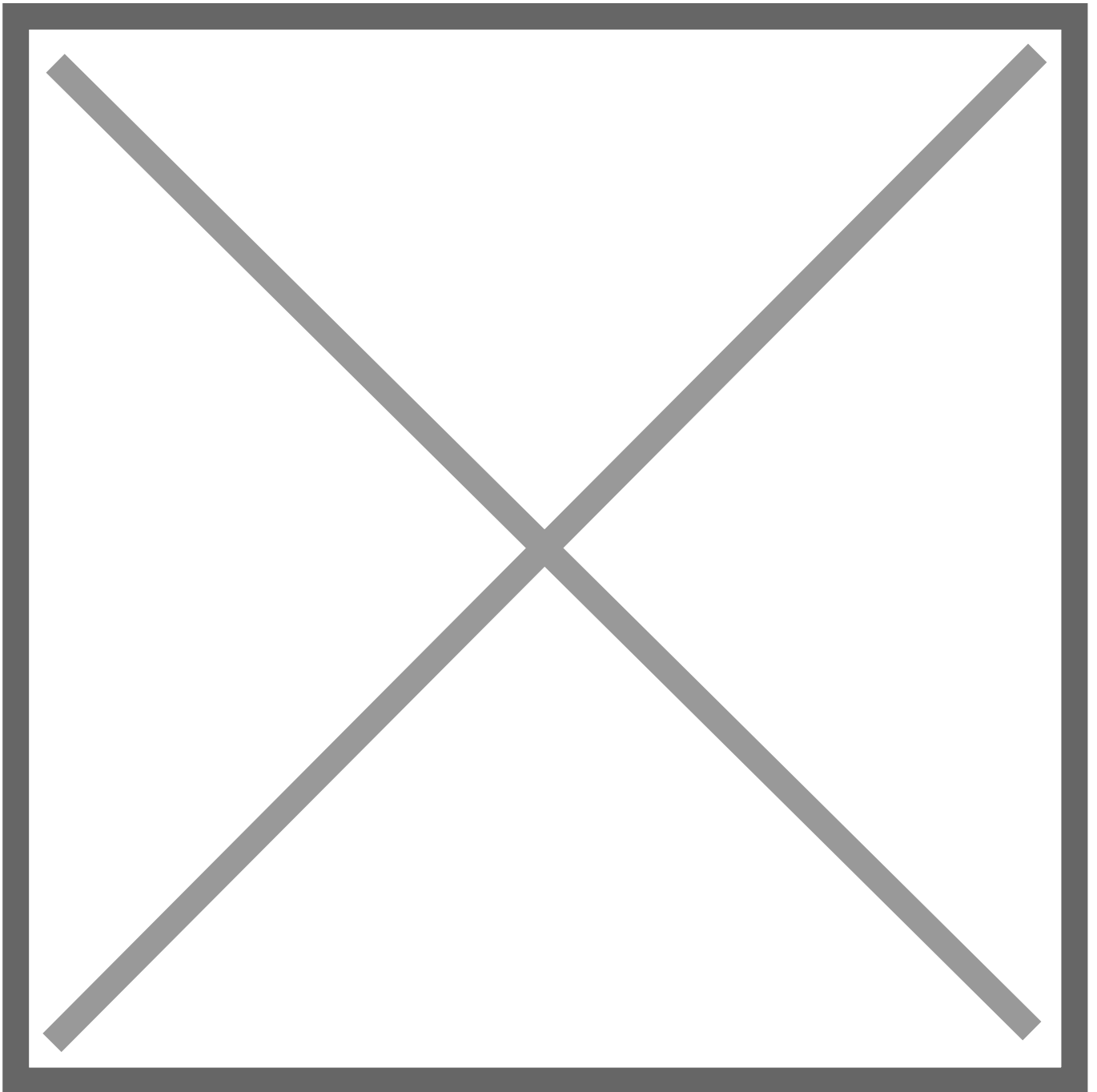
Nach und nach emanzipierte sich Beuys jedoch von seinem Lehrer und entwickelte eine eigene Ästhetik mit einer subjektiven, mit komplexer Bedeutung aufgeladenen Ikonographie, die für sein gesamtes Werk bestimmend blieb.

Einen wichtigen Katalysator stellte für Beuys die anthroposophische Lehre Rudolf Steiners dar.³ Steiner sah im Rationalismus eine Folge des materialistisch geprägten Denkens der modernen Gesellschaft, dem er durch die Förderung geistiger Fähigkeiten wie der Imagination, der Inspiration und Intuition entgentreten wollte. Auf diese Weise sollte die Gesellschaft wieder ihr Gleichgewicht finden und sich nach humanitären Prinzipien weiterentwickeln,⁴ wobei der Kunst aus Steiners Sicht eine zentrale Bedeutung zukam.⁵ Beuys teilte diese Überzeugung und sah sich in der Rolle desjenigen, der für eine solche geistige Erneuerung eintreten wollte.⁶

1961 übernahm Beuys die Professur für Bildhauerei an der Düsseldorfer Akademie von Sepp Mages. Im Umfeld der Fluxus-Bewegung begann er in den folgenden Jahren, seine Aktionskunst zu entwickeln, in der bis dato kunstfremde Materialien wie Kupfer, Fett, Filz und Honig Verwendung fanden. Diese Materialien waren ebenso wie seine Handlungen mit komplexen symbolischen Bedeutungen aufgeladen, für deren Verständnis Beuys auf die intuitiven Fähigkeiten setzte, die dem rationalen Denken nicht zugänglich sind.⁷

Durch seine Umtriebigkeit und seine vielfältigen künstlerischen und politischen Aktivitäten wurde er in den Folgejahren schnell bekannt, war aber nicht unumstritten. Während sich seine Befürworter von der Unmittelbarkeit seiner Ästhetik und den komplexen Bedeutungsebenen seiner Materialien angesprochen fühlten, brandmarkten Kritiker ihn als Scharlatan, der sich eines obskuren und irrationalen Mystizismus' bediene. Beuys selbst sah sich als einen Schamanen, der mit den Mitteln der Kunst zur Heilung der Gesellschaft beitragen könne.⁸ In diese Richtung weist auch seine Beschäftigung mit den Multiples, die in dieser Zeit begann. Er hoffte, dass sie ihren Weg über die engen Grenzen der Museen, Galerien und exklusiven Privatsammlungen hinaus in zahlreiche deutsche und internationale Sammlungen finden und so als Vehikel seiner Kunst dienen konnten, um deren Intentionen einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln.

In den frühen 1970er Jahren intensivierte Beuys sein gesellschaftspolitisches Engagement. Wie in der Produktion seiner Multiples bereits deutlich wurde, intendierte er eine Erweiterung seiner künstlerischen Praxis, die ihn zu seinem „erweiterten Kunstbegriff“ führte. Beuys erkannte das kreative Potenzial, das in öffentlichen Auftritten wie Vorträgen, Lehrveranstaltungen und politischen Debatten steckt, und begann, die Gesellschaft als eine „soziale Plastik“ zu sehen, die durch die kollektive Mitwirkung ihrer Mitglieder geformt wird. Indem er jede Form menschlicher Kreativität als künstlerischen Akt sah, wollte er die kreativen Fähigkeiten jedes Einzelnen nutzbar machen. Entsprechend setzte er sich für die Gründung verschiedener Organisationen – darunter eine Universität, eine landwirtschaftliche Stiftung und eine politische Partei – ein. Im Zuge seiner zahlreichen politischen Projekte erlangte insbesondere sein Versuch zur Demokratisierung der Hochschule große Bekanntheit. Dafür öffnete er seine Düsseldorfer Klasse für alle Bewerber, was 1972 zu seiner fristlosen Kündigung führte, die allerdings sechs Jahre später vom Bundesarbeitsgericht für ungültig erklärt wurde. In den folgenden Jahren unternahm Beuys zahlreiche Reisen, unter anderem in die USA, nach Australien, Japan und Italien, um seine künstlerischen Ideen durch Installationen, Ausstellungen und Aktionen weiterzuverbreiten, und setzte seinen Weg gegen alle Widerstände unbeirrt fort, bis ihn Mitte der 1980er Jahre sein schlechter werdender Gesundheitszustand dazu zwang, sein Arbeitspensum zu reduzieren.



“ „Die Kunst ist nach meiner Meinung die einzige evolutionäre Kraft. Das heißt, nur aus der Kreativität des Menschen heraus können sich die Verhältnisse ändern. Und ich glaube, viele Menschen spüren, daß das Menschliche, also dieser menschliche Punkt, in der Kunst am meisten weiterentwickelt werden kann.“

Als Beuys 1986 starb, war er längst zu einem der wichtigsten Künstler seiner Zeit avanciert. Die Wertschätzung galt dabei nicht nur den eigentlichen künstlerischen Werken, er erfuhr auch große Anerkennung dafür, dass er die soziale Rolle der Kunst ins öffentliche Bewusstsein gerufen hatte.

Zudem wurden durch viele seiner Schüler, die sich inzwischen selbst zu international erfolgreichen Künstlern entwickelt hatten, schließlich auch seine besonderen Fähigkeiten als Lehrer anerkannt.

In den folgenden Jahren gewann sein künstlerisches Vermächtnis zunehmend an Bedeutung – insbesondere im Bereich der sozialen Plastik. Seine Vorstellung von einem Kunstwerk als Produkt eines gesellschaftlichen Prozesses wurde nunmehr von vielen Künstlern der jüngeren Generation aufgegriffen und führte zu einer nachhaltigen Veränderung der zeitgenössischen Kunst der 1990er und 2000er Jahre. Allen Kontroversen zum Trotz, denen er sich zu Lebzeiten ausgesetzt sah, hat Joseph Beuys damit tiefe Spuren hinterlassen, die zu einem grundlegend neuen Verständnis des Kunstbegriffs geführt haben.

15. Anna Seghers



Schriftstellerin, geb. 1900, gest.1983.

Anna Seghers wird am 19.11.1900 in Mainz als Tochter des angesehenen jüdischen Kunst- und Antiquitätenhändlers Isidor Reiling und seiner Frau Hedwig geboren. Sie studiert Kunstgeschichte, Geschichte, Sinologie und Philologie in Köln und Heidelberg und promoviert 1924 über Jude und Judentum im Werke Rembrandts. 1925 heiratet sie den ungarischen Gesellschaftswissenschaftler László Radványi. Aus der Ehe gehen zwei Kinder hervor: 1926 wird der Sohn Peter; 1928 die Tochter Ruth geboren. 1927 veröffentlicht sie die Erzählung Grubetsch. 1928 erhält sie hierfür und für die Erzählung Aufstand der Fischer von St. Barbara den renomierten Kleist-Preis. Im selben Jahr tritt Anna Seghers in die KPD ein, 1929 in den Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. Es folgen die Erzählungen Die Ziegler und Auf dem Wege zur amerikanischen Botschaft (1930) und der Episodenroman Die Gefährten (1932). Die nach dem Reichstagsbrand im Februar 1933 einsetzende

Verfolgung von linken Oppositionellen und Intellektuellen sowie deutschen Juden, zwingt die als Jüdin, Kommunistin und links engagierte Schriftstellerin mehrfach bedrohte Anna Seghers zum Exil. Nach kurzer Gestapo-Haft gelingt ihr die Flucht über die Schweiz nach Paris. Hier schreibt und veröffentlicht Sie die Romane *Der Kopflohn* (1933), *Der Weg durch den Februar* (1935) und *Die Rettung* (1937); daneben entstehen die Erzählungen *Die schönsten Sagen vom Räuber Woynok*, *Sagen von Artemis* (1938) und *Reisen ins Elfte Reich* (1939). Zwischen 1937 und 1939 arbeitet sie am Roman *Das siebte Kreuz*, dessen Manuskript auf abenteuerlichen Wegen trotz des Einmarsches der deutschen Truppen in Paris (1940) gerettet werden kann.

Anna Seghers flieht zunächst von Paris nach Marseille, dann 1941 über Spanien weiter nach Mexiko. 1942 veröffentlicht sie den Roman *Das siebte Kreuz* und erlangt hiermit Weltruhm. 1943 verliert sie durch einen schweren Verkehrsunfall zeitweise ihr Gedächtnis; ihre Mutter wird im KZ Piaski bei Lublin/Polen ermordet. Amnesie und die Trauer um die Mutter verarbeitet sie in der Erzählung *Der Ausflug der toten Mädchen* (1946). 1944 erscheint ihr Roman *Transit*. 1947 kehrt Anna Seghers nach Deutschland zurück und entscheidet sich, nach anfänglichen Überlegungen in Mainz oder am Bodensee zu wohnen und nach ersten Wohnungen in Westberlin schließlich für den dauerhaften Aufenthalt in Berlin (DDR). Im Juli 1947 erhält sie für ihren Roman *Das siebte Kreuz* den Büchner-Preis. 1949 erscheinen ihr Gesellschaftsroman *Die Toten bleiben jung* und die Erzählung *Die Hochzeit von Haiti*. 1952-1978 ist sie Vorsitzende des DDR-Schriftstellerverbands der DDR. Sie wird mit Preisen geehrt, öffentlich gefeiert und politisch zur Legitimation des DDR-Regimes benutzt, bald zur geachteten und zugleich ungemein populären "Staatsschriftstellerin", deren Bücher hohe Auflagen erleben. Sie bekennt sich aus Überzeugung und gelegentlich (wie beim Mauerbau 1961) in prekären Situationen öffentlich zur DDR und kritisiert Missstände und unübersehbaren Fehlentwicklungen des DDR-Sozialismus nur in internen Zirkeln. Bedrängten Schriftstellerkollegen versucht sie unauffällig zu helfen, ohne mit der DDR brechen zu müssen.

Sie engagiert sich in der Weltfriedensbewegung dieser Jahre und bleibt trotz aller Rückschläge ihren gesellschaftlichen Utopien treu. 1967 gestaltet sie mit der Erzählung *Das wirkliche Blau* ihre Erlebnisse im mexikanischen Exil. 1971 erscheint *Die Überfahrt*. 1981 wird sie nach langen Auseinandersetzungen Ehrenbürgerin ihrer Geburtsstadt Mainz. 1983 stirbt Anna Seghers in Ost-Berlin.

16. Günter Grass



1927-2015

Schriftsteller, Bildhauer, Zeichner, Grafiker

Der Literaturnobelpreisträger Günter Grass ist einer der wichtigsten deutschen Nachkriegsautoren. Internationale Bekanntheit erlangte er bereits mit seinem Romandebüt „Die Blechtrommel“ (1959). Sein vielseitiges Werk umfasst Prosa, Lyrik, Dramen und bildkünstlerische Arbeiten. Grass engagierte sich Zeit seines Lebens gesellschaftspolitisch.

Kindheit und Studium

Grass wuchs in einfachen Verhältnissen in Danzig (heute Gdańsk, Polen) auf, besuchte hier seit 1933 mehrere Schulen und wurde 1939 Mitglied im Jungvolk und in der Hitler-Jugend. 1944 beendete er seinen Schulbesuch ohne Abschluss, da er zum Reichsarbeits- und zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Zunächst als Flakhelfer eingesetzt, wurde er bei der Waffen-SS zum Panzerschützen ausgebildet und erhielt den Marschbefehl, sich der Division „Fruntsberg“ an der Ostfront anzuschließen, die er jedoch nicht erreichte. Im Anschluss an einen Lazarettaufenthalt in Folge einer Verwundung geriet er 1945 in US-amerikanische Gefangenschaft, wurde bald nach Kriegsende entlassen und ging im Rheinland und in Hildesheim Gelegenheitsarbeiten nach.

Grass zeichnete und dichtete seit seiner Kindheit. Mit dem Wunsch, Künstler zu werden, absolvierte er 1947/48 zwei Praktika als Steinmetz und Bildhauer bei den Steinmetzbetrieben Julius Göbel und Moog in Düsseldorf. Mit Porträts aus dem Caritas-Heim, in dem er wohnte, und bildhauerischen Arbeitsproben wurde er 1948 an der Kunstakademie Düsseldorf angenommen, wo er Bildhauerei bei Josef (Sepp) Mages (1895–1977) und Grafik bei Otto Pankok (1893–1966) studierte. In den Ferien reiste er nach Italien und Frankreich. 1953 wechselte Grass als Schüler des Bildhauers Karl

Hartung (1908-1967) an die Hochschule der Bildenden Künste in Berlin-West. Noch während des 1956 abgeschlossenen Studiums gewann er den dritten Preis im Lyrikwettbewerb des Süddeutschen Rundfunks und fand in Walter Höllerer (1922-2003) einen literarischen Mentor und Förderer.

Schriftstellerische Erfolge und politisches Engagement

Sein literarisches Debüt gab Grass 1956 mit dem Gedichtband „Die Vorzüge der Windhühner“. Im selben Jahr zog er nach Paris, wo ihm Paul Celan (1920-1970) zum Freund und Lehrer wurde. Es entstanden Dramen, Ballettlibretti, Gedichte und bildkünstlerische Arbeiten. Zugleich begann Grass sein erstes Prosawerk: „Die Blechtrommel“ (1959) bildet mit „Katz und Maus“ (1961) und „Hundejahre“ (1963) die „Danziger Trilogie“, ein fantastisch-figurenreiches Panorama der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert und zugleich eine der ersten großen literarischen Auseinandersetzungen mit dem Holocaust in der deutschen Literatur. Für zwei Kapitel aus der noch unveröffentlichten „Blechtrommel“ erhielt er 1958 den Preis der Gruppe 47. Die Veröffentlichung 1959 machte Grass mit einem Schlag – auch im Ausland – bekannt und führte schnell zu seinem Ruf als Autor von Weltrang. Einen weiteren Erfolgsschub erfuhr „Die Blechtrommel“ 1979 durch Volker Schlöndorffs (geb. 1939) gleichnamige Oscar-gekrönte Kinoverfilmung. 1980 erschien als Folge der Zusammenarbeit mit Schlöndorff der erzählende Essay „Kopfgeburten“.

1960 kehrte Grass nach Berlin-West zurück, veröffentlichte seinen zweiten Gedichtband „Gleisdreieck“ (1960), arbeitete weiter an der „Danziger Trilogie“ und wurde bald parteipolitisch tätig. Grass trat für Demokratisierung, eine gerechte globale Politik und Abrüstung ein und thematisierte ökologische und soziale Fragen. In den 1960er Jahren unterstützte er Willy Brandt (1913-1992) und die SPD als Wahlhelfer und Berater. Brandt lud ihn 1970 als Begleiter zu seiner Reise nach Warschau ein. Grass' politisches Engagement fand literarischen Niederschlag in seinen Romanen „Ausgefragt“ (1967), „örtlich betäubt“ (1969) und „Aus dem Tagebuch einer Schnecke“ (1972). 1967 besuchte Grass als erster deutscher Schriftsteller nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen den Staat Israel.

1972 zog Grass nach Wewelsfleth in Schleswig-Holstein und schrieb hier seinen Roman „Der Butt“ (1977), in dem, zusammengehalten von Grass' eigener Auslegung des Märchens „Von dem Fischer und syner Frau“, ein Jahrhunderte umfassendes Geschichts- und Geschichtenpanorama ausgedehnt wird, zugleich Menschheitsgeschichte, Geschichte einer Schwangerschaft und Geschichte des Rollenverhältnisses zwischen Mann und Frau. Der Roman wurde zu Grass' größtem Erfolg seit „Die Blechtrommel“.

In Frankfurt am Main initiierte Grass 1978 das erste Treffen mit Übersetzerinnen und Übersetzern seiner Werke. Weitere Treffen dieses Forums, in dem sein Werk diskutiert wurde, fanden bis über Grass' Tod hinaus statt. In Wewelsfleth entstand 1979 aus Anlass von Hans Werner Richters (1908-1993) 70. Geburtstag die Erzählung „Das Treffen in Telgte“, in der Grass in ironischer Weise das erste Treffen der Gruppe 47 1947 mit einem fiktiven Treffen deutscher Barockdichter im Dreißigjährigen Krieg überblendete.

Soziale und ökologische Themen der späten Jahre

1986 übersiedelte Grass mit seiner Ehefrau Ute in das Lauenburgische Behlendorf, wo er sich verstärkt sozialen und ökologischen Fragen widmete, so in dem experimentellen Roman „Die Rättin“ (1986) über die globale ökologische Krise. Aus einem längeren Aufenthalt in Kalkutta (heute Kolkata, Indien) ging 1988 „Zunge zeigen“ hervor, der erste einer Reihe von Text-Bild-Bänden, denen 1990 „Totes Holz“ über das Waldsterben und 1997 „Fundsachen für Nichtleser“ mit Aquarellen und Gedichten folgte.

Die Wiedervereinigung Deutschlands sah Grass mit Skepsis und kritisierte sie als „Einverleibung der DDR“ durch den Westen, ein Thema, mit dem er sich außer in seinem Wiedervereinigungsroman „Ein weites Feld“ (1995) in zahlreichen Reden, Essays und dem Tagebuch von 1990 „Unterwegs von Deutschland nach Deutschland“ (2009) beschäftigte. Die Erzählung „Unkenrufe“ (1992) setzte sein Nachdenken über die polnisch-deutsche Versöhnung fort.

1999 erhielt Grass den Nobelpreis für Literatur, für den er seit 1966 mehrfach als Kandidat nominiert worden war. Gegen die Praxis der Abschiebung von Flüchtlingen und zunehmenden Rassismus in der Bundesrepublik wandte er sich mit seiner Sonettssammlung „Novemberland“ (1992). Seinen größten Erfolg seit „Der Butt“ erzielte er mit der Novelle „Im Krebsgang“ (2002), die vom Untergang des Lazarettschiffs „Wilhelm Gustloff“ 1945 und einem wiedererstarkenden Nationalsozialismus erzählt. Seine letzten drei – autobiografischen – Prosawerke bilden die „Trilogie der Erinnerung“: „Beim Häuten der Zwiebel“ (2006) über seine jungen Jahre, „Die Box“ (2008) über seine Familie und „Grimms Wörter“ (2010) über sein politisches Wirken. Die Veröffentlichung des ersten Teils provozierte einen Skandal, da die Rezeption das Werk auf ein spätes Eingeständnis Grass' seiner SS-Zugehörigkeit reduzierte. Einen weiteren Skandal rief Grass 2012 hervor, als er in den Gedichten „Was gesagt werden muss“ und „Europas Schande“ die Außenpolitik der israelischen Regierung und ihre Unterstützung durch Deutschland kritisierte. Grass' letztes Buch „Vonne Endlichkait“ (2015) mit kurzen Prosatexten, Gedichten und Zeichnungen erschien postum.

Themen und Motive

Im Zentrum von Grass' Prosawerken, Lyrikbänden, Text-Bild-Bänden, Theaterspielen sowie zahlreichen Essays und Reden stehen wiederkehrende Themen und Motive. Seine Werke sind Erinnerungstexte, die geschichtliche Ereignisse mit gegenwärtigen verweben und die Geschichten historischer Figuren mit autobiografischen und autofiktionalen Erzählungen verknüpfen. Zentral sind Grass' Kindheit und Jugend in Danzig und die Zeit des Nationalsozialismus. Vom Debüt „Die Vorzüge der Windhühner“ (1956) bis zu „Vonne Endlichkait“ (2015) sind schriftstellerische und bildkünstlerische Arbeiten eng miteinander verbunden. Die weltweite Wirkung seines Werks u. a. bei John Irving (geb. 1942), der bei der Gedenkveranstaltung im Lübecker Theater einer Trauerrede hielt, Nadine Gordimer (1923–2014), Amos Oz (1939–2018) und Salman Rushdie (geb. 1947) nimmt ihn gleichermaßen als Meister des Magischen Realismus und als engagierten Zeitzeugen wahr.

17. Ingeborg Bachmann



1926 – 1973

Schriftstellerin

Mit ihrer Lyrik und Erzählprosa, ihren Hörspielen, Libretti und Essays war die österreichische Dichterin Ingeborg Bachmann eine der führenden Autorinnen ihrer Generation in der deutschsprachigen Literatur nach 1945. Zu Lebzeiten v. a. als Lyrikerin gewürdigt, trat nach ihrem frühen Tod durch Nachlasseditionen und feministische Lektüren das als kritische Zeit- und Gesellschaftsreflexion konzipierte Prosawerk (Leitmotiv „Todesarten“) in das Zentrum anhaltend lebhafter Rezeption.

Jugend, Studium und literarische Anfänge (1926-1950)

Schon in ihren Schuljahren am Ursulinen-Gymnasium in Klagenfurt begann Bachmann literarisch zu schreiben, verfasste Gedichte und Prosa, komponierte Lieder und entwarf Dramen. Der Einmarsch von Hitlers Truppen in Klagenfurt wurde für sie rückblickend zum symbolischen Begründungsdatum ihrer Autorschaft als einem „Schreiben nach Auschwitz“. In diesem Sinne galt die Auseinandersetzung mit den Verflechtungen von Individual- und Zeitgeschichte im Zeichen gesellschaftlicher Gewalt als eine der „Problemkonstanten“ ihres Werks.

1944/45 wurde der Kärntner Heimatschriftsteller Josef Friedrich Perkonig (1890-1959) zu einem literarischen Mentor, dem Bachmann den Prosalyrikzyklus „Briefe an Felician“ (1945) widmete. Im Sommer 1945 bestätigte dagegen die Begegnung mit dem britischen Offizier Jack Hamesh (geb. um 1920), Sohn exilierter jüdischer Österreicher aus Wien, das im „Kriegstagebuch“ (1944/45)

dokumentierte Erlebnis der Befreiung durch die Alliierten. Mit neuen Gedichten, einem Dramenentwurf und Prosastücken (erste Veröffentlichung „Die Fähre“, 31. Juli 1946) gelangte sie an die Schwelle zum Hauptwerk.

Vom September 1945 bis zur Promotion zum Dr. phil. am 23. März 1950 studierte Bachmann in Innsbruck, Graz und Wien Philosophie und schrieb 1949 bei dem Neopositivisten Victor Kraft (1880-1975) ihre Dissertation „Die kritische Aufnahme der Existentialphilosophie Martin Heideggers“. Der Wechsel nach Wien markierte zugleich ihren Eintritt in das literarische Leben der Wiener Nachkriegsjahre, in dem Repräsentanten der älteren Generation und jüdische Remigranten – wie Rudolf Felmayer (1897-1970), Hermann Hake (1911-1987) und Hans Weigel (1908-1991) – als literarische Mentoren fungierten. Am 16. März 1948 lernte sie Paul Celan (1920-1970) kennen, mit dem sie in der Folge eine schwierige, intermittierende Liebesbeziehung (bis 1958) und ein literarischer Dialog verband, der bis in ihren Roman „Malina“ (1971) reichte. Die Begegnung mit diesem Überlebenden des Holocaust bekräftigte jenes literarische Ethos, das sie später in die Formel „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar“ fasste. Anfang 1949 publizierte Bachmann erstmals frühe, durch existenzialistische Zeitkritik geprägte Gedichte und eine Reihe parabolischer Erzählungen. In dieser Zeit arbeitet sie auch an ihrem verschollenen ersten Roman „Stadt ohne Namen“.

Literarischer Durchbruch (1951-1962)

Nach der Promotion übernahm Bachmann kurzzeitig die Vertretung einer Assistentenstelle an der Universität Wien und verschiedene Gelegenheitsarbeiten. Im Herbst 1951 fand sie eine Anstellung beim US-amerikanischen Sender Rot-Weiß-Rot (bis Juli 1953), die den Beginn ihrer literarischen Arbeit für den Rundfunk bezeichnet. In dieser Zeit entstand auch ihr erstes Hörspiel „Ein Geschäft mit Träumen“ (28. Februar 1952). Ende 1950 markierten Fahrten nach Paris und London den Beginn einer intensiven Reisetätigkeit, mit der Bachmann ihre vielfältige Vernetzung in Literatur und Musikkultur vorantrieb, von der die Briefeditionen Zeugnis geben.

Die Teilnahme an Tagungen der in der westdeutschen Nachkriegsliteratur führenden „Gruppe 47“ seit Mai 1952, die ihr 1953 für Gedichte aus ihrem ersten Lyrikband „Die gestundete Zeit“ (1953) ihren renommierten Preis verlieh, führte Bachmann über die Wiener Literaturszene hinaus und bekräftigte im Sommer 1953 die Entscheidung für eine Existenz als freie Schriftstellerin und den Aufbruch aus Wien. Von August 1953 bis August 1957 lebte sie überwiegend in Italien. Mit der lyrischen Neufassung des Textbuchs zu Tatjana Gsovskys (1901-1993) Ballett-Pantomime „Ein Monolog des Fürsten Myschkin“ nach Fjodor M. Dostojewskis (1821-1881) Roman „Der Idiot“, zu der Hans Werner Henze (1926-2012) die Musik geschrieben hatte, begann im Sommer 1953 die künstlerische Zusammenarbeit mit dem Komponisten, die in die Libretti für Henzes Opern „Der Prinz von Homburg“ (1958) und „Der junge Lord“ (1964) mündete. Neben dem zweiten Gedichtband „Anrufung des Großen Bären“ (1956) entstanden darüber hinaus literarische und philosophische Essays u. a. zu Franz Kafka (1883-1924), Robert Musil (1880-1942), Marcel Proust (1871-1922) und Ludwig Wittgenstein (1889-1951) sowie das Hörspiel „Die Zikaden“ (1955). 1954/55 veröffentlichte Bachmann unter dem Pseudonym Ruth Keller auch „Römische

Reportagen“. Die ihr gewidmete Titelstory des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ vom 18. August 1954 und die Würdigung ihres zweiten Lyrikbandes mit dem Literaturpreis der Freien Hansestadt Bremen am 26. Januar 1957 verweisen auf den öffentlichen Erfolg der Autorin, freilich um den Preis ihrer Stilisierung zur „auratischen Lyrikerin“ (Kurt Bartsch). Da nur wenige ihrer späteren Gedichte zu Lebzeiten veröffentlicht wurden, entstand der falsche Eindruck eines Gattungswechsels von der Lyrik zur Erzählprosa.

Von September 1957 bis Mai 1958 übernahm Bachmann noch einmal eine Anstellung als Dramaturgin beim Bayerischen Fernsehen in München und schrieb mit „Der gute Gott von Manhattan“ (BR/NDR, 29. Mai 1958) das letzte ihrer drei Hörspiele. In Paris lernte sie am 3. Juli 1958 Max Frisch (1911–1991) kennen, mit dem sie von November 1958 bis Ende 1962 abwechselnd in Zürich (Uetikon am See) und Rom zusammenlebte. In diesen Jahren entstanden u. a. die Erzählungen des Bandes „Das dreißigste Jahr“ (1961), ihre Übertragungen von Gedichten des italienischen Lyrikers Giuseppe Ungaretti (1888–1970) (1961) sowie die Frankfurter Vorlesungen „Probleme zeitgenössischer Dichtung“, mit denen Bachmann im Wintersemester 1959/60 die Reihe der Poetik-Vorlesungen an der Universität Frankfurt eröffnete.

Die Trennung von Frisch führte im Herbst 1962 in Verbindung mit Gesundheitsproblemen zu einer psycho-physischen Krise und wiederholten Klinikaufenthalten, bei denen es auch um die Therapie ihrer Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit ging.

Berlin und Rom (1963–1973)

Von April 1963 bis Oktober 1965 lebte Bachmann in Berlin, zunächst mit einem Jahresstipendium der Ford Foundation. Mit dem österreichischen Autor Adolf Opel (1935–2018) unternahm sie 1964 Reisen nach Prag und über Griechenland nach Ägypten und in den Sudan. Die neuen Erfahrungen flossen u. a. in die Fragmente eines „Wüstenbuchs“ sowie in den Berlin-Text „Ein Ort für Zufälle“ ein, mit dem sie sich am 17. Oktober 1964 in Darmstadt für die Verleihung des renommierten Georg Büchner-Preises bedankte. Der literarische Neuansatz des Jahres 1962, ein als kritische Sittengeschichte der (österreichischen) Gesellschaft und Nachkriegszeit angelegter Roman mit dem Titel „Todesarten“, wurde nun in ein umfangreicheres „Todesarten“-Projekt aus mehreren Texten erweitert, die um Geschlechter- und Gewaltbeziehungen kreisen. Zu Bachmanns Lebzeiten publiziert wurden allerdings nur der Roman „Malina“ (1971), der als „Ouvertüre“ eines Romanzyklus zum Thema „Todesarten“ angelegt ist, sowie die parallel und kontrapunktisch entstandenen Erzählungen der Sammlung „Simultan“ (1972). Andere seither aus dem Nachlass edierte „Todesarten“-Texte wie der Roman „Das Buch Franz“, der Goldmann/Rottwitz-Roman sowie die Erzählungen „Requiem für Fanny Goldmann“ und „Gier“ blieben Fragment.

Im November 1965 zog Bachmann neuerlich nach Rom, wo sie bis zu ihrem Tod 1973 lebte. Vier ihrer späten poetologischen Gedichte (darunter „Keine Delikatessen“ und „Böhmen liegt am Meer“) erschienen 1968 im Heft 15 der Zeitschrift „Kursbuch“, das vor dem Hintergrund der Studentenunruhen polemisch den „Tod der Literatur“ erklärte. Späte Essays sind u. a. dem Psychologen Georg Groddeck (1866–1934), Sylvia Plath (1932–1963), Thomas Bernhard (1931–1989) und Bertolt Brecht (1898–1956) gewidmet. 1967 nahm Bachmann die Übertragung von Gedichten

Anna Achmatowas (1889–1966) durch den früheren NS-Dichter Hans Baumann (1914–1988) zum Anlass, vom Piper-Verlag zu Suhrkamp zu wechseln. Anlässlich einer Lesereise im Mai 1973 nach Polen besuchte sie die Konzentrationslager Auschwitz und Birkenau. In der Dankesrede zur Verleihung des Anton Wildgans-Preises am 2. Mai 1972 in Wien pointierte sie noch einmal ihr sprach- und gesellschaftskritisches Literaturverständnis. In der Nacht vom 25. auf den 26. September 1973 zog sich Bachmann in ihrer Wohnung schwere Brandverletzungen zu, an denen sie (in Verbindung mit den Auswirkungen des Medikamentenentzugs) am 17. Oktober 1973 im Krankenhaus Sant'Eugenio in Rom starb.

Wirkung

Bachmann ist eine moderne Klassikerin der deutschsprachigen Literatur, für manche eine „deutschsprachige Literaturlegende“ (Volker Weidermann), auf jeden Fall jedoch eine Schlüsselfigur im literarischen Leben der Nachkriegsjahrzehnte, deren Wirkung bis in die Gegenwart ausstrahlt. Seit 1977 vergibt die Stadt Klagenfurt mit dem jährlichen Ingeborg-Bachmann-Preis im Rahmen der „Tage der deutschsprachigen Literatur“ eine der wichtigsten Auszeichnungen für deutschsprachige Autorinnen und Autoren. Mehrere Gedichte Bachmanns wurden vertont, u. a. die „Nachtstücke und Arien“ und die „Lieder von einer Insel“ durch Hans Werner Henze (1926–2012), die „Lieder auf der Flucht“ durch Aribert Reimann (geb. 1936) sowie „Enigma“ und „Böhmen liegt am Meer“ durch Thomas Larcher (geb. 1963). Ihr Hörspiel „Die Radiofamilie“ wurde von Stephan Teuwissen (geb. 1959) für das Theater bearbeitet (Uraufführung Schauspielhaus Zürich, 2013) und ihr Roman „Malina“ (1991, Regie: Werner Schroeter, 1945–2010, Drehbuch: Elfriede Jelinek, geb. 1946) sowie die Erzählungen „Drei Wege zum See“ (1976, Regie und Drehbuch: Michael Haneke, geb. 1942) und „Das Gebell“ (1976, Regie: Wolfgang Glück, geb. 1929) verfilmt. 2016 widmete sich Regisseurin Ruth Beckermann (geb. 1952) in ihrem Film „Die Geträumten“ der Beziehung zwischen Bachmann und Celan, 2022/23 würdigte die Österreichische Nationalbibliothek, Wien, die Autorin mit der Ausstellung „Ingeborg Bachmann. Eine Hommage“.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

- > Ludz, Ursula, „Arendt, Hannah“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.04.2023, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/11850391X.html#dbocontent>, zuletzt geprüft am 11.08.2025.
- > Wolf Biermann, in: Künste im Exil, online verfügbar unter: <https://kuenste-im-exil.de/KIE/Content/DE/Personen/biermann-wolf.html>, zuletzt geprüft am 11.08.2025.
- > Geppert, Dominik, „Adenauer, Konrad“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.10.2022, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/11850066X.html#dbocontent>, zuletzt geprüft am 01.09.2025.
- > Alexander S. Blum / Emily Philippi, „Heisenberg, Werner“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.07.2024, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/118548670.html#dbocontent>, zuletzt geprüft am 01.09.2025.
- > Bers, Anna, „Loriot“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.07.2025, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/118729101.html#dbocontent>, zuletzt geprüft am 01.09.2025.
- > Müller-Enbergs, Helmut, Erich Honecker, in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/erich-honecker/DE-2086/lido/57c8334c3c01a5.50200302> (abgerufen am 16.10.2025).
- > Jesse, Eckhard, „Baader, Andreas“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.10.2025, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd11850536X.html#dbocontent>, zuletzt geprüft am 22.10.2025.
- > Steinbacher, Sybille, "Uhse, Beate" in: Neue Deutsche Biographie 26 (2016), S. 553-554 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd11889045X.html#ndbcontent>, zuletzt geprüft am 29.11.2025.
- > Löffler, Bernhard, „Erhard, Ludwig“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.02.2022, zuletzt geändert am 23.05.2022, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118530755.html#dbocontent>, zuletzt geprüft am 29.11.2025.
- > Woller, Hans, „Müller, Gerd“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.07.2025, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118737465.html#dbocontent>, zuletzt geprüft am 06.12.2025.
- > Orlick, Manfred: Hildegard Knef, in: [fembio.de](https://www.fembio.de), online verfügbar unter: <https://www.fembio.org/biographie.php/frau/biographie/hildegard-knef/>, zuletzt geprüft am 18.12.2025.
- > Hörnigk, Therese, "Wolf, Christa, geborene Ihlenfeld" in: Neue Deutsche Biographie 28 (2024), S. 402-404 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd11850536X.html#dbocontent>

[biographie.de/pnd118634666.html#ndbcontent](https://www.deutsche-biographie.de/pnd118634666.html#ndbcontent), zuletzt geprüft am 29.12.2025.

-> Drummer, Heike; Zwilling, Jutta, "Selbert, geborene Rhode, Martha Elisabeth" in: Neue Deutsche Biographie 24 (2010), S. 210-211 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118977253.html#ndbcontent>, zuletzt geprüft am 06.01.2026.

-> <https://pinakothek-beuys-multiples.de/joseph-beuys-biographie/?lang=de>

-> Berkessel, Hans: Anna Seghers, in: Regionalgeschichte.net, online verfügbar seit 05.11.2009 unter: <https://www.regionalgeschichte.net/bibliothek/biographien/seghers-anna.html>, zuletzt geprüft am 06.01.2026.

-> Kunze, Lisa, „Grass, Günter“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.01.2026, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118541579.html#dbocontent>, zuletzt geprüft am 18.01.2026.

-> Albrecht, Monika / Götsche, Dirk, „Bachmann, Ingeborg“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.07.2023, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118505602.html#dbocontent>, zuletzt geprüft am 18.01.2026.

Sekundärliteratur

->

->

Sonstige Ereignisse

Umwelt

Inhaltsverzeichnis

1. Ein Beluga im Rhein? Wie ein verirrter Weißwal 1966 deutsche Umweltgeschichte schrieb

1. EIN BELUGA IM RHEIN? WIE EIN VERIRRTER WEISSWAL 1966 DEUTSCHE UMWELTGESCHICHTE SCHRIEB

Martin Baumert | 17. Dezember 2025

In der Wechselausstellung „Natur und Deutsche Geschichte. Glaube - Biologie - Macht“ ist ein Film mit einem Beluga-Wal zu sehen, der als „Moby Dick im Rhein“ 1966 Geschichte schrieb. Der wissenschaftliche Mitarbeiter der Ausstellung, Martin Baumert erklärt, wie es dem Wal im Rhein erging und welche Bedeutung dem Beluga in den umweltpolitischen Diskursen der 1960er-Jahre zukam.

Am 18. Mai 1966 gegen 9.30 Uhr rief das Tankschiff „Melani“ die Duisburger Wasserschutzpolizei und meldete „[b]ei Rheinkilometer 778,5 haben wir einen weißen Wal gesichtet.“^[1] Die Polizisten vermuteten das Alkohol im Spiel war, ob dieser unglaublichen Meldung – leben doch Belugas normalerweise in arktischen und subarktischen Gewässern.^[2] Der Atemalkoholtest des Kapitäns fiel negativ aus und die Polizisten sahen den Wal mit eigenen Augen. Der herbeigerufene Duisburger Zoodirektor Wolfgang Gewalt (1928–2007) meinte beeindruckt: „Mann, is det een Wurm“ und nannte ihn „eine zoologische Sensation“^[3].

Die öffentliche Aufmerksamkeit für den Wal steigerte sich in den folgenden Wochen. Schnell war der Name „Moby Dick“, nach dem berühmten Roman von Herman Melville, etabliert.^[4] Von der *Times* über die *New York Herald Tribune* bis zur *Prawda* berichtete die internationale Presse über den verirrten Weißwal.^[5] Der Wal schwamm im Rhein bis nach Bad Honnef, südlich von Bonn, über 350 Kilometer von der Mündung entfernt. Der Beluga im Rhein beherrschte für mehrere Wochen die Nachrichtenschlagzeilen und zog zahllose Besuchende in die Rheinlokale. Das Duo *Christopher & Michael* widmeten ihm sogar ein eigenes Lied mit dem Titel „Im Rhein da schwimmt ein weißer

Wal.“[6].

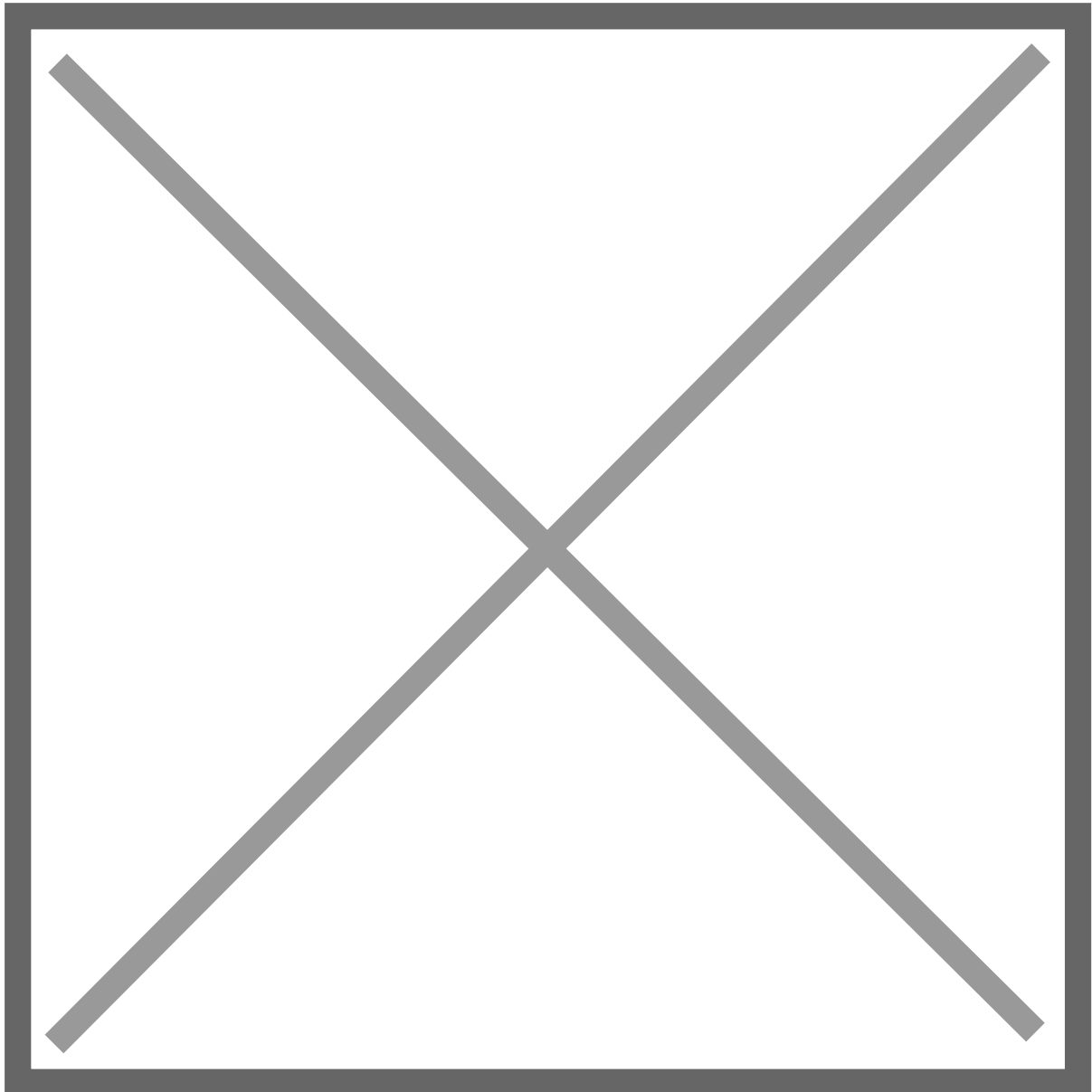
Am 13. Juni 1966 sprengte er dann sogar eine Bundespressekonferenz: Gerade wollte Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel zum gespannten Verhältnis in der NATO nach dem französischen Rückzug aus dem Verteidigungsbündnis sprechen, als der Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Karl-Günther von Hase, ihn mit den Worten: „Eben habe ich von einem Sonderkurier die Nachricht erhalten, dass Moby Dick vor dem Bundeshaus ist“[7] unterbrach. Die versammelte Hauptstadtpresse stürmte daraufhin zum Rhein und zog die tierische Sensation dem politischen Alltagsgeschäft vor.

Freilich hatte „Moby Dick im Rhein“ noch eine ganz andere Geschichte zu erzählen, nämlich die der Verschmutzung der Fließgewässer in Deutschland. Bereits nach wenigen Tagen hatte er einen Hautausschlag und Zoodirektor Gewalt erklärte in einem Interview, „[unter diesen Umständen] geht er ein“[8]. Was war jetzt aber das Problem? Warum drohte der Wal seinen Aufenthalt im Rhein nicht zu überleben? Dazu ist ein kurzer Rückblick auf die Umweltgeschichte der Bundesrepublik notwendig.

„Phenolduftende Fluten“[9]

Schon immer nutzten die Anwohner*innen an den Ufern des Rheins den Fluss zur Entsorgung ihrer Abfälle. Lange Zeit bereitete das keine Probleme, da die Anzahl der Menschen begrenzt war, die Abfallmenge gering und die Zusammensetzung des Mülls meist nur lokale Umweltschädigungen verursachte.[10] Noch reichten die Selbstreinigungskräfte des Flusses aus, um die Schadstoffe zu absorbieren. Das änderte sich im Zuge der Industrialisierung zunehmend und steigerte sich in den 1950er Jahren zur ökologischen Katastrophe. Der Übergang in das Zeitalter des Massenkonsums wird als „Große Beschleunigung (Great Acceleration)“[11] bzw. „1950er Syndrom“[12] bezeichnet. Für Westdeutschland markierte das „Wirtschaftswunder“ diese einschneidende Veränderung im Verhältnis der Gesellschaft zur Natur.[13] Der zunehmende Konsum machte die vormals eher lokal begrenzt auftretenden Umweltverschmutzungen zu einem geradezu allgegenwärtigen Problem. Der Rhein entwickelte sich ab der Schweizer Grenze mehr und mehr zu einem Abwasserkanal. 1985 flossen 11 Mio. Tonnen Chlorid, 4,6 Mio. Tonnen Sulfat, 828.000 Tonnen Nitrat, 90.000 Tonnen Eisen, 38.200 Tonnen Ammonium, 28.400 Tonnen Phosphor, 4.350 Tonnen Zink, 2.500 Tonnen Chlorverbindungen, 681 Tonnen Kupfer, 665 Tonnen Blei, 578 Tonnen Chrom, 530 Tonnen Nickel, 126 Tonnen Arsen, 13 Tonnen Kadmium und 6 Tonnen Quecksilber von Deutschland in die Niederlande.[14] Besonders belastend wirkten sich die Abwässer aus dem Ruhrgebiet aus. Nicht nur verschmutzten Kokereien, Kraftwerke und Stahlwerke die Luft, sondern verwandelten das kleine Flässchen Emscher in eine stinkende Kloake, ja zum „Abwasserkanal des Ruhrgebiets“.[15] Besonders die geruchsintensiven Phenole aus der Kohle- und Erdölverarbeitung machten aus dem Rhein eine „braune Brühe“[16]. 1961 forderte der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Willy Brandt nicht nur, dass „der Himmel über der Ruhr wieder blau werden müsste“, sondern verwies auf die Ursachen durch die „Verschmutzung von Luft und Wasser“[17]. Hinzu kam die Chemieindustrie, die zahlreiche Standorte von Ludwigshafen (BASF) am Oberrhein über Bieberich

(Chemische Fabrik Kalle & Co.) und Leverkusen (Bayer) bis nach Uerdingen (Bayer) am Niederrhein betrieb. Aber auch die Bevölkerung trug zur Verschmutzung bei, da Abwässer häufig ungeklärt in den Fluss eingeleitet wurden. Der Rhein war zu diesem Zeitpunkt weitestgehend biologisch tot.

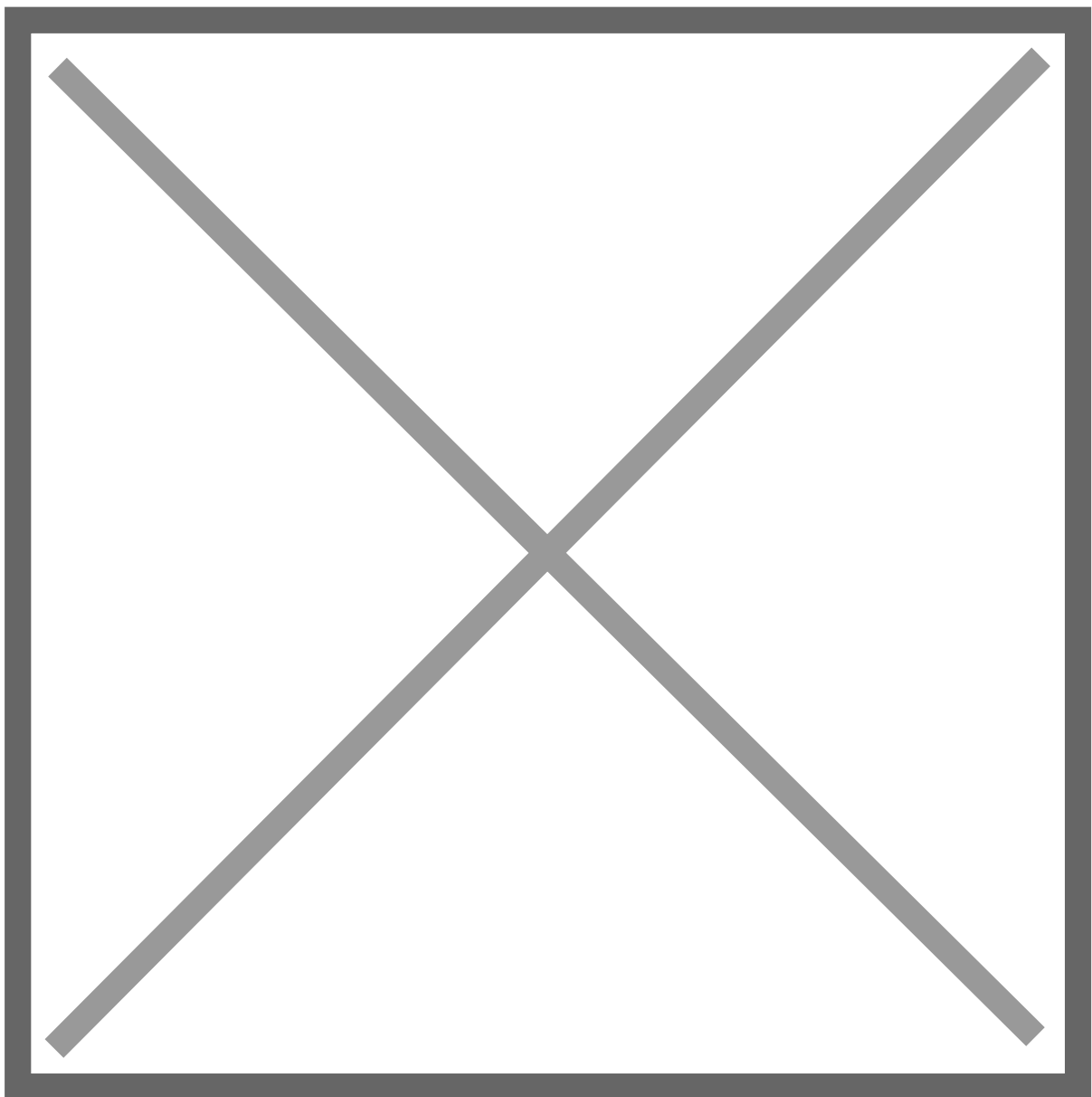


„Blauer Himmel über der Ruhr“, Der Spiegel, Nr. 33, Hamburg, 1961, Berlin, Deutsches Historisches Museum

Heute hat sich die Situation am Rhein, durch das Verbot der Einleitung ungeklärter Abwässer, erheblich verbessert. Der Fluss ist zu einem Beispiel geworden, welche positiven Auswirkungen gesetzliche Regulierungen im Umweltschutz haben. Die Wasserqualität trägt heute überwiegend die Güteklasse II, „mäßig belastet“[\[18\]](#). Auch die Schadstoffkonzentration hat sich merklich verbessert. Beispielsweise sank die Quecksilberbelastung seit 1985 um 70 Prozent.

„Auch mit Gewalt geht es nicht“[\[19\]](#)

Zurück zum Beluga-Wal 1966: Aufgrund der bedrohlichen Umwelt bemühte sich der Zoodirektor Wolfgang Gewalt den Wal zu fangen und ihn in das Delfinarium des Duisburger Zoos zu überstellen. Aus Sicht der Medien nahm er die Rolle des Kapitäns Ahab aus dem Roman von Melville ein. Versuchte er anfangs mithilfe zusammengeknotteter Tennisnetze den Wal in die Enge zu treiben, wechselte er später zu Betäubungspfeilen, um ihn einzufangen.^[20] Zumindest Letzteres war riskant: Wale sind Säugetiere, die zum Atmen an die Oberfläche kommen müssen. Ein betäubter Wal konnte daher ertrinken. Schlussendlich schlugen alle Versuche fehl und der Zoodirektor stellte die Jagd nach „Moby Dick“ am 10. Juni 1966 ein. Nicht nur aufgrund des mangelnden Jagderfolges, sondern auch weil die Öffentlichkeit seine Jagdmethoden ablehnte. Während manche*r besorgte*r Bürger*in einen Verstoß gegen den Tierschutz vermutete und Strafanzeige stellte, charterten Aktivist*innen ein Luftschiff, um den Zoodirektor mit geworfenen Orangen von seinem Fangversuchen abzuhalten.^[21] Die Bild-Zeitung forderte gar: „Verhaftet Dr. Gewalt!“^[22]



Wolfgang Gewalt mit Harpune, Duisburg, 1966 © Stadtarchiv Duisburg, Bestand 61 Nr. 10170

Anders als von Dr. Gewalt prognostiziert, überlebte „Moby Dick“ die Zustände im Rhein. Nach seinem Ausflug zur Bundespressekonferenz folgte er dem Flusslauf in Richtung Mündung und am 16. Juni 1966 „[u]m 18.42 Uhr hat der weiße Beluga-Wal bei Hoek van Holland das offene Meer erreicht“^[23]. Zwar endete damit das mediale Interesse, regional ist der Besuch des Belugas vor mittlerweile fast 60 Jahren in Erinnerung geblieben: Ein Ausflugsdampfer, der in seiner Form an ein Wal erinnert, trägt bis heute zur Erinnerung den Namen „MS Moby Dick“.^[24]

Bleiben zum Abschluss noch zwei Fragen: Woher kam der Wal und wohin ging er? Beide Wege sind wesentlich schwerer zu rekonstruieren als „Moby Dicks“ Rheinreise. Belugas schwimmen durchaus in Flussmündungen, allerdings gehört die Nordsee nicht zu ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet. Möglicherweise stammte er von einem Transportschiff, das im Sommer 1965 vor der Küste Großbritanniens mit vier geladenen Belugas in Seenot geriet, so dass drei Tiere nachweislich entkamen.^[25] Noch rätselhafter ist sein Verbleib nach seiner Rheinreise. Nur wenige Tage nachdem er in den Niederlanden zuletzt gesehen wurde, meldeten die Medien einen gestrandeten Weißwal in Schweden. Allerdings fehlen Belege, dass es sich bei dem gesichteten Tier um jenes aus dem Rhein handelte.^[26]

Das Erscheinen des Belugas 1966 bedeutete keine umweltpolitische Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik. Dennoch stellte es ein wichtiges Ereignis in der deutschen Umweltgeschichte dar. Die Empathie der Menschen mit dem bedrohten Tier lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit auf die fatale Situation der Fließgewässer in Deutschland.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Baumert, Martin: Ein Beluga im Rhein? Wie ein verirrter Weißwal 1966 deutsche Umweltgeschichte schrieb, in: DHM-Blog, online verfügbar seit 17.12.2025 unter: <https://www.dhm.de/blog/2025/12/17/ein-beluga-im-rhein-wie-ein-verirrter-weisswal-1966-deutsche-umweltgeschichte-schrieb/>, zuletzt geprüft am 06.01.2026.

->

->

Sekundärliteratur

->

->

->

Kultur und Gesellschaft der DDR

Frauenbild und Frauen in der DDR

Inhaltsverzeichnis

1. „Schönheit für alle!“ Die äußere Erscheinung als Staatsangelegenheit in der DDR

1. „Schönheit für alle!“ Die äußere Erscheinung als Staatsangelegenheit in der DDR

In der DDR gab es klare Vorstellungen davon, was das äußere Erscheinungsbild vor allem der weiblichen Bevölkerung anging. Eine Betrachtung der Historikerin Stefanie Eisenhuth.

Schönheit ist das Ergebnis von erworbenem Wissen und daraus resultierendem Verhalten. Wissen darüber, was zum Hauttyp, zur Augen- und Haarfarbe, zu Schuhen und Tasche, zum Alter und Körperbau, zur Tageszeit und zum Anlass passt, was „adäquat“ ist. Doch die Vorstellung, was genau richtig ist, ist nicht naturgegeben, und das Wissen, was ein „Makel“ ist und wie diesem begegnet werden kann, unterliegt einem ständigen Wandel. Schönheitspraktiken zu erforschen bedeutet demgemäß, eine „Geschichte der physischen Anverwandlung gesellschaftlicher Ordnungsmodelle“ zu schreiben, das heißt zu fragen, wie Menschen sich eine soziale Ordnung einverleiben und wie sie ihre soziale Position verkörpern. Denn die „vermeintlich äußere Körperarbeit“ ist „immer und unausweichlich Arbeit am sozialen Selbst“. Wir können also viel über eine Gesellschaft lernen, wenn wir untersuchen, was sie als adäquat und attraktiv erachtet. Denn Schönheitspraktiken zu erforschen bedeutet auch, nach den politischen und sozialen Kontexten sowie den wirtschaftlichen Bedingungen von Schönheitshandeln zu fragen, nach den Wissensarchiven, aus denen sich die unterschiedlichen Akteur*innen bedienten, nach Denkfiguren, die ihr Handeln leiteten, nach Instanzen der Regulierung, Legitimierung und Popularisierung von Idealen und Praktiken und schließlich nach Inklusion und Exklusion anhand äußerlicher Merkmale.

Im Nationalsozialismus war der Körper „Träger der NS-Biopolitik, Visualisierung der NS-Macht, Projektionsfläche kollektiver Ängste vor ‚Minderwertigkeit‘ und für die Sehnsüchte nach dem ‚neuen Menschen‘“. Äußerliche Merkmale dienten dazu, Menschen als „anders“ zu markieren – vielfach mit der Folge, sie nicht nur auszugrenzen, sondern sie zu töten. Auch für die zweite ideologische Großordnung des 20. Jahrhundert, den Kommunismus, war der menschliche Körper

von zentraler ideologischer Bedeutung. Die Vermittlung von Schönheitsidealen – und damit dem Wissen darüber, was akzeptiert ist – gehörte zum Projekt einer „Modernisierung von oben“ und erlebte in der Sowjetunion vor allem während des Stalinismus ihre Hochzeit; die zugrundeliegende „Idee der Neugestaltung des Menschen“ war Teil des kommunistischen Transformationskonzeptes. Sie war zugleich geprägt von einem spezifischen Zeitgeist, der vielerorts in Europa die Körperpolitik ins Zentrum staatlichen Handels rückte, da eine gesunde Bevölkerung als bedeutsame wirtschaftliche und militärische Ressource galt. Im Folgenden soll das Verhältnis von Körperpolitik und Konsum in der DDR erkundet und danach gefragt werden, in welchem Maße Schönheitsideale auch Auskunft über die (Selbst-)Verortung zwischen Ost und West geben können.

Mode und Make-up nach Moskauer Art?

„Schön sein – welche Frau möchte es nicht!“, behauptete das Neue Deutschland im Sommer 1955. „Das ist in Paris nicht anders als in Berlin. Es ist in New York ebenso wie in Wien und auch in Moskau“, wusste die Zeitung zu berichten. Doch obwohl Frauen in Ost und West gleichermaßen nach Schönheit strebten, seien zugleich systemspezifische Unterschiede erkennbar: Im Westen würden „zahlreiche Kosmetikfabrikanten“, unterstützt durch „eine ungeheure Reklamemaschine“, aus „einer kleinen weiblichen Schwäche mit Tausenden Wunder versprechenden ‚Heilmitteln‘ ihre Profite schlagen“ und „Modeärzte das schwache Geschlecht mit Versprechungen auf den Operationstisch locken“. Im Moskauer Institut für Medizin und Kosmetik hingegen versuche man, Menschen zu dienen, „deren Beruf ein anständiges Äußeres erfordert“. Der Artikel verdeutlicht die Positionierung der DDR zwischen Ost und West, wobei Moskau als Vorbild und Westdeutschland als Referenzpunkt für eine klare Abgrenzung diene. Dennoch beschreibt er Frauen in Ost und West gleichermaßen als eitel, schwach und verführbar und spiegelt damit zeitgenössische Vorstellungen von Weiblichkeit in beiden deutschen Staaten. Darüber hinaus zeigt der Text, dass die Abgrenzung vom Westen weniger über die Propagierung eigener Schönheitsideale erfolgte, sondern über die Behauptung, im Sozialismus sei Schönheit nicht länger ein Privileg der Wohlhabenden.

Als Voraussetzung dafür erachtete man eine Veränderung der Bedingungen für die individuelle Schönheitsarbeit. Enteignungen, Verstaatlichungen und der Übergang zur Planwirtschaft wirkten sich auch auf die Möglichkeiten zur Arbeit am Selbst aus. Künftig sollte weitgehend zentral bestimmt werden, welche Produkte und Dienstleistungen wem, wo, zu welchem Preis, in welcher Währung und in welchem Umfang zur Verfügung stehen würden. Ein 1952 gegründetes Institut für Bekleidungskultur – später in Modeinstitut umbenannt – sollte künftig geschmacksbildend wirken und den Menschen beibringen, was in der neuen sozialistischen Gesellschaft schick und schicklich ist, was „kulturvoll“ ist. Das Wort verwies auf das russische „kul’turnost“ und ein spezifisches Verständnis von Kultur als eine Art Wert, „der akkumuliert und zielgerichtet auf breitere Bevölkerungsgruppen übertragen und von diesen erworben werden“ könne. Das Ergebnis dieses Prozesses sei eine kultivierte Persönlichkeit. Bereits beginnend in den 1920er-Jahren zielten sowjetische Kampagnen darauf, eine neue Lebensweise zu vermitteln und die Bevölkerung zu disziplinieren. Doch der in revolutionären Zeiten propagierte asketische Lebensstil wurde in den 1930er-Jahren zunehmend verdächtigt und konnte gar als Zeichen politischen Sektierertums gedeutet werden.

Stattdessen galten bald ein gepflegtes Erscheinungsbild und ein kultiviertes Verhalten als sichtbarer Nachweis der Transformation zu einem „neuen Menschen“. Der Konsum bestimmter

Waren und Erlebnisse sollte das kulturelle Niveau der Menschen erhöhen. Zugleich galt das Konsumieren dieser Waren und spezifischer Dienstleistungen als Ausdruck von Kultiviertheit. Der Besuch eines Kosmetiksalons, regelmäßige Maniküre und Pediküre oder Dauerwelle symbolisierten den sozialen Aufstieg.

In Moskau eröffnete 1944 das Allunions-Haus der Bekleidungsmodelle, rasch folgten weitere Modehäuser in den Sowjetrepubliken und sozialistischen Staaten. Die Eröffnung eines Instituts für Bekleidungskultur in der DDR war demnach Teil jenes Prozesses, der als „Sowjetisierung“ bezeichnet wird. Als Mitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) nahm die DDR künftig an Kongressen, Modeschauen und Leistungsvergleichen der sozialistischen Staaten teil und war in den transnationalen Austausch über die jeweils aktuelle „Modelinie“ eingebunden. Dass sowjetische Vorstellungen einen Einfluss auf Schönheitspraktiken in der frühen DDR hatten, überrascht kaum, wenn man den Weg verfolgt, den gesundheitspolitische Vorstellungen und das Wissen über Hygiene in den Jahrzehnten zuvor zurückgelegt hatten: Zum einen erachteten einige zeitgenössische Beobachter*innen die Sowjetunion (trotz der prekären Realität) gerade auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik als vorbildlich, zum anderen griff das sowjetische Volkskommissariat für Gesundheitswesen Konzepte der deutschen Sozialhygiene auf, und es entstand ein reger Expert*innen-Austausch. Einige der Protagonist*innen, die den Aufbau des DDR-Gesundheitswesens prägten, hatten eine Zeit ihres Lebens in der Sowjetunion verbracht, unter ihnen Jenny Matern und Erwin Marcusson. Beide kehrten nach Kriegsende aus dem sowjetischen Exil zurück und engagierten sich in den 1950er-Jahren unter anderem dafür, dass der Beruf der Kosmetikerin als medizinischer Beruf anerkannt wurde. Erstmals konnten am 1. September 1958 fünf Frauen eine Ausbildung an der Hautklinik der Charité beginnen. Bald öffneten Salons in Berlin, Halle, Leipzig und andernorts ihre Pforten. Sogar eine Kostenübernahme für ästhetische Chirurgie wurde beschlossen – allerdings aus finanziellen Gründen nie beworben.

Die Arbeiterin, die nicht nach Arbeit aussieht

Wenn angeblich jeder Mensch die Möglichkeit hat, unabhängig von seinem sozialen Status das Beste aus sich zu machen, wird die eigene Attraktivität zu einer Frage der Selbstdisziplin. Auch die DDR-Ratgeberliteratur betonte dies immer wieder: „Schönheit ist selten eine Gabe, fast immer ein Verdienst.“ Der programmatische Titel eines Ratgebers „Schönheit für alle!“ enthielt demgemäß sowohl ein Versprechen – alle können es sich gleichermaßen leisten, das eigene Äußere zu optimieren – als auch eine Verpflichtung – alle müssen an ihrem Äußeren arbeiten und den Erfolg des Sozialismus verkörpern. Dabei wurden an Frauen andere und vor allem deutlich umfangreichere Erwartungen herangetragen als an Männer. „Es gibt keine häßlichen Frauen. Es gibt nur solche, die es nicht verstehen, sich schön zu machen“, behauptete der Ratgeber Schön und gesund im Jahr 1984.

Dies stehe nicht im Widerspruch zu den staatlichen Maßnahmen für Gleichstellung, sondern sei ein Resultat dessen: „In unserem Staat stehen der Frau alle Wege offen“, betonte ein weiterer Ratgeber Ende der 1950er-Jahre und verband damit eine besondere Verpflichtung der Frau im Sozialismus: „Aber sie muß sie auch beschreiten, muß ihre Rechte wahrnehmen, muß die Stellen besetzen, die ihr in der kapitalistischen Zeit vorenthalten waren. Das erfordert nicht nur eine gewandelte innere Einstellung, sondern zugleich eine sorgfältige Pflege des Körpers, der äußeren Erscheinung.“ Nach der doppelten deutschen Staatsgründung hatten sich die Frauenbilder in Ost-

und Westdeutschland auseinanderentwickelt. Während in der Bundesrepublik weibliche „Berufstätigkeit immer stärker in den Hintergrund“ gedrängt wurde, blieb die DDR-Wirtschaft auf sie angewiesen. Laut Verfassung waren Frauen und Männer zwar gleichberechtigt, allerdings musste die Gleichstellungspolitik mit tradierten Vorstellungen über Geschlechterrollen austariert werden. Bis in die 1960er-Jahre spiegelten DDR-Publikationen die Sorge, eine Frau könne infolge ihrer Berufstätigkeit „vermännlichen“. Um dem entgegenzuwirken, entwickelten DDR-Verlage eine rege Publikationstätigkeit: die zitierten Ratgeber sowie Broschüren und Zeitschriften und später auch TV-Sendungen vermittelten ein Idealbild der Frau im Sozialismus und erklärten, wie diesem entsprochen werden könne.

Ein „Schönheitsprogramm“ für den Mann beschrieben nur wenige Publikationen. Es fiel zudem deutlich weniger umfangreich aus und konzentrierte sich weitestgehend auf die grundlegende Körperhygiene inklusive Rasur und einer gesunden Ernährung.

Obwohl sich Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit über die Jahre wandelten, blieb eine Überwindung des binären Geschlechtersystems unerwünscht. Stattdessen prognostizierte das Modeinstitut noch in den 1980ern: Nicht der soziale Status, sondern die „Sichtbarmachung des Geschlechts“ werde „wichtigstes Gruppenmerkmal der Bekleidung sozialistischer Menschen“ bleiben: Auch wenn mit „bestimmten überholten Traditionen gebrochen wird“, so werde es „im Sozialismus zu keiner Aufhebung von Gestaltungsunterschieden der Bekleidung für Mann und Frau kommen“.

Körperpolitik, Konsum und Kalter Krieg

Die Versuche, auf die äußere Erscheinung der Menschen Einfluss zu nehmen, waren auch durch den Wunsch motiviert, die Überlegenheit des Sozialismus zu demonstrieren. Am westlichen Rand der sowjetischen Einflusssphäre gelegen und vor dem Hintergrund der deutschen Teilung, hielt die DDR eine Abgrenzung zum Westen für entscheidend, vor allem, als der sogenannte Eisernen Vorhang noch im Begriff war, sich zu senken. „Spielt in unserer Bekleidung die Mode nicht eine positive Rolle, so wird man verächtlich über uns sprechen, man wird sagen, ‚die können sich noch nicht einmal richtig anziehen und wollen dabei den Sozialismus aufbauen‘.“ Mit diesen Worten erinnerte Walter Kahl, Direktor des Modeinstituts, auf der Gesamt-Textilfachlichen Tagung der Kammer der Technik 1958 in Leipzig die Anwesenden an die repräsentative Funktion der äußeren Erscheinung im Kontext der Systemkonkurrenz. Könnte die DDR dem Bedürfnis der Menschen nach einem attraktiven Äußeren nicht adäquat begegnen, würden „Millionen von unserem Geld illegal nach Westberlin oder Westdeutschland abwandern“. Das rege Treiben in den Einkaufsstraßen an der Berliner Sektorengrenze, zum Beispiel in der Badstraße, zeugte täglich von dieser Konkurrenz. Der Mauerbau 1961 unterband zwar bedingt das grenzübergreifende Shopping, nicht aber den Einfluss der westdeutschen Medien auf ästhetische Präferenzen im Osten.

Im Herbst des Jahres 1961 setzte sich ein Arbeitskreis des Modeinstituts damit auseinander, wie eine modischere Gestaltung von Konsumgütern künftig helfen könne, „den Beweis der Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaft [zu] erbringen“. Die Expert*innen waren sich einig, dass im Wettstreit der Systeme die Mode ein wichtiges Element der Kulturpolitik sei. Zugleich stellten sie fest, dass das derzeitige Warenangebot weder aus ästhetischer noch aus ökonomischer Sicht zufriedenstellend und der Bundesrepublik – von Frankreich und Italien gar nicht erst zu

sprechen – weit unterlegen war. Die Verfügbarkeit von Waren blieb ein heikles politisches Thema. Die Behauptung, dass eine modische Erscheinung nicht länger ein Privileg der Wohlhabenden sei, wurde konterkariert durch ein neues System von Privilegien. Wer Wert auf ein modisches, individuelles Äußeres legte, musste über die nötigen Ressourcen verfügen: über ein gutes Einkommen, über Westverwandtschaft und/oder Westgeld, über Kontakte, Zeit und Kreativität. Dem wachsenden Kaufkraftüberhang und der immer größeren Frustration über das Warenangebot wurde unter anderem mit immer mehr Exquisit-Boutiquen begegnet sowie mit der Eröffnung weiterer Intershop-Filialen, in denen jedoch nur mit konvertibler Währung bezahlt werden konnte, was die soziale Ungleichheit im Land verstärkte und damit neuen Unmut hervorrief. Die oft kritisierte Versorgung mit Waren und Dienstleistungen darf jedoch nicht zu der Vermutung verleiten, in der DDR habe sich keine Konsumgesellschaft entwickelt. Schon in den 1960er-Jahren stellte das Institut für Marktforschung fest, dass die Menschen über ausreichend Bekleidung verfügten, weshalb sie Käufe hinauszögerten, wenn das Angebot nicht ihren Wünschen entsprach; zum anderen deckten sie ihren Bedarf aus verschiedenen Quellen: aus „Maßschneiderei, Selbstfertigung, Vererbung, Gebrauchtwarenkäufe[n] und Geschenksendungen“. Auch wurde erkannt, dass soziale Unterschiede durchaus das Kaufverhalten prägten: Mit dem Einkommen stieg der Textilverbrauch, und die Nutzungsdauer der Waren sank deutlich; auch der Konsum von Kosmetika variierte nicht nur nach Geschlecht und Alter, sondern auch nach Berufstätigkeit und Einkommen. Als ursächlich für diese Entwicklung deuteten die Leipziger Expert*innen die Eingliederung von Frauen in die Arbeitswelt und ihren beruflichen Aufstieg. Steigende Einkommen, mehr soziale Kontakte in der Freizeit und der wachsende Einfluss der Mode vor allem auf die dekorative Kosmetik würden das Konsumverhalten in Ost und West ebenso prägen wie ein höherer Wohnkomfort.

Doch verbesserte Lebensbedingungen konnten die Planwirtschaft auch vor neue Herausforderungen stellen: Als infolge des Wohnungsbauprogramms immer mehr Menschen über ein eigenes Badezimmer verfügten, stieg die Nachfrage nach Pflegeprodukten rapide, womit jedoch niemand gerechnet hatte, weshalb es zu Versorgungsengpässen kam. Das Beispiel zeigt zugleich, dass die Arbeit am Selbst zu etwas Genussvollem geworden war, trotz des häufig für Frust und Unmut sorgenden Warenangebots.

Um 1980 stammte im Schnitt ein Drittel der Kleidungsstücke einer DDR-Bürgerin aus Einzelanfertigung, das heißt sie waren entweder selbst genäht oder gestrickt oder bei einer Schneiderin in Auftrag gegeben worden; weitere zehn bis 15 Prozent stammten aus Geschenksendungen aus dem Westen und aus Intershop-Käufen. Das Modeinstitut warnte: Sollte das Warenangebot nicht endlich den „höheren Ansprüchen Rechnung tragen“, werde sich dies „negativ und mit hoher politischer Brisanz, auf die Zufriedenheit der Bevölkerung“ auswirken. Die Bedürfnisbefriedigung werde „zum Gradmesser für die Leistungsfähigkeit des Sozialismus“.

Die Arbeit am Selbst: vom Staatsideal zur Selbstoptimierung?

In der DDR war die Arbeit am eigenen Körper unter anderem von Vorstellungen über Schönheit, Gesundheit und Geschlecht geprägt sowie durch den Zugang zu Ressourcen und der Systemkonkurrenz im Kalten Krieg. Die „neue“ Frau sollte Fortschritt und Wohlstand und somit die Überlegenheit des Sozialismus verkörpern. Einerseits bot der Staat eine umfassende Infrastruktur, darunter Schönheitssalons, Friseurläden und Boutiquen, die es den Menschen ermöglichen sollten,

unabhängig von ihrem sozialen Status an ihrem Körper zu arbeiten. Andererseits verstärkten diese Angebote Ungleichheiten, zum Beispiel durch ein spezifisches System von Privilegien und die Aufrechterhaltung von Geschlechternormen. Der Staat spielte eine entscheidende Rolle bei der Legitimierung bestimmter Formen der Arbeit am Selbst – etwa über die Regulierung des Preises und des Zugangs.

Medial vermittelte Ratschläge, was der Schönheit dienlich sei, wandelten sich über die Jahre und so lässt sich eine Institutionalisierung und Verwissenschaftlichung der Schönheitsarbeit feststellen sowie eine wachsende Abkehr von tradierten Schönheitsrezepten und damit einhergehend eine Kommerzialisierung und Technisierung. Auch die Wahrnehmung des Körpers veränderte sich. Lange Zeit galt er als nicht verlässlich, musste kontrolliert, diszipliniert, trainiert und durch kaltes Wasser abgehärtet werden. Erst in den 1980er-Jahren konnte die Arbeit am Selbst auch „Wellness“ sein. Zugleich erfolgte ab den 1970er-Jahren eine Ausdifferenzierung der Lebensstile und eine zunehmende Entideologisierung des Themas Schönheit: Wer sich in den 1980er-Jahren schön machte, tat dies primär für sich. Die zunehmende Betonung der Freiwilligkeit markiert zugleich eine gestiegene Bedeutung von Selbstdisziplin, Selbstmanagement und Selbsterziehung – was emanzipatorisch gedeutet werden kann, aber auch eine Internalisierung beziehungsweise Anverwandlung von Werten und Normen bedeutet und jeden Makel als persönliche Schwäche erscheinen ließ.

In der „Wendezeit“ kam der äußeren Erscheinung eine neue Bedeutung zu. Vielfach wurden ostdeutsche Frauen „anhand ihrer Kleidung, ihres Make-ups, ihrer Frisur, ihrer Accessoires, ihrer Körperbehaarung, ihrer Zahnpflege oder ihres Hautbildes“ als „anders“ gedeutet. Ihr Aussehen wurde als Beweis angeführt, dass sie nicht wüssten, was angemessen ist, und deshalb immer „zu wenig“ oder „zu viel“ tun würden. Einige ostdeutsche Medien reagierten auf dieses „Othering“ mit einer doppelten Abgrenzung: zum einen gegenüber dem östlichen Europa, das als arm und rückständig dargestellt wurde, und zum anderen gegenüber dem Westen, der als oberflächlich und unauthentisch beschrieben wurde.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Stefanie Eisenhuth, „Schönheit für alle!“ Die äußere Erscheinung als Staatsangelegenheit in der DDR“, in: Deutschland Archiv, 14.02.2024, Link: www.bpb.de/545334, zuletzt geprüft am 25.01.2026.

->

->

Sekundärliteratur

->

->

->

Zensur und Verfolgung

Inhaltsverzeichnis

1. Kulturkampf und „Kahlschlag“

1. Kulturkampf und „Kahlschlag“



Das 11. Plenum des Zentralkomitees der SED vom 15. bis 18. Dezember 1965

Das „Kahlschlag“-Plenum gilt als entscheidende Zäsur in der Kulturpolitik der DDR. Die SED-Spitze rechnete hier mit kritischen Schriftstellern und Intellektuellen ab und warf den Kulturtätigen vor, die Jugend negativ zu beeinflussen.

Wirtschaftspolitik sollte das eigentliche Kernthema des 11. Plenums des Zentralkomitees (ZK) der SED vom 15. bis 18. Dezember 1965 werden. SED-Chef Walter Ulbricht wollte auf der Tagung über die innerhalb der Partei umstrittenen Reformen des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL) abstimmen lassen. Diese sahen dezentralere Strukturen und eine stärkere Eigenständigkeit der Betriebe innerhalb der Planwirtschaft vor. Nach dem Suizid Erich Apels – des Leiters der Staatlichen Plankommission – am 3. Dezember 1965 rückte stattdessen die ideologische Auseinandersetzung mit der Kultur- und Jugendpolitik in den Mittelpunkt der Debatten.

In der DDR hatte sich bereits in den Monaten zuvor ein kulturpolitischer Kurswechsel angebahnt, den die neue sowjetische Führung angestoßen hatte. Leonid Breschnew war im Herbst 1964 Nachfolger von Nikita Chruschtschow als Staatsoberhaupt der Sowjetunion geworden.

Chruschtschow hatte nach Stalins Tod 1953 mit der „Tauwetter-Periode“ in den Ostblockstaaten eine kurze Phase größerer kultureller Freiheit eingeleitet. Mit Breschnews Amtsantritt endete diese.

KPdSU-Chef Leonid Breschnew (links Mitte) begrüßt in auf dem Flughafen in Moskau den Ersten
KPdSU-Chef Leonid Breschnew (links Mitte) begrüßt in Moskau den Ersten Sekretär des ZK der SED,
Walter Ulbricht, 17. September 1965Quelle: BArch, Bild 183-D1012-0100-002 / Gahlbeck, Friedrich

Jugendpolitik und Beatmusik

Schwarzweißaufnahme von Zeitschriften und mehreren Plattencovern, darunter LPs von den B
Bei einer Wohnungsdurchsuchung von der Stasi festgestellte "Schund- und Schmutzliteratur"Quelle:
BArch, MfS, BV Leipzig, AU, Nr. 348/67, Bd. 7, Bild 97

„Welchen Takt die Jugend wählt, ist ihr überlassen: Hauptsache, sie bleibt taktvoll!“ hieß es noch im „Jugendkommuniqué“, das das Politbüro des ZK der SED im Neuen Deutschland 1963 veröffentlichte. Die SED versprach der DDR-Jugend, mehr Vertrauen in sie zu setzen und größere Freiheiten zu gewähren, u. a. in Bezug auf die populäre Beatmusik. Die Medien reagierten prompt auf die gelockerte Kulturpolitik. Anfang des Jahres 1965 veröffentlichte der VEB Deutsche Schallplatten neben ersten Platten von DDR-Beatgruppen, wie den „Butlers“ und den „Sputniks“, auch eine Lizenz-LP der Beatles. Weiterhin verstärkte das 1964 im DDR-Rundfunk gegründete Jugendprogramm DT 64 die Begeisterung für Beatmusik unter den Jugendlichen.

Im Spätsommer 1965 veränderte sich die staatliche Haltung gegenüber der Beatmusik zunehmend. Bei einem Konzert der Rolling Stones in der West-Berliner Waldbühne war es im September 1965 zu schweren Ausschreitungen Tausender Fans gekommen. Daraufhin sahen sich die Spitzenfunktionäre der SED darin bestätigt, westliche kulturelle Einflüsse auf die DDR-Jugendlichen zu unterbinden. Ein ZK-Beschluss vom 11. Oktober 1965 sorgte für ein Auftrittsverbot vieler Amateurbeatbands. Ihren Unmut gegen das Musikverbot äußerten Hunderte von Jugendlichen bei einer Demonstration am 31. Oktober 1965 in Leipzig, die die Volkspolizei gewaltsam auflöste.

Vor dem Plenum: SED und DDR-Kulturszene

Ab Mitte der 1960er Jahre verfolgte die DDR-Regierung sehr genau, welche Künstlerinnen und Künstler sowie Intellektuelle sich öffentlich – insbesondere in westdeutschen Medien – politisch äußerten. Der Chemiker und Regimekritiker Robert Havemann verlor wegen eines unautorisierten Artikels im „Hamburger Echo am Abend“ im März 1964 seine Professur an der Humboldt-Universität sowie seine SED-Mitgliedschaft. Der Schriftsteller Stefan Heym verärgerte die Hardliner im Politbüro mit seinem im Sommer 1965 in der westdeutschen „Zeit“ veröffentlichten Artikel „Die Langeweile von Minsk“. Darin kritisierte er die sozialistische Zensur. Auch der Liedermacher Wolf Biermann hatte mit politischen Gedichten in dem 1965 im West-Berliner Verlag Klaus Wagenbach veröffentlichten Lyrikband „Die Drahtarfe“ für einen Affront gesorgt.

Im Vorfeld des 11. Plenums traf sich Walter Ulbricht am 25. November 1965 mit prominenten Schriftstellerinnen und Schriftstellern zu einem Gespräch. Das Thema: „Humanismus und Realismus in der DDR“. Der Grundtenor des im Dezember folgenden „Kahlschlag-Plenums“ wurde hier bereits deutlich. Ulbricht unterstellte einigen literarischen Werken, durch „skeptizistische“ Tendenzen einen negativen Einfluss auf die DDR-Jugend auszuüben. Am Beispiel von Werner Bräunigs Roman „Rummelplatz“ kritisierte er die „Schweinereien“, die das Werk schildere. Die Zeitschrift „Neue Deutsche Literatur“ (NDL) hatte zuvor Auszüge aus dem Roman veröffentlicht. Bräunig beschrieb in dem als Entwicklungsroman angelegten Text ungeschönt die Zustände des Bergbauunternehmens SDAG Wismut in den 1950er Jahren.

Die dogmatischen SED-Funktionäre um Erich Honecker bereiteten die Rücknahme der begonnenen Reformen gezielt vor. Dafür ließen sie sich ausdrücklich den Rückhalt der Sowjetunion versichern. Während Breschnews DDR-Besuch vom 27. bis 29. November 1965 gab es ein inoffizielles Treffen der Parteispitze mit dem KPdSU-Chef. Laut Honeckers Bericht auf dem Plenum ging es dabei auch um die „neuen Probleme auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur“. Zudem diente die Moskaureise von SED-Chefideologe Kurt Hager Anfang Dezember 1965 dazu, die Zustimmung des „Großen Bruders“ einzuholen. Am 14. Dezember 1965 übergab Hager den Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros des ZK seinen Bericht über die Aussprache mit Pjotr Nilowitsch Demitschew, dem Sekretär des ZK der KPdSU. Darin versichert Hager, die sowjetische Führung würde „unsere Initiative zur ideologischen Zusammenarbeit sehr begrüßen“. Sie sei „mit uns, was die Vorschläge anbetrifft, in vollständiger Übereinstimmung“.

Ebenfalls einen Tag vor Beginn des Plenums erhielten die Teilnehmenden zur Vorbereitung eine Lesemappe. Hier waren u. a. Heyms Artikel „Die Langeweile von Minsk“, ein Gutachten zu Biermanns „Drahtharfe“ sowie Berichte zu kriminellen Handlungen von Jugendlichen und dem Auftreten von „Rowdygruppen“ enthalten. Die Inhalte sollten bewusst einen Zusammenhang zwischen Missständen in der Jugendpolitik und einer „liberalen“ Kulturpolitik herstellen. Analog zu den Lesematerialien gab es Filmvorführungen zu Kurt Maetzig's „Das Kaninchen bin ich“ und Frank Vogels „Denk bloß nicht, ich heule“ am Abend vor der Tagung.

„Kampf um Sauberkeit und Moral“ – Angriff auf die Kulturtätigen

Erich Honecker eröffnete die Debatte mit dem Bericht des Politbüros. Er prägte mit seinen Attacken auf einzelne Werke und Intellektuelle den kulturellen „Kahlschlag“ des 11. Plenums. Als Ursachen für ein vermehrtes Aufkommen jugendlicher Straftaten und „Rowdytum“ bezichtigte er neben Radiosendungen des DT 64 die beiden zuvor gezeigten Filme. Auch Heiner Müllers Theaterstück „Der Bau“ und Stefan Heyms unveröffentlichten Roman „Tag X“ über den Volksaufstand 1953 griff er wegen ihrer angeblich falschen Darstellung der DDR an. Er warf den Künstlern vor, durch die „Verbreitung von Unmoral und Skeptizismus [...] im Zuge einer sogenannten Liberalisierung die Deutsche Demokratische Republik von innen her aufweichen zu wollen“.

“ „Ich denke, Genossen, mit der Monotonie des Yeah-Yeah-Yeah, und wie das alles heißt, ja, sollte man doch Schluss machen.“

Obwohl Walter Ulbricht die Neuausrichtung des Plenums nicht selbst initiiert hatte, schwenkte er auf den harten Kurs von Honecker ein. Er beschuldigte die Künstlerinnen und Künstler, „nur nach dem Westen zu blicken“ und kündigte insbesondere in Hinblick auf die Beatmusik an: „Man sollte diesen Dingen ein Ende bereiten [...]“

Den einzigen offenen Widerspruch auf dem Plenum lieferte Christa Wolf, indem sie die „Politik des Mal-so-mal-so-Sprechens“ der Kulturabteilung des ZK kritisierte. Sie plädierte, Kunst sei nicht möglich ohne Wagnis. Außerdem verteidigte sie – wie auch schon beim Treffen mit Ulbricht am 25. November 1965 – den „Rummelplatz“ von Werner Bräunig. Die Rednerinnen und Redner des Plenums hatten diesen wiederholt als „pornographisch“ und „antisozialistisch“ angegriffen.

Die Folgen des „Kahlschlags“

Auf dem 11. Plenum des ZK der SED besiegelten der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht und die Antireformer in der Parteispitze um Erich Honecker offiziell das Ende einer kurzzeitig liberaleren Jugend- und Kulturpolitik.

Der Kulturkampf um die Deutungshoheit auf dem 11. Plenum sorgte im Nachgang ganz unmittelbar für die Zensur und Verbannung der dort diskreditierten Werke. Zwölf DEFA-Filme, darunter „Spur der Steine“, „Das Kaninchen bin ich“ und „Denk bloß nicht, ich heule“ wurden verboten. Sie waren erst 1989 bzw. 1990 nach dem Ende der DDR wieder zu sehen. Die Theaterstücke „Der Bau“ von Heiner Müller und „ZAZA“ von Manfred Bieler durften nicht mehr aufgeführt werden. Auch Werner Bräunigs „Rummelplatz“ erschien erst posthum im Jahr 2007. Wolf Biermann und Stefan Heym erhielten Auftritts- bzw. Publikationsverbote. Außerdem standen sie – wie auch der mit einem Berufsverbot belegte Robert Havemann – unter der zunehmenden Beobachtung durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS).

Die SED verschärfte in der Folge ihre Jugendpolitik und ging gezielt gegen unangepasste Jugendliche vor. MfS-Chef Erich Mielke erließ am 15. Mai 1966 den Befehl 11/66 zur „Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR“. Zusammen mit der Dienstanweisung Nr. 4/66 bildete dieser die Grundlage für die dauerhafte Überwachung einer alternativen Jugendkultur in der DDR.



Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Kulturkampf und „Kahlschlag“. in: Das Bundesarchiv, online verfügbar unter:
<https://www.bundesarchiv.de/themen-entdecken/online-entdecken/themenbeitraege/kulturkampf-und-kahlschlag/>, zuletzt geprüft am 07.04.2026.

->

->

Sekundärliteratur

->

->

->